

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntag, den 18. Juni 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Interlons-Gebühr

Beträgt für die schlagballene Kolonelle ober deren Raum 40 Wg. für politische und gesellschaftliche Berichte und Besprechungen 35 Wg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 10 Wg., jedes weitere Wort 5 Wg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis halbjährlich: 3.00 M., monatlich 1.10 M., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Belastungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 4 Mark, für das übrige Ausland 5 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Neuheres und Inneres.

Paris, 18. Juni. (Eig. Ber.)

Die derzeitige ungünstige auswärtige Lage Frankreichs wird hier von den reaktionären Parteien vor allem, wenn nicht ausschließlich, unter dem Gesichtspunkt der inneren Politik betrachtet und verwertet. Im allgemeinen ist es nun ja selbstverständlich, daß jede große Partei, die Vertretern besonderer Klasseninteressen, auch in bezug auf die auswärtige Landespolitik ihre besondere Auffassung geltend zu machen berechtigt und verpflichtet ist. Und wenn das in Frankreich in besonders heftiger, in rücksichtsloser Weise geschieht, so entspricht es lediglich dem allgemeinen Stimmungston der Parteikämpfe. Was aber an dem reaktionären Kesseltreiben wirklich antworten muß, ist die leichtfertige oder verstandlose Art und Weise, die in Betracht kommenden auswärtigen Fragen in den Hintergrund zu schieben, um die internationalen Verlegenheiten des lieben Vaterlandes desto gründlicher zu innerpolitischen Parteizwecken auszunutzen zu können. Der Kampf dreht sich also nicht um diese oder jene Auffassung der auswärtigen Politik. Die gegebenen konkreten Fragen — die Entwertung der russischen Allianz, das Verhältnis zu Deutschland und zu England, das Fiasco der Marokko-Politik — werden vielmehr nach der alten Schablone zum altbekannten Nachweis benutzt, daß eine reaktionäre Politik im Innern allein in stande sei, Frankreich groß, stark und gefürchtet zu machen.

Doch ein Schutz gibt mehr als er hat. Eine eigene, neue und gedeihliche auswärtige Politik könnte dem Lande nur die sozialistische Kinderheit bieten. Die bürgerlichen Parteien Frankreichs stehen samt und sonders — von den Merikal-Monarchisten bis und mit den Linkradikalen — der derzeitigen internationalen Situation gegenüber rat- und hilflos da, seitdem ihr gemeinsamer allein seligmachender Glaube an die Jarenallianz in der Randspur zusammengebrochen und in den Korea-Getwässern in den Grund gehohlet wurde. Hierüber des näheren ein andermal. Für jetzt nur noch die Bemerkung, daß jene bürgerliche Rat- und Hilflosigkeit für die Reaktion aller Richtungen einen weiteren Bewegunggrund bildet, die Aufmerksamkeit des Publikums vom Gebiet des Auswärtigen abzulenkten, um sie dem Gebiet des Innern zuzuwenden.

Die Tollheiten der extremen Reaktion brauchen nicht erst herbeigehoben zu werden. Am heftigsten ist wohl der maximal-diplomatische Exkurs des Admirals a. D. Bienaimé. Dieser nationalpolitische Nachfolger Syvetons in der Deputiertenkammer folgert aus dem Untergang der Hochseeflotten-Flotte die Ueberlegenheit einer rein bürokratischen Marineleitung, wie sie eben im despotischen Jarenreich in Reinkultur zu finden ist. Von Bedeutung aber ist das Verhalten so einflussreicher bourgeois Orakel, wie des „Temp“. Dieses unentwegt treue Organ Delcassés, das dem Dauerminister erst knapp vor der Demission den Rücken gekehrt hat, gewinnt nun desto schneller den Mut, für die schlimmen Folgen der tatsächlich selbstherrlichen Delcassé-Politik die — Herrschaft des Blocs verantwortlich zu machen. Die hauptschuldigen Personen sind ihm Combes, dessen Kriegsminister André und dessen Marineminister Pelletan. Die Handlungen aber, die das Auftreten der deutschen Regierung in Marokko verursacht haben, sind ihm die anti-merikalische Politik des Blocs, die Begünstigung der revolutionären Richtungen, die Duldung der beruflichen Organisationsfähigkeit der Staatsangestellten und dann — natürlich! — die „Desorganisation“ des Heeres und der Marine durch André und Pelletan.

Die anderen bourgeoisrepublikanischen Blätter verlangen von Roubier die Ersetzung seiner zivilen Kriegs- und Marineminister durch militärische Würdenträger. Und die gesamte Reaktion mit dem „Temp“ an der Spitze fordert und — erhofft von Roubier eine allgemeine gründliche Wendung nach rechts. Als erste Würdigung dieser patriotischen Wendung wird unermüdlich die Schließung der Pariser Arbeitsbörse empfohlen, erbeten, verlangt, gefordert!

Die Gay gegen die Arbeitsbörse hat zwar schon vor ein paar Monaten begonnen nämlich eines von der Seine-Präfektur ausgehenden und von einem nationalistischen Gemeinderatsmitglied verfaßten Verichts, worin die Arbeitsbörse als eine Diebeshöhle und ein Dirnenhaus verkleumdet wurde. Soweit bisher ersichtlich, liegen der Verleumdung einzelne Vorkommnisse zugrunde, an denen die organisierten Arbeiter jedenfalls nicht beteiligt sind und die überhaupt nur deshalb möglich werden konnten, weil die mangelhafte Aufsicht verdächtigen Eindringlingen freien Zutritt in die Räume der Arbeitsbörse ließ. Eine entsprechende Hausordnung — das ist alles, was nötig ist, um den bisherigen Missethänden abzuhelfen. Und diese Hausordnung kann und wird vom Gemeinderat im Einverständnis mit den Gewerkschaften selbst beschloffen werden. Die reaktionäre Gay wäre also unter anderen Umständen an ihrer eigenen Verlogenheit erstickt. So aber, auf dem Hintergrund des geeigneten allgemein-reaktionären Kesseltreibens, hat sie sich zum Gelbeschrei der Reaktion ausgewachsen.

Die Zumutungen der Reaktion an das Kabinett Roubier kennzeichnen aber auch dieses selbst. Die bourgeoispresse wittert mit Recht in Roubier einen intimen Gesinnungsgenossen. So hat sie erst unter diesem Kabinett auch die altbewährte Politik der Attentatsauslöschung wieder aufgenommen, und zwar im Tone des Verzweuens zur Regierung. Und speziell der „Temp“ ging dabei so weit, nicht nur die Arbeitsbörse, die revolutionären Gewerkschaften, für das spanische Attentat gegen den spanischen König verantwortlich zu machen, sondern auch die — geeinigten sozialistische Partei mit Jaurès an der Spitze. Ein ebenso häßliches wie brutales Angehen der geschwollenen reaktionären Hoffnungen.

Unser Korrespondent kennzeichnet vortrefflich, wie die auswärtigen Fragen auf die innere Politik zurückwirken. Zugleich dauert die Beforgnis über die Gestaltung der äußeren Beziehungen fort. Man befürchtet in Frankreich, daß die Aufrollung der Marokkofrage für Deutschland nur ein Anlaß ist, die gesamte Reorientierung der französischen Politik, wie sie im englisch-französischen Abkommen zum Ausdruck gelangte, in ihrem Wert herabzusetzen. Diese Befürchtung beruht auf der Voraussetzung, daß die deutsche Diplomatie in dem intimen Zusammenschluß Englands und Frankreichs für ihr Land eine schwere Gefahr von England her erblickt hat, der sie nur, nach dem russischen Zusammenbruch, dadurch entgegen kann, daß sie Frankreich vor eine Frage stellt, in der die englische Freundschaft verfallen muß. Man ist daher in Paris besorgt, in eine bedenkliche Isolierung zu geraten. Es verlautet, daß Roubier am Montag in der Kammer eine Darlegung über die äußere Lage geben wird, jedenfalls wird er das französisch-englische Abkommen als ein nur wirtschaftliches und koloniales erklären, das keinerlei Spitze gegen Deutschland hat. Zugleich bemüht sich Roubier, die Marokkoüberhandlungen fortzuführen; am Sonnabend hat eine neue Zusammenkunft zwischen ihm und dem deutschen Botschafter Fürsten Radolin stattgefunden.

In der „Humanité“ schreibt Jaurès über die schwierige Situation: Wir wollen nicht, daß Frankreich ein Instrument Englands gegen Deutschland oder Deutschlands gegen England werde. Wir wollen nicht, daß es ein Ball werde, den die Missethäter der beiden Spieler einander zuschleudern. Wir sind bereit, zu einer internationalen Konferenz zu gehen. Wenn Deutschland aber glaubt, wir würden aus alles sympatische Zusammenarbeiten mit England verzichten, täuscht es sich. Wenn es, wie mehr oder minder offiziöse Journalisten behaupten, uns zwingen wollte, unsere Entente mit England zu brechen, so wäre das ein schändliches Gewaltakt, gegen den das ganze französische Volk sich erheben würde. Jaurès wiederholt, daß Frankreich sich andererseits auch von England nicht gegen Deutschland hegen lasse.

Die württembergische Verfassungsreform.

Man schreibt uns aus Stuttgart vom 15. Juni: Das vernichtende Urteil, das die gestrige Landtagswahl in Ehlingen der volksverräterischen Politik des „geeinigten Liberalismus“ gesprochen hat, wird nachträglich bis aufs Ätzpfeilchen gerechtfertigt durch die heute vom Ministerpräsidenten im Landtage eingebrachte Vorlage über die Verfassungsreform. Ohne Zweifel wurzelt der über Erwarten glänzende, Freund und Feind überwachende Wahlsieg der Sozialdemokratie, der ihr außer dem Mandat einen Stimmenzuwachs von 56 Proz., den vereinigten Gegnern einen Stimmenverlust von 18 Proz. gegenüber der vorigen Wahl brachte, zu nicht geringem Teile in der Empörung der Wählermassen über die von der Volkspartei und den Nationalliberalen verfaßte Durchbrechung der Protestbewegung gegen die Adelskammer, über das durch die liberalen Führer erfolgte Abwiegeln, das die Aussichten auf eine wirklich demokratische Verfassungsreform auf Jahre hinaus zunichte machte. Der Stimmenzuwachs der Sozialdemokratie — 1700 Stimmen — ist fast doppelt so groß als der Zuwachs der Wählerzahl. Und in der Tat zeigt die Wahlstatistik, daß in einer ganzen Reihe von Wahlorten nahezu sämtliche früher volksparteilichen Wähler diesmal sozialdemokratisch stimmten und die ihnen angebotene Prostitution, für den nationalliberalen Nischenschandkandidaten zu stimmen, nicht mitmachten. Das stellt auch der nationalliberale „Schwäbische Merkur“ fest, unter gleichzeitiger Anerkennung der „energischen und ehrlichen Agitation der volksparteilichen Führer“; während der volksparteiliche „Wachwächter“ über dieses Ausmerzen seiner Partei so konsterniert ist, daß er die Sprache verloren hat und in ganzen acht Zellen das Wahlergebnis registriert. Beiläufig bemerkt, widerlegt der „Schwäb. Merkur“ auch das zuletzt von Herrn Roumann in der „Hilfe“ aufgewärmte Lügenmärchen, die württembergische Sozialdemokratie verdanke ihre Wahlsiege der Verhüllung des sozialdemokratischen Programms; das nationalliberale Blatt führt bittere Klage über die Rücksichtslosigkeit der württembergischen sozialdemokratischen Führer, die mit von „vorgefertigten“ Sozialdemokraten längst aufgegebenen Schlagworten operierten und sogar Webers Wort von der Tobfeindschaft gegen die bürgerliche Gesellschaft in ihrem Wahlauftrag sich frank und frei zu eigen machten. Der Schmerz ist um so echter, als die in den bürgerlichen Flugblättern nach berühmten Mustern getriebene öde Ausglaglung des Dresdener Parteitages so gar nichts geholfen hat. Wären die Einzelheiten des Entwurfes der Verfassungsreform schon gestern bekannt gewesen, das Verbillt der Wähler über die liberalen Politiker, die aus Freigebit und politischem Eigennutz statt der Zertrümmerung der Adelskammer deren Festigung durch eine „Reform“ herbeiführen halfen, wäre wohl noch vernichtender ausgefallen.

Die Vorlage befriedigt auch nicht die bescheidensten Erwartungen auf eine zeitgemäße, wirklich fortschrittliche Reform der Verfassung. Ihr Kardinalfehler, demgegenüber ihre anderen Schattenseiten vergleichsweise gering erscheinen, ist die Verbeibehaltung des Zweikammersystems unter Verstärkung und Festigung der Ersten Kammer. Diese hatte in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung keinerlei moralisches Gewicht mehr. Einem ersten Ansturm des Parteienkomite dieses vermorschte und geistig ausgetrocknete politische Fossil nicht standhalten. Zu offen lag das Unrecht am Tage, daß 18 „geborene“ Gesetzgeber, die selbst zu jeder Arbeit unfähig waren und diese deshalb durch die sechs vom König zu diesem Zweck ernannten „Lebenslänglichen“ besorgen ließen, sich anmaßten, die vom Volke gewählten Vertreter zu bevormunden. Deshalb erklärte der Ministerpräsident heute mit klugem Bedacht die „zeitgemäße Erneuerung und Verstärkung der Ersten Kammer“ als ein unerlässliches Korrelat der Befreiung der Zweiten Kammer von dem Beliebigkeit der 28 Privilegierten, die bisher neben den 70 gewählten Abgeordneten in der Zweiten Kammer Sitz und Stimme hatten. Die Stärkung der Adelskammer wird erzielt durch die teilweise Verfestigung der ritterschaftlichen und kirchlichen Vertreter aus der Zweiten

Kammer in das Herrenhaus und durch die Schaffung von vier Herrenhausmitgliedern für Gewerbe und Landwirtschaft, die im Wege der Ernennung durch den König auf die Dauer einer Wahlperiode besetzt werden. Dieser variable Faktor gibt es in die Hand des jeweiligen Königs, je nachdem die „katholische“ oder die „protestantische“ Richtung im Herrenhause zu stärken. In der Frage des Budgetrechts der Ersten Kammer scheint die Vorlage gegenüber der im Jahre 1897 geschlossenen Fortschrittlicher zu sein durch den Verzicht auf die verfassungsrechtliche Festlegung derselben. Aber der Ministerpräsident beiligt sich, diesen Schein zu zerstoren, indem er ausführte, daß die nochmalige gesetzliche Festlegung des Budgetaufsichtrechts der Standesherren überflüssig gewesen sei, nachdem das im Vorjahre beschlossene Einkommensteuergesetz durch seinen Artikel 10 dieses Recht ausdrücklich beibehalte. Damit hat der Ministerpräsident anerkannt, wie gerechtfertigt der aus Anlaß der Abstimmung über die Steuerreform von der Sozialdemokratie gegen die Volkspartei erhobene Vorwurf ist, sie habe leichtfertig das Budgetrecht der Zweiten Kammer preisgegeben. Immerhin erzählt der budgetrechtliche Einfluß der Adelskammer durch den Entwurf noch eine weitere Stärkung, indem die Zweite Kammer verpflichtet wird, auf abweichende Beschlüsse des Herrenhauses in eine neue Beratung einzutreten.

Für die aus der Zweiten Kammer ausscheidenden 28 Privilegierten hatte der Entwurf von 1897 Erloy durch die gleiche Anzahl gewählter Abgeordneter vorgesehen, die durch Proportionalwahl in den vier Regierungsbezirken des Landes gewählt werden sollten. Diese Bestimmung, die damals auf harten Widerstand der Konservativen stieß, ist fallen gelassen; die numerische Stärke der Zweiten Kammer leidet dadurch Schaden. An der fiktiven Einteilung der Wahlkreise wird nicht geändert. Es bleibt dabei, daß die „gute Stadt“ Ellwangen mit 4000 Einwohnern und die industriell schwach entwickelten, eine stetige Abnahme der Bevölkerung aufweisenden Wahlkreise mit 15—20 000 Einwohnern ebenso das Recht auf einen Abgeordneten haben, wie industriell und kulturell hoch entwickelte Wahlkreise mit 40 000 und mehr Einwohnern und von Jahr zu Jahr steigender Population. Nur das Unrecht, daß Stuttgart, das mit seinen 211 000 Einwohnern schon heute Anspruch auf acht Abgeordnete hätte, ebenfalls nur einen Vertreter im Landtage hat, soll gemildert werden, indem Stuttgart sechs Vertreter zugesellt werden. Wie sehr die Regierung darauf bedacht war, dem vollen Fortschritt den Weg möglichst zu erschweren, zeigt sich auch hier durch die Vorschrift, daß diese sechs Stuttgarter Vertreter durch Proportionalwahl gewählt werden sollen, während im übrigen die Regierung die Forderung der Proportionalwahl ablehnt. Aber in Stuttgart würden sechs Sozialdemokraten gewählt werden — daher schafft man eine Ausnahme. Die Verfassungsreform läßt in der Wahlkreiseinteilung alles beim alten, weil der Bestand der in den ökonomisch rückständigen Bezirken wurzelnden politisch rückständigen Parteien nicht angetastet und für ewige Zeiten konferviert werden soll. Das scheinbar demokratische gleiche Wahlrecht wird zum Nachteil der Sozialdemokratie verfallt durch die Ungleichheit der Wahlkreise. Die „reine Volkskammer“ bleibt so ein höchst unreiner Ausdruck des wahren Volkswillens.

Vielleicht war es der niederschmetternde Eindruck der Ehlinger Wahl, der heute im Landtag auch bei der bürgerlichen Linken, nach deren Wünschen der Entwurf ausgefallen ist, die Vegetierung bis zum Fernriepunkt dämpfte. Nur vereinzelte, schäblichste Wapourise wurden bei der Rede des Ministerpräsidenten laut. Ob es möglich sein wird, Einzelheiten in der Vorlage bei der Beratung zu verbessern, und wie sich das Schicksal der Vorlage gestalten wird, darüber sind zunächst nur Vermutungen möglich. Die Generaldebatte über die Vorlage soll schon anfangs nächster Woche stattfinden und dann werden sich ihre Aussichten besser überblicken lassen.

Es scheint, als ob die Regierung die Zustimmung der Herrenhäuser zu der Reform bereits in der Tasche hat, und das Zentrum in der Zweiten Kammer wird wohl auch nicht unerbilltlich sein, angefaßt der zarten Schöpfung, die der Entwurf seinem Bestande zuteil werden läßt; zumal ja die Konfessions-schule durch die kürzlich angenommene Schulnovelle aus neue gesetzlich festgelegt wurde. Der Sozialdemokratie fällt die schwierigste Aufgabe zu, unter Festhaltung ihres Standpunktes absoluter Verwerfung der Ersten Kammer die bürgerlichen Parteien und die Regierung über die von ihnen der Reform gesteckten Grenzen hinauszutreiben.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. Juni.

Eingestelltes Strafverfahren.

Ende Januar 1902 veröffentlichte der „Vorwärts“ einen geheimen Erlaß des Staatssekretärs des Reichs-Marineamts, der neue Flottenforderungen in Aussicht stellte. Dieser Erlaß erregte großes Aufsehen und gab zu lebhaften Erörterungen in der Presse und im Reichstage Veranlassung. Er enthielt die erstaunliche Tatsache, daß das Reichs-Marineamt dem Reichstage bei der Beratung über das Flottenprogramm nicht reinen Wein einschenken, sondern gewisse finanzielle Folgen der Vorlage verschwiegen hatte, um die Vorlage nicht durch ihre finanzielle Tragweite der Gefahr des Scheiterns aussetzen zu lassen.

Für unseren verantwortlichen Redakteur Karl Leib hatte diese Veröffentlichung die Einleitung eines Strafverfahrens zur Folge. Es mag aber nicht leicht gewesen sein, einen geeigneten Paragraphen im Strafgesetzbuch zu finden, auf Grund dessen gegen uns vorgegangen werden konnte. Dem Rate scharfmacherischer Blätter zu folgen und gegen uns ein Verfahren wegen „Landesverrat“ einzuleiten, war nicht gut angänglich, da Herr v. Tirpitz im ersten Moment auf Vorhalt in der damaligen Vollkommission erklärte, dieser Erlaß hätte ebensogut in der „Nordd. Allgem. Ztg.“ veröffentlicht werden können. Nun war es hauptsächlich darum zu tun, den Hebernitter an uns lernen zu lassen, hatte sich doch der Kaiser recht unmutig darüber geäußert, daß es Leute gäbe, die für Veröffentlichung solcher geheimen Aktenstücke sorgten und hatte doch auch Herr v. Tirpitz infolge dieser kaiserlichen Äußerung in seinem Bericht eine Befehung von

3000 M. ausgelegt, falls ein Beamter als Schuldiger ermittelt würde. Gegen uns wurde sonderbarerweise ein Verfahren wegen Hehlerei eingeleitet. Wir sollten etwas „verhehlt haben, obgleich wir das Gegenteil getan hatten, nämlich den von Herrn v. Tirpitz der Öffentlichkeit vorenthaltenen Erlaß weiteren Kreisen zugänglich gemacht. Wollte man aber schon uns zum „Hehler“ machen, so mußte man auch den „Stehler“ haben. Das war aber nicht nur recht schwer, sondern überhaupt eine Unmöglichkeit. Das scheint auch die Staatsanwaltschaft — wenn auch etwas spät — eingesehen zu haben. Vor einiger Zeit ist unserm Kollegen Leid das folgende Schreiben der Staatsanwaltschaft zugegangen:

Das Ermittlungsverfahren, in welchem am 5. Februar 1902 zu der Geschäftsnummer 126 G. 446 02 Ihre verantwortliche Vernehmung durch das hiesige königliche Amtsgericht I stattgefunden hat, ist, soweit es gegen Sie gerichtet war, eingestellt worden.

Der Oberstaatsanwalt.
Jensiel.
Trotzdem das Verfahren über drei Jahre geschwebt hat, ist nichts weiter herausgekommen als ein Fiado. Das hätte sich die Staatsanwaltschaft gleich sagen können!

Eine Zuchthausvorlage durch Gesekesauslegung.

Der römische Kassationshof hat soeben ein Urteil von weittragender Bedeutung für die italienische Arbeiterbewegung gefällt. Er hat nämlich — zum erstenmal in der italienischen Rechtspflege — den Begriff des politischen Streiks dem des wirtschaftlichen gegenübergestellt und dabei eine schwere Ahndung für diejenigen festgesetzt, die bei einem politischen Streik die Gefährten von der Arbeit abhalten.

Bei den zahlreichen, wohl nach Hunderten zählenden Prozessen, die auf die Septembertage gefolgt sind, hat die Anklage stets auf Verbrechen gegen die persönliche Freiheit gelaufen bei all denen, die Arbeiter zum Streik angehalten haben sollen. Die Verteidiger machten dagegen stets geltend, daß es sich nicht um ein Verbrechen gegen die persönliche Freiheit (§ 154), sondern höchstens um Verbrechen gegen die Freiheit der Arbeit (§ 165, 166) handeln könne. Für Verbrechen gegen die Freiheit der Arbeit ist eine Maximalstrafe von 20 Monaten vorgegeben und drei Jahre für die Anführer, dagegen hat der nach dem Urteil des Kassationshofes in Betracht kommende Paragraph 154 folgenden Wortlaut, der die Anwendung noch weit schwererer Strafen zuläßt:

„Wer durch Gewalt oder Drohung einen anderen zwingt, etwas zu tun, zu dulden oder zu unterlassen, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und Buße bis zu 1000 Lire bestraft; wenn der Zweck erreicht wird, kann die Strafe nicht geringer sein als ein Monat Gefängnis und 100 Lire Buße.“

Wenn die Gewalt oder Drohung mittels Waffen begangen wird, oder von einer verkappten Person oder von mehreren Personen zusammen oder durch anonymes Schreiben oder durch die von wirklichen oder angenommenen geheimen Verbänden ausgehende Einschüchterung, so beträgt die Gefängnisstrafe von zwei bis fünf Jahren und kann nicht niedriger sein als drei Jahre, wenn die Absicht erreicht wurde.“

Die fettgedruckten Sätze enthalten die für die Belämpfung der Partei und Gewerkschaften am meisten verwendbaren Umstände. Es geht eben auch ohne Ausnahmefälle!

Deutsches Reich.

Verbesserungen im Strafvollzug!

Die unwürdige Stellung der Kerze, die ihnen in den Gefängnissen durch die heutige Strafvollzugspraxis eingeräumt ist, ist durch die im „Vorwärts“ veröffentlichten Altentwürfe sowohl als durch die Verhandlungen des Plänenprozesses mit besonderer Schärfe hervorgehoben. Es scheint, daß die Feststellungen der letzten Zeit nicht ohne erfreulichen Eindruck geblieben sind.

Wie wir nämlich erfahren, sind an die Gefängnisärzte Zirkulare ergangen, in denen sie befragt werden, welche Verbesserungen sie für Lazarett und sonstige ärztliche Verhältnisse für erwünscht halten. Wir erinnern, daß schon im Juli vorigen Jahres eine Verordnung des Justizministers ergangen ist, durch welche einige der Mängel, die durch unsere Altentwürfe offenbar gemacht worden waren, eingeschränkt werden sollten. Wir hoffen, daß die Kerze von der an sie gerichteten Anfrage einen für ihre Stellung und für die Behandlung der Kranken in den Gefängnissen ersprießlichen Gebrauch machen und daß die Verwaltung die notwendigen Konsequenzen zieht.

Wie man sieht, gibt es doch eine Öffentlichkeit!

Fürklicher Schutz der Schwachen. Fürst Bülow hat auf einen Glückwunsch der evangelischen Arbeitervereine folgendes — dem „Tag“ zufolge — geantwortet:

„Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß die Sorge für die wirtschaftlich-Schwachen eine der vornehmsten Aufgaben der Staatsregierung ist, wünsche ich den nationalen und christlichen Vereinen, welche eine Sammlung der Arbeiter zur Förderung ihrer Interessen außerhalb der Sozialdemokratie anstreben.“

Die evangelischen Arbeiter haben auch gleich einen Beweis bekommen, wie sich der Fürst den Schutz der Schwachen — außerhalb der Sozialdemokratie — denkt. Dieselben evangelischen Arbeitervereine haben ja auf ihrer Delegiertenversammlung in Weeslau über das Vergessen des Abgeordnetenhauses einen Beschluß gefaßt, der besagt, daß die — vom dem Fürsten Bülow gebilligte Fassung — eine Verurteilung sei und den Interessen der Arbeiter durchaus widerspricht.

Fürst Bülow aber ist der Meinung, daß, wer solches behauptet, unweigerlich ein — Sozialdemokrat sei.

„Aus alter lieber Gewohnheit“

fährt der Kaiser auch diesen Sommer nach Norden; jedoch nicht nach Norwegen, sondern nach — Schweden.

Der Offiziosus der „Köln. Ztg.“ übermitteln diese Wotschaft in folgender drolligen Form:

Zu einzelnen norwegischen Blättern begegnet man noch immer der irrigen Darstellung, als ob das Unterbleiben der diesjährigen Reise des Kaisers nach Norwegen eine zugunsten Schwedens erfolgende Parteinahme in dem Verfassungstreite aufzufassen sei. Demgegenüber bekämpfen andere norwegische Blätter mit vollem Recht die Meinung, als ob das Verhalten des deutschen Kaisers eine Mißbilligung Norwegens bedeute, und „Norwegenblatet“ führt mit vollem Rechte aus, der deutsche Kaiser sei offenbar nur von dem Bestreben geleitet, den Umständen gegenüber eine durchaus unparteiische Haltung zu beobachten. Dies ist eine durchaus richtige Erklärung; es kommt aber auch noch hinzu, daß wie wir schon früher gesagt haben, der Kronprinz von Schweden im Auftrage seines Vaters dem Kaiser den Wunsch ausgesprochen hat, er möge in Anbetracht des politischen Zustandes in Norwegen für dieses Jahr auf seine gewohnte Reise verzichten. Dieser Wunsch wurde dem Kaiser ausgesprochen, schon ehe die Krisis sich durch den bekannten Beschluß des Stortingens aus ihrer äußersten Spitze gelöst hatte, und es ist ohne weiteres ersichtlich, daß der Kaiser dem Wunsch des Königs nachkam. Da dem Kaiser eine Gefährdung durch den Nordens zu einer alten und lieben Gewohnheit geworden ist, so beabsichtigt er, sich in diesem Jahre (voraussichtlich am 10. Juli von Evinemünde aus)

in die nördliche Ostsee zu begeben, um dort die ihm bisher noch unbekanntem Küsten und Häfen Norwegens zu besuchen. Selbstverständlich soll mit diesem Besuch keinerlei Parteinahme ausgedrückt werden, da Deutschland nach wie vor die Meinung vertritt, daß die beiden uns gleich nahe stehenden Völker der Norweger und Schweden ihre Angelegenheiten und Streitigkeiten unter sich beizulegen haben.

Als Dokument offizieller Gehirnarbeit verdient diese Darstellung alle Bewunderung. Also: der Kaiser verzichtet im Interesse der Neutralität auf die übliche Reise nach Norwegen und fährt — nach der nördlichen Ostsee, womit zunächst schonend die Schwedenreise bezeichnet wird.

Wie, wenn nun bis zum 10. Juli auch die Schweden ihrem König für den Verzicht danken? Wenn dann trotzdem die Fahrt nach Schweden stattfinden würde, dann könnte man allerdings diese Reise als Ausdruck besonderer Neutralität würdigen.

Uebrigens: Wohin steuert diesmal Ballin seinen „Meteor“? Wird er ihn irgend einer Ostsee-Schiffahrtsgesellschaft leihen, damit auch „Meteor“, der bisherige Norwegenfahrer, aus alter lieber Gewohnheit die nördliche Ostsee besucht? —

Das Briefgeheimnis in Saarabien.

Aus der oberen Rheinprovinz wird uns geschrieben: Vor einiger Zeit wurde von der 2. Strafkammer des königlichen Landgerichts in Trier der Klempner Karl Gelhausen aus Saarbürg wegen Verleumdung eines Katasterkontrollieurs zu der außerordentlich hohen Strafe von einem Monat Gefängnis verurteilt, obwohl die Verleumdungen weder frivol aufgestellt noch besonders schwer oder ehrenrührig Natur sind. Die Auslegungen des Verurteilten können deshalb nicht schwerer wiegen, weil dieser im Kreise Saarburg (in Herrn Koerens Wahlkreis) fast der einzige ist, der sich öffentlich als Sozialist bekennt. Die Verleumdungen sind solche, wie sie von den Gerichten durchweg mit mäßigen Geldstrafen geahndet werden. Doch das soll uns hier nicht beschäftigen. Vor uns liegt die elf Seiten umfassende Urteilsausfertigung, und daraus ergibt sich das folgende:

Am 3. September 1904 ging bei der königlichen Regierung in Trier ein Schreiben ein, das von dem Klempner Gelhausen unterzeichnet war und worin Verleumdungen des Katasterkontrollieurs Rogge in Saarburg enthalten sein sollen. Es beschäftigt sich ausschließlich mit dem Verhältnis des Genannten zu seinen auf dem Katasteramt beschäftigten Gehilfen. Das Schreiben wurde von der Regierung dem Kontrollieur überandt, und dieser stellte den Strafantrag wegen Verleumdung. Sowohl in der Untersuchung als auch bei der Hauptverhandlung erklärte nun der Angeklagte G.: Er habe das Schriftstück angefertigt und selbst zur Post gegeben; er habe aber nicht an die königliche Regierung in Trier, sondern an die Redaktion der „Rheinischen Zeitung“ in Köln gesandt, damit es nach der erforderlichen redaktionellen Bearbeitung in diesem Blatt veröffentlicht werde. An die Regierung zu Trier könne nach seiner Meinung das Schreiben nur dadurch gelangt sein, daß Entweder jene Redaktion es an die Regierung gesandt habe (1), oder daß es auf der Post unbefugterweise geöffnet und an die Regierung abgegeben worden sei.

Es hat auch eine Vernehmung des derzeitigen verantwortlichen Redakteurs der „Rheinischen Zeitung“ stattgefunden über die Frage, „wie das Schreiben an die königliche Regierung gelangt ist?“ Die Redaktion hat ein solches Schreiben nie erhalten. Es ist gerichtlich niemals festgestellt worden, ob das Schreiben in einem an die königliche Regierung adressierten, von Gelhausen geschriebenen Umschlag bei jener eingegangen sei. Auch in der Anklageschrift ist es völlig unaufgeklärt geblieben, wie die Regierung den Brief erhalten hat. Die Anklageschrift berichtet, G. wolle den Artikel „an die Redaktion der Rheinischen Zeitung“ zu Köln gesandt haben, damit er in derselben veröffentlicht werde. Der Artikel ging dann später (11) der königlichen Regierung zu Trier zu, die ihn dem Katasterkontrollieur Rogge mitteilte. Wie „ging“ der Artikel „dann später“ der Regierung zu? Allenmäßig festgestellt scheint es zu sein, daß der Brief am 2. September abgegangen wurde und am 3. schon, also auf direktem Wege, in Trier eintraf. Aus den Akten ergibt sich nicht, ob ein Untersuchungsverfahren wegen Verletzung des Briefgeheimnisses oder wegen Amtsverbrechens eines Postbeamten bestanden hat. Auch die Gerichtsverhandlung hat keine Aufklärung in diese geheimnisvolle Angelegenheit gebracht, weil der Angeklagte unbegrifflicher Weise, vielleicht im Gefühl seines Rechts, ohne Verteidiger zum Gericht gegangen ist.

Aber das Gericht hätte von Amtswegen die Frage lösen müssen, ob G. den Brief an die Regierung oder ob er ihn an die Redaktion geschickt hat. Denn mit dieser Feststellung muß die Anklage unseres Erachtens stehen und fallen. Aber das Gericht hat dies nicht untersucht. Es hat die Angaben des G. als ungläubwürdig erachtet und in dem Urteil erklärt: „Der selbst wenn auch das Schreiben an jemand anders als an die kgl. Regierung zu Trier gerichtet gewesen wäre, liegt doch immer in der Verleumdung ein Verbreiten der unwahren beleidigenden Behauptungen.“ Wir halten diese Ansicht des Gerichts für irrig. Unseres Erachtens liegt eine vollendete Verleumdung erst dann vor, wenn ein Schreiben beleidigenden Inhalts zur Kenntnis des Adressaten kommt. Man denke an den Fall, daß ein Brief unterwegs verbrannt. Nicht das Aussprechen einer Verleumdung ist strafbar, sondern das Aussprechen dem Verleumdigen oder einem oder mehreren anderen gegenüber. Wir meinen: Eine Verleumdung liegt vor, wenn der Brief an die Regierung adressiert war. War er aber an die Redaktion gerichtet, und ist er von unbefugter Hand geöffnet und dann der Regierung ausgeliefert worden, so hat derjenige, der den Brief entwendete, die Verleumdung verhindert; denn „verbreiten“ hat er dann nicht mehr der Angeklagte. Deshalb hätte das Gericht genau feststellen müssen, auf welche Weise der Brief bei der Regierung „einging“, was durch die Vernehmung des Beamten, der bei der Regierung zuerst den Brief in die Hand bekam, hätte geschehen müssen. Und dann noch eine Frage: Wo ist denn der Briefumschlag geblieben? Hoffentlich gelingt es, doch noch Licht in diese dunkle Briefgeschichte zu bringen, da gegen das Urteil Revision beim Reichsgericht eingelegt worden ist.

Schiffahrtsabgaben. Stuttgart, 17. Juni. Die Kammer der Abgeordneten hat heute die Resolution betreffend die Verhinderung der Einführung von Schiffahrtsabgaben auf dem Rhein angenommen.

Die unfittlichen Strafenabgaben. Ein Prozeß, dem ein starker Bodensatz unfreiwilliger „Simplicissimus“-Komik eigen war, endete, so wird uns aus Dresden berichtet, heute vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts mit der Verurteilung des Genossen Gustav Riem von der „Sächs. Arb.-Ztg.“ zu 100 M. Geldstrafe wegen Uebersetzung des § 28 des Preßgesetzes. Das ganze Drum und Dran dieser Strafsache wirft ein großes Licht auf sächsische Muzerei und Dresdener Verhältnisse. Das Verhandlungsprotokoll in Dresden hatte auf der Rückseite der Strafenabgaben eine Anzeige in die Welt gehen lassen, die seinen Vertriebsingenieur Bedarfsartikel in Empfehlung brachte. Nachdem bereits fünfviertel Millionen der Fahrtscheine in Umlauf gesetzt waren, fand sächsische Sittlichkeit ein Haar in der Annone. Der Rest der Willeits wurde beschlagnahmt, der Inhaber des Verhandlungsprotokolls auf Grund des § 184 unter Anklage gestellt und außerdem gezwungen, an seinen Geschäftskollegen die Aufschrift „Verhandlungsprotokoll“ in „Verhandlungsprotokoll“ umzuändern. Außerdem fühlte sich ein Oberstaatsanwalt a. D., dem Dietel eine Anpreisung seiner Ware zugesandt hatte, dadurch gekränkt und beleidigt und stellte Strafantrag. Um die ganze Unhaltbarkeit der Anklage wirksam zu beleuchten, veröffentlichte die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ die „anstößige“ Annone mit einigen erläuternden Worten. Flugs wurde auch gegen sie Anklage erhoben und die betreffende Nummer konfisziert. Ein Strafverfahren gegen die Strafenabgabenverwaltung wegen Verbreitung einer unächtigen Schrift war vorher eingeleitet und gleich wieder niedergeschlagen worden. Der Vertriebsmann Dietel wurde von beiden Anklagen freigesprochen. Genosse Riem zu der erwähnten Geldstrafe verurteilt. Das interessanteste aber ist, daß eine objektive Verfehlung auch bei Dietel angenommen

und auf Unbrauchbarmachung der Platten und Vernichtung der beschlagnahmten Willeits erkannt wurde. Nach wie vor gelten also die Strafenabgabenbilletts mit der harmlosen, aber weitlig am tausend Stellen zu findenden Annone für gefährlich für die sächsische Sittlichkeit. Und dabei finden sich tagtäglich in den Dresdener Bürgerlichen Blättern die schamlosesten und perversten Inzinate sexueller Natur, ein Kuppelmarkt, wie er in keiner anderen Stadt erhört ist, und unverbüllte Aufforderungen zu sadistischen und mafschichtigen Abnormitäten. Ein Auschnitt aus dem Lande der klassisch gewordenen Ehebrechung!

Der Verein deutscher Strafanstaltsdirektoren, der in Dresden tagte, hat verschiedene wichtige Fragen des Strafvollzuges behandelt. In der Diskussion über die Gefangenenkost wurde mehrfach die Bewilligung von Extragemitteln aus dem Arbeitsverdienst der Gefangenen angegriffen und von anderer Seite ebenso nachdrücklich verteidigt. Ramentlich Oberstaatsanwalt v. Peitow-Raumburg drückte sich dahin aus, daß die Entziehung der Zusatzkost eine Barbarei sei; man möge doch den Gefangenen diese bescheidene Freude lassen. Auch von ärztlicher Seite wurde betont, daß die Zusatzkost im Gefängnis auch eine physiologische Bedeutung besitze. Die sämtlichen in der Versammlung anwesenden württembergischen Strafanstaltsbeamten gaben die Erklärung ab, daß sie unter keinen Bedingungen aus menschlichen und disziplinären Gründen auf die Gewährung von Zusatzkost an die Gefangenen verzichten wollten. Schließlich wurde die Gewährung derartiger Kost mit einigen Stimmen Mehrheit angenommen. Bezüglich der Beschäftigung der jugendlichen Strafgefangenen sprach sich der Verein folgendermaßen aus: Erziehungsfähige jugendliche Verbrecher gehören überhaupt nicht in Gefängnisse, sondern in Erziehungsanstalten. Jugendlüche männliche Gefangene sollen unbedingt getrennt von Erwachsenen interniert werden. Handwerks- und landwirtschaftliche Betriebe kommen als eigentliche Gefängnisarbeit in Betracht unter Berücksichtigung des individuellen Interesses der Gefangenen. Schließlich nahm der Verein zur Frage der Behandlung schwindfächtiger Stellung. Bei schwindfächtigen Gefangenen ist möglichst im Beginn ihrer Erkrankung der Strafvollzug auszusagen. Falls die Entlassung derselben nicht erfolgen kann, sollen die noch Heil- und Verbesserungsfähigen in Sonderlazaretten untergebracht werden.

Südwesafrika.

Das „Reuter'sche Bureau“ bringt aus Kapstadt die Nachricht, daß die Potentotten Warmbad, die wichtigste Militärstation im Süden von Südwesafrika, eingenommen hätten. An Berliner amtlicher Stelle ist, wie das „B. V.“ verbreitet, über einen solchen Vorgang nichts bekannt. Hierzu wird noch aus Kapstadt gemeldet: Der deutsche Generalkonsul versichert, daß nach den Mitteilungen, die er erhalten habe, Warmbad und die Straße von Ramansdrift noch am 15. Mai in Sicherheit gewesen seien.

Ausland.

Die Wahlen in Holland.

Amsterdam, 16. Juni. Bei den heute stattgehabten Wahlen zur Zweiten Kammer wurden gewählt: 23 Katholiken, 13 orthodoxe Protestanten, 8 linksliberale, 3 rechtsliberale, 8 von der Partei der historischen Christen, 5 liberale Demokraten. Es wurde kein Sozialdemokrat gewählt. 40 Stichwahlen sind erforderlich.

Auch bei den vorigen Wahlen siegten die Sozialdemokraten erst in der Stichwahl.

Oesterreich-Ungarn.

Von zahlreichen Landarbeiterstreiks wird aus Ungarn berichtet: die Regierung hat das gewöhnliche Mittel angewandt, nämlich Militär in die Streikgebiete entsandt. Die Ursache der Ausstände ist überall die gleiche: die ungläublich geringen Löhne, bei denen die Feldarbeiter im buchstäblichen Sinne des Wortes Hunger leiden müssen.

Schweiz.

Stimmabstimmung über den gesellschaftlichen Bäckerlohn. Basel, 16. Juni. (Fig. Ver.) Die Baseler Stimmberechtigten haben am Sonntag und Sonntag über das Initiativbegehren der organisierten Arbeiterchaft in Basel, betreffend den gesellschaftlichen Schutz der Bäcker, abgestimmt. Das Begehren ist ein vollständiger Gesetzesentwurf. Die Bäckermeister und mit ihnen die bürgerlichen Parteien bekämpfen das Begehren und offenbaren so wieder einmal ihre ganze Arbeiterhassheide und „Arbeiterfreundlichkeit“. Für das Begehren tritt einzig, und zwar mit aller Energie, die sozialdemokratische Partei ein. Ueber das Abstimmungsergebnis läßt sich nichts sagen.

Italien.

Ersatzwahl in Gonzaga. Rom, den 15. Juni. (Fig. Ver.) Dr. Ferri, der bei den letzten Wahlen in zwei Wahlkreisen gewählt worden ist, in Portomaggiore und in Gonzaga, ist nunmehr, nachdem Ferri sich für das Mandat von Portomaggiore entschieden hat, der Wahlkreis Gonzaga vacant erklärt worden. Die Ersatzwahl findet am nächsten Sonntag, den 18. Juni statt.

Gonzaga hat vor 14 Jahren Ferri, der damals noch nicht Sozialist war, ins Parlament gewählt und ist seit 1893 ein der Partei sicherer Wahlkreis. Trotzdem die Konfessionen für ihren Kandidaten ungläubliche Anstrengungen machen, wird doch der Sozialist Mario Todeschini sicher gewählt werden. Todeschini war während der vorigen Legislaturperiode Abgeordneter für Verona, unterlag aber während der letzten Wahlen. Er hat eine zehnmonatliche Gefängnisstrafe abzuhängen, wegen Verleumdung des Leutnants Triouglia, den er für das räthelhafte Verschwinden des Isolina Canetti verantwortlich gemacht hatte, deren zerstückelten Leichnam man in der Eise fand.

Todeschini gehört dem äußersten linken Flügel der Partei an. Sein Gegner, ein gewisser Maganzini, ist eine farblose und unbekannt Persönlichkeit. Das Interesse für den Wahlkampf ist allgemein, da von beiden Seiten ein äußerstes Kraftausgebot gemacht wird.

Australien.

Sozialismus in Australien. Der Führer der Arbeiterpartei von Australien, John Christian Watson, hielt kürzlich in Newton in New-Südwales eine große programmatische Rede. In großen Zügen behandelte Watson alle die Probleme, die sich in allen Kulturstaaten aus der modernen kapitalistischen Entwicklung ergeben und führte alle zurück auf die eine Ursache, nämlich den individuellen Besitz an den Produktionsmitteln. Als den einzigen Ausweg aus all diesen Uebeln bezeichnete er den Kollektivismus, die Ueberführung der Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit. Ueber das Endziel seien sich alle Sozialisten einig, nur bezüglich der Mittel weichen sie von einander ab. Die unabwendbare Tendenz in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft strebe nach kommunistischem Besitz. Watson erklärte die australische Arbeiterpartei als eine sozialistische; im weiteren Verlaufe seiner Rede verteidigte er die Partei gegen die Vorwürfe der Anti-Religiosität und der Unhaltbarkeit gegen das gemeinsame Vaterland.

Verhandlungen über Waffenstillstand.

Aus Washington wird durch das „Reuter'sche Bureau“ gemeldet: „Zwischen den Regierungen in Tokio und Petersburg ist ein Meinungsaustausch im Gange, der über Washington geführt wird und ein Zusammenkommen des Generals Linewitsch und des Marschalls Oyama im fernem Osten zum Gegenstand hat. Zweck dieser Zusammenkunft soll der Abschluß eines Waffenstillstandes sein, der der Friedenskonferenz in Washington

den Weg ebnet soll. Anfänglich dachte man daran, daß ein vorläufiges Protokoll in Washington unterzeichnet werden würde, man glaubt aber jetzt, daß der Abschluß des Waffenstillstandes am besten den beiden Befehlshabern anzuvertrauen wäre. Seine Zeitdauer ist noch nicht bestimmt, doch soll sie verhältnismäßig kurz sein, so daß der Fortgang der Friedensverhandlungen nach Möglichkeit beschleunigt wird.

Jetzt wird auch eine amtliche japanische Mitteilung veröffentlicht, in der die auf das Vermittlungsangebot Roosevelt's gegebene Antwort skizziert wird. Die Mitteilung besagt:

Die kaiserliche Regierung hat den Vorschlag des Präsidenten der Vereinigten Staaten, welcher in dem am 9. Juni durch den amerikanischen Gesandten dem Minister des Reichens überreichten Schreiben enthalten ist, sehr ernstlich in Erwägung gezogen, wie dies dem Schreiben auf Grund seiner Herkunft und seiner Wichtigkeit zukommt. Da die kaiserliche Regierung sowohl im Interesse der ganzen Welt als auch Japans die Wiederherstellung des Friedens mit Rußland auf Grund von Bedingungen, die seine Dauer durchaus gewährleisten, wünscht, wird sie, dem Vorschlag des Präsidenten Roosevelt folgend, Bevollmächtigte ernennen, welche mit den russischen Bevollmächtigten an einem Ort und zu einer Zeit, die beiden Teilen genehm sind, zusammentreffen sollen, um die Friedensbedingungen direkt und ausschließlich zwischen den beiden kriegsführenden Mächten zu verhandeln und abzuschießen.

Japanischer Vormarsch.

Petersburg, 17. Juni. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) General Linewitsch telegraphiert unter dem 16. Juni an den Kaiser: Heute morgen hat die Vorhut des Feindes unsere Vorposten auf der Front westlich der Eisenbahn angegriffen. Ein Posten südlich von Palium wurde durch zwei Kompagnien Japaner zurückgeworfen.

Englische Beschwerden.

London, 17. Juni. Dem „Reuterischen Bureau“ wird aus Petersburg gemeldet, bei der russischen Regierung seien heute nachmittags von englischer Seite wegen der durch russische Kreuzer erfolgten Besenkung von Handelschiffen nachdrückliche Vorstellungen erhoben worden.

Die russische Schreckensherrschaft.

Man gewinnt den Eindruck, als ob unter der Aufsicht des bevorstehenden Friedensschlusses das kontrarevolutionäre Kraftbewußtsein der russischen Mächthaber steigt, und daß der Zarismus neue Feldzüge insamter Brutalität gegen den inneren Feind unternimmt.

Wir erhalten folgende Telegramme unseres Petersburger Korrespondenten, der die augenblickliche Situation wie folgt zusammenfaßt:

Petersburg, 17. Juni. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) In Dünaburg ist ein junger Mann Namens Deutsch wegen eines von ihm angeblich an Polizeibeamten verübten Attentats zum Tode verurteilt worden. Andere, welche ähnliche Attentate verübt haben sollen, sehen dem gleichen Schicksal entgegen. Die Polizei verhaftete in Dünaburg drei Handlungsgehilfen, in der Hoffnung, daß, um diese Unschuldigen vom Tode zu retten, die wahren Attentäter sich aus Ehrgeiz melden würden.

Überhaupt inszeniert man im Nordwesten, wo die Bevölkerung besonders aufgeregter ist, eine Schreckensherrschaft. Wichtig ist, daß hier in Rußland, wo die Todesstrafe nur in außerordentlichen Fällen angewendet wird, Deutsch zum Tode verurteilt wurde, ohne Möglichkeit, gegen das Urteil zu appellieren. Die Wirkung der Verurteilung in Dünaburg war eine für die Polizei unerwartete. Am Tage nachher demonstrierte eine große Menge Arbeiter mit Fahnen und Gefang, und am dritten Tage, im Zeichen allgemeiner Entrüstung wurden die Leiden geschloffen.

In Wilna wurden einige der bekanntesten Bundisten verhaftet. Hier erstehen am Donnerstag die Polizei in einer kleinen sozialdemokratischen Versammlung und verhaftete die Anwesenden. In den Wäldern in der Nähe der Stadt versammelten sich die Arbeiter täglich. Die Kosaken aber reiten herum, um solche Versammlungen aufzulösen.

Im Zentrum, wo 60 000 ziemlich unentwickelte Arbeiter jetzt freieren, beginnt die Bewegung, welche bis jetzt rein ökonomisch war, politische Farbe anzunehmen.

In Petersburg wurde gestern ein junger Mann, der aus der Nähe von Trepoff's Wohnung fortlief, von Geheimagenten verhaftet.

Kolajeff und die Großfürstin Elisabeth.

Als vor einigen Monaten bekannt wurde, daß die Frau des getöteten Großfürsten Sergius den „Mörder“ ihres Gatten im Gefängnis aufgesucht hatte, wurde das vielfach nicht geglaubt. Jetzt veröffentlicht nun die „Tribüne Russk“ einen Brief Kolajeff's an die Großfürstin, aus dem hervorgeht, daß dieser Besuch tatsächlich stattgefunden.

Die Meuterei in Siedlee.

Vor kurzem wurde in kurzen Depeschen gemeldet, daß es in Siedlee zu einem Handgemenge zwischen Soldaten und jüdischen Arbeitern gekommen sei, wobei mehrere verwundet wurden. Von einem Augenzeugen erhält nun der „Naprosod“ einen Bericht, der klar beweist, daß die russische Soldateska wieder einmal ein entsetzliches Blutbad ohne alle Veranlassung veranfaßte hat.

Am Sonnabend, den 27. Mai, gegen 7 1/2 Uhr früh, ging auf der Barfahauer Chaussee eine Menge von etwa 200 Personen — vorwiegend jüdische Handwerker mit Frau und Kind — in den benachbarten Wald zu einem Ausflug. Wälsch ritten zwei Schwadronen Dragoner und noch eine Militärabteilung dazu. Die ruhige Menge wurde umgeben. Die Menge hatte nicht einmal die Absicht eine politische Demonstration zur Geltung zu bringen. Keine Fahnen, keine Ausrufe, nicht eine Proklamation, keine Waffen, selbst keine Stöcke — plötzlich ertönt das Kommando „Säbel heraus — schlägt die Juden“. Die Dragoner hieben in die Menge hinein. Etwa hundert Leute wurden verwundet und verletzt. Die Hände wurden bis an die Knochen zerhackt, die Köpfe zerspalten, Ohren und abwehrende Hände abgehauen! Weder Frauen noch Kinder wurden geschont! Eine Frau wurde am Ohr verletzt und ist heute wahnsinnig geworden. Die Flüchtenden wurden verfolgt, geschlagen und wieder in die Menge hineingetrieben. Weder vorher noch nachher wurde gefordert, daß die Menge auseinandergehe. Ueberhaupt wurde nichts gefordert, garnicht gemahnt — die Dragoner traten ohne weiteres in Tätigkeit. Dann wurde die Menge in die Stadt getrieben. Die Verbundenen und die Frauen konnten nicht mit den Schweren Schritt halten — da wurden sie mit Pferden getreten, mit Hohn weitergetrieben und schließlich ins Gefängnis gebracht.

Aus den benachbarten Wäldern luden man Soldaten dazu, dann schlug man die Opfer, mit Steinen wurde auf den Köpfen herumgeschlagen, wobei man rief: „Seht, wir fürchten Eure Wunden nicht, ehe Ihr sie werft, spalten wir Euch die Schädel wie Riffe!“

Der Polizeimeister sucht die Soldaten zu beschwichtigen und die Mißhandlungen wurden aufgegeben, sobald aber der Polizeimeister wegging — begannen sie aufs neue — worauf alle Verhaftete ohne jede Vernehmung freigelassen wurden. Die Verwundeten wurden in das Krankenhaus geschafft. Bis jetzt liegen noch einige 30 schwer Verwundete im Krankenhaus — darunter 9 Frauen. Eine Untersuchung findet nicht statt. Die Behörden versuchen, die ganze Angelegenheit totzuschweigen.

Aufruf der armenischen Sozialdemokraten.

Den folgenden Aufruf an das Proletariat aller Länder erläßt aus Genf die sozialdemokratische Arbeiterorganisation Armeniens: Genossen! Die Regierung des blutigen Zaren ist nicht zufrieden mit den Verfolgungen, welche sie ohne Unterlaß gegen uns gerichtet hat, weil wir mit Nachdruck die Verbesserung unserer ökonomischen und politischen Lage, einer geradezu höllischen Lage, verlangen. Sie ist nicht zufrieden, ein ganzes System drafonischer Maßnahmen getroffen zu haben zur Erstickung der revolutionären und sozialistischen Bewegung des armenischen Proletariats, zur Auflösung der Bewegung der Proletarier der anderen Nationalitäten des Kaukasus durch ihre gegenseitige Verhinderung, um so den politischen Bestrebungen aller Arbeiter des Kaukasus ein Ende zu machen. Sie ist nicht zufrieden, daß sie ihre Kerler und ihre Festungen mit unserer Jugend gefüllt hat, daß sie in Strömen Menschenblut durch ihre verwilderten Vanden vergossen hat, daß sie unsere Dörfer und Städte zerstört hat. Die Regierung Nikolai II. ist nicht gesättigt von alledem. Sie hat gegen uns die unwissenden Scharen der muhamedanischen Masse geholt, sie hat diese Scharen bewaffnet, sie hat ihnen ihre Wünsche nahe gelegt und entfesselt sie gegen die Armenier. Wir sind daher in einer der furchterlichsten Situationen angelangt. Wir müssen gegen die russische Alleinherrschaft kämpfen und uns verteidigen gegen die fanatischen und verständnislosen Scharen der Muhamedaner.

Die russische Alleinherrschaft, welche ohne Unterlaß die tödlichen und entehrenden Streiche der Japaner erfährt, um die sogenannten Grenzen im äußersten Osten zu verteidigen, läßt bewaffnete muhamedanische Vanden über die persische Grenze hereinbrechen, damit sie unbeschreibliche Greuelthaten auf russischem Gebiete verüben.

Unsere Dörfer stehen in Flammen, unsere Landleute sind massakriert, unsere Kinder den Müttern entzissen und lebendig verbrannt. Unsere Frauen gemartert, getötet und beschimpft.

Die Arbeiter in unseren Städten sind preisgegeben den muhamedanischen Horden, welche, bewaffnet und durch die Polizei geführt, die Arbeiter zwingen, die Arbeit wieder aufzunehmen, sobald sie den Streit zu einem politischen oder ökonomischen Zwecke erklären.

Proletarier aller Länder! Wir rufen Euch auf, mit aller Gewalt gegen die Furchtbarkeiten zu protestieren, welche die Regierung des Zaren über uns verhängt. Ihr allein seid im Stande, die Leiden derer zu verstehen, welche durch unendliche Arbeit bei Tag und bei Nacht niemals ihren Hunger zu stillen im Stande waren. Es sind ausgehungerte Landleute, es sind in Not vergehende armenische Arbeiter, die Euch anrufen, es sind Eure Genossen, deren revolutionäre Bewegung man auflösen will. Es ist die zarische Reaktion, die barbarischste Reaktion, die das alles begeht, um siegreich die jetzige Krise zu überleben.

Proletarier aller Länder! Seht uns durch nachdrücklichen Protest gegen dieses schreiende Unrecht, gegen das schmachvolle Unrecht der zarischen Regierung!

Auf Beschluß des Zentralkomitees:

Redaktion des „Socialiste“,

Organ der sozialistischen Arbeiterorganisation Armeniens.

Für die Republik

ist in Norwegen schon in den achtziger Jahren eine starke Agitation entfaltet worden und namentlich war es auch Björnstjerne Björnson, der diese Bewegung unterstützte. Von ihm stammt das geliebteste Wort, das, wie es scheint, jetzt zur Tatsache werden soll: „Die Republik wird kommen wie ein Blitz mit der Post.“

„Norwegen erwartet den Brief mit der Post“, so überschreibt unser Bruderorgan von Kristiania seinen Leitartikel vom Donnerstag, und stellt die Frage: „Wird Björnstjerne's Voraussagung in Erfüllung gehn?“ — Die Ereignisse der letzten Zeit scheinen wenigstens in den letzten Tagen darauf hinzudeuten. Das Störthing hatte alle Karten in seiner Hand. Es galt nur, sie mit gesunder und kalter Berechnung auszuspielen. Das Störthing hat sich allzustart durch Reichens persönlichen Wunsch beeinflusst lassen, einen schwedischen Prinzen hier zu Lande als König anzubringen. Aber das ist eine Störung im Gang der Entwicklung, zu der weder die Regierung noch das Störthing irgend welche Vollmacht hatte. Ebenso einmütig wie das norwegische Volk hinter dem Störthing mit seinen Beschlüssen über die Auflösung der Union und die Abschaffung des Königtums steht, ebenso reserviert steht das norwegische Volk dem Störthingbeschlusse, von einem neuen Norwegens Königsronne fortzugeben an einen schwedischen Prinzen, gegenüber. Und diese Reserviertheit entwickelt sich Stunde für Stunde zu einem offensbaren Kampfsitzung gegen eine eventuelle Dynastie Bernadotte Nr. 2 in Norwegen. Wir glauben mit Sicherheit behaupten zu können, daß kaum 10 Prozent des norwegischen Volkes monarchisch gesinnt sind. Es geht eine republikanische Strömung durch unser Volk — eine wirklich demokratisch-republikanische Strömung, die unüberwindlich ist. Das Königtum wird hier zu Lande niemals mehr festen Fuß fassen. Wir sind über diese Art Karrenstreich hinausgeworfen. Wir lassen uns nicht dadurch verwirren, daß diese überlebte heidnische Institution mit nationalen Farben besetzt wird, denn es fehlen ihr alle Bedingungen, um irgend eine positive Rolle in unserm nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben zu spielen. Und die negative Rolle, die das Bernadottische Königshaus auf allen diesen Gebieten immer gespielt hat, wird wahrhaftig nicht zu einer neuen Fortsetzung Veranlassung bieten. Die historischen Resultate mit der Bitterkeit der Erfahrung können durch seine Störthingbeschlüsse aus der Welt geschafft werden. Das Störthing kann Revolution machen, so viel es will, wenn nur die demokratischen Fortschrittlichen befohlen werden; aber auch nicht weiter. Die Reichskompetenz des Störthings ist, praktisch gesprochen, unbegrenzt, insofern es vorwärts geht und das Volk dahinter steht. — Mit offenen Armen sieht das norwegische Volk heute da und wartet — nicht auf die Dynastie Bernadotte Nr. 2, sondern auf die norwegische Republik Nr. 1 — es wartet auf: „Den Brief mit der Post.“

Wenn „Sozialdemokraten“ hier vom norwegischen Volke spricht, so sind darunter keineswegs nur die Arbeiter zu verstehen. Lage Friis schreibt in „Politiken“: „Gegenwärtig findet man innerhalb der Rechtenpartei ebenso starke Sympathie für die Republik wie innerhalb der Linkenpartei und die fräglichsten Worte über die Schädlichkeit der Königsronne für Norwegen hört man jetzt von Leuten, die noch vor wenigen Jahren durch und durch Royalisten waren. Wenn man jetzt sieht, wie die Bernadottische Dynastie ihre Ausdauer verpielt hat in Norwegen, so ist das nicht zum mindesten eine Folge davon, daß sie durch ihre Haltung in der Unionssache die norwegische Rechtenpartei zu einer im wesentlichen revolutionären Partei verwandelt hat.“ — Lage Friis äußert ferner die Ansicht, daß bei Eintreten der jetzigen Krise wohl beinahe 100 Störthingsmänner grundsätzlich Republikaner waren. Verschiedenen von ihnen hätte es außerordentliche Uebervindung gekostet, um aus Rücksicht auf die Erhaltung des Friedens und aus Rücksicht auf das Ausland für das Gelingen eines neuen Königs zu stimmen.

Björnson unterstützt die Angehörigen in Schweden.

Unser norwegischer Parteigenosse Dr. Oskar Rissen hat folgenden Brief erhalten, der eine ehrende Anerkennung der vernünftigen und brüderlichen Haltung der schwedischen Arbeiterschaft in dem Konflikt mit Norwegen in sich schließt:

„Lieber Freund, ich sehe, daß 17 000 schwedische Arbeiter frolos geworden sind dadurch, daß die Wesiger der Werke eine Aussperrung dekretiert haben. Ferner sehe ich, daß die norwegischen Arbeiter beschloffen haben, ihre schwedischen Kameraden zu unterstützen.“

Es scheint mir, daß mehrere von uns hierbei mithelfen sollten. Gewiß können wir über diesen Streit selbst nicht urteilen; aber wir können diese Gelegenheit ergreifen, um den schwedischen Arbeitern für ihre Haltung während unserer politischen Krise zu danken.

Die Art und Weise, wie wir die Union aufgelöst haben, hat im allgemeinen die Schweden gekränkt. Um so dankbarer müssen wir denen sein, die ohne Bedenken davon ausgingen, daß derartige nicht die Absicht der Norweger war. Aber um so williger müssen wir auch selber sein, dies in der Tat zu beweisen — und hier ist eine Gelegenheit.

Willst Du so freundlich sein, den beiliegenden Beitrag dem Komitee zu senden.

Dein

Björnstjerne Björnson.

Unionauflösung in gesetzlicher Form.

Zu dem Königsbrief Oskars II. bemerkt „Social-Demokraten“, er sei im allgemeinen „sein und ohne Stachel“ und bekräftige, was die Norweger immer verstanden hätten, daß ein Unionskönig zu sein, unmöglich sei. Der König müsse entweder schwedisch oder norwegisch sein. Daß er als Schwede gewählt habe, schwedischer König zu sein, wäre nicht zu verurteilen. Unser Bruderorgan fährt dann fort: „Wir wissen auch, daß die Auflösung der Union nur in ganz gesetzlichen Formen mit Zustimmung des schwedischen Königs und des schwedischen Reichstags erfolgen kann. Aber das hoffen wir, daß Schwedens König und Reichstag dafür sein werden. Sie können nicht dafür sein, etwas aufrecht zu erhalten, was nicht existiert. Keine Macht in der Welt kann die Union wieder aufrichten. Norwegen kann, wenn Schweden die Macht dazu besitzt, zu einer schwedischen Provinz gemacht werden — aber niemals mehr ein mit Schweden vereinigt Reich. Aber diese Provinz würde Schweden nicht allein Fuß für Fuß erobern, sondern auch mit einer gewaltigen Armee besetzt halten. Diese Provinz würde Schwedens eigener Untergang werden. All das weiß König Oskar und darum schreibt er einen feinen Brief an uns, in dem eigentlich nichts enthalten ist. Und das Störthing liest ihn und sendet ihm seinem Spezialkomitee und dieses legt ihn zu all seinen anderen Papieren. — Nun bitten wir das schwedische Volk, zu sprechen. Wir wollen hören, ob jehi nicht auf der skandinavischen Halbinsel die Bedingungen für ewigen Frieden und gegenseitige Achtung geschaffen werden können.“

Aus der Partei.

An die Parteigenossen!

Die Kompletierung des Partei-Archivs macht es notwendig, die auf die Arbeiterbewegung bezüglichen Preherzeugnisse aus den sechziger und siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in mehrfachen Exemplaren zu besitzen.

Wir rechnen hierbei in erster Linie auf folgende Preherzeugnisse: Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung (Coburg), Sozialdemokrat und Neuer Sozialdemokrat (Berlin), Demokratisches Wochenblatt (Leipzig), Flugblätter des Vereinstages deutscher Arbeitervereine (Frankfurt a. M.), Arbeiterhalle (Mannheim), Nordstern (Hamburg), Der Sozialdemokrat (Hamburg), Freie Zeitung (Chemnitz), Volksstaat und Vorwärts (Leipzig), die Protokolle der Generalversammlungen des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, die Protokolle der Vereinstage deutscher Arbeitervereine usw.

Parteigenossen, die im Besitz dieser oder ähnlicher Schriften sind, bitten wir, uns dieselben für das Partei-Archiv, eventuell gegen zu vereinbarende Bezahlung, zu überlassen.

Auch wenn es sich um unvollständige Exemplare der genannten Zeitungen handelt, sind wir bereit, dieselben zu erwerben.

Anerbietungen bitten wir an den Verwalter des Archivs, Genossen Max Grünwaldt, Berlin SW. 63, Lindenstr. 69, zu richten.

Die Parteipresse wird um Abdruck dieser Aufforderung gebeten. Berlin, den 17. Juni 1905.

Der Parteivorstand.

Zur Diskussion über den Gewerkschaftslongref.

Die Bemerkungen, die wir in dem Artikel in Nr. 132 des „Vorwärts“ über die Behandlung des politischen Massenstreiks in Rußland und die daran geübte Kritik gemacht haben, veranlaßten den Genossen Kautsky zu einer Polemik gegen uns in der Vorrede zu einem Buche der Genossin Roland-Holtz, das demnächst erscheinen soll. Genosse Kautsky macht sich die Polemik ziemlich leicht, indem er drei Sätze aus dem Zeitungsartikel, der heute gelesen wird und morgen vergessen ist, herausnimmt, und vollständig noch dazu, und sie zur Polemik in einem Buche verwendet, das nicht so leicht bergänglich ist, wie ein Zeitungsartikel, und dann nach Jahren noch als Beweis dafür gilt, wie ungenügend die Argumente des Zeitungsartikels gewesen sind. So schreibt Kautsky (wir zitieren den ganzen Absatz ohne jede Auslassung):

„Drei Punkte weiß der „Vorwärts“ dafür anzugeben, daß die Gewerkschaften den politischen Massenstreik nicht zu diskutieren brauchen.“

1. „Der politische Massenstreik ist ein politisches Kampfmittel und deshalb haben... die Gewerkschaften nichts mit ihm zu tun.“

2. „Wenn auf die glänzende Anwendung des politischen Massenstreiks in Rußland verwiesen wird, so müssen wir doch darauf aufmerksam machen, daß gerade die russischen Arbeiter am allergeringsten Gelegenheit zur Diskussion dieses Kampfmittels hatten.“

3. „Was sind am Ende die fünfviertel Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter gegen die Masse des deutschen Proletariats? Da kann man es wohl begreifen, daß sie (die Gewerkschaften) den Wunsch haben, zunächst einmal die Masse des Proletariats zu gewinnen und die Diskussion von Kampfmitteln, die ihnen bei Betrachtung ihrer relativ geringen Zahl noch ausichtslos erscheinen, vorläufig ablehnen.“

Also die Gewerkschaften brauchen den politischen Massenstreik nicht zu diskutieren:

1. Weil nicht sie, sondern die politischen Organisationen ihn zu diskutieren haben.

2. Weil es geht, auch ohne daß man ihn diskutiert hat.

3. Weil es für die Gewerkschaften zu früh wäre, ihn zu diskutieren.“

Diese drei Argumente heben einander auf, aber auch jedes von ihnen ist für sich allein nicht stichhaltig. Es lohnt sich, sie näher zu betrachten, weil man ihnen öfter begegnet.

Der „Vorwärts“ meint, die Diskussion des politischen Massenstreiks sei erst dann für die Gewerkschaften am Platz, wenn sie „die Masse des Proletariats“ gewonnen haben. Gilt es es wirklich für möglich, die Masse des Proletariats gewerkschaftlich zu organisieren? Aber wenn er auch so optimistisch sein sollte, in absehbarer Zeit wird er es doch nicht erwarten. Je stärker die Organisationen des Proletariats werden, desto größer aber auch der Gegenstand gegen sie in den herrschenden Klassen, desto näher eine Politik der Reaktion, die uns jeden Moment in eine Situation versetzen kann, welche dann früher oder später zum politischen Massenstreik drängt. Der „Vorwärts“ jedoch denkt sich die Sache so gemächlich, daß die Gewerkschaften erwarten dürfen, die Sozialdemokratie und Regierungen würden ruhig zusehen, bis die Masse des Proletariats fest organisiert ist, was doch auch im besten Fall vor zwei bis drei Jahrzehnten nicht erwartet werden darf, und daß für die Gewerkschaften kein dringender Grund vorhanden ist, früher über neue Kampfmittel nachzudenken. Die Diskussion darüber wird damit um ein Menschenalter verschoben.

Der „Vorwärts“ weist dann auf Rußland hin, wo es zum Massenstreik ohne vorherige Diskussion kam. Sicher; aber auch ohne Preherfreiheit, ohne genügende Schulbildung, ohne gewerkschaftliche Organisation. Sollte alles das deshalb überflüssig sein? Das Beispiel Rußlands beweist nur, daß die Notwendigkeit des Massenstreiks über Nacht kommen kann, ohne daß man Zeit gehabt hätte, ihn zu diskutieren. Ist das ein Grund dafür, anderwärts diese Diskussion aufzuschieben? Andererseits aber zeigt

Das russische Beispiel, wie grundlos jede Anschuldung ist, die das Gelingen des Massenstreiks davon abhängig macht, daß die Masse des Proletariats gewerkschaftlich organisiert sei. Wo die kapitalistische Industrie genügend entwickelt ist und die sozialen und politischen Verhältnisse ihn erzwingen, kommt er ohne alle gewerkschaftliche Organisation, ohne jede vorherige Diskussion. Aber früher wird er um so kraftvoller sein, um so mehr erreichen, um so geringere Opfer erfordern, je mehr im Proletariat Schulung, Aufklärung, Organisation verbreitet sind. Wir verlangen aber auch nicht die Diskussion des politischen Massenstreiks, um ihn möglich, sondern um ihn möglichst erfolgreich zu machen.

Um mit dem Argument Nr. 2 zu beginnen, so lautet der Satz im „Vorwärts“ in Wirklichkeit:

„Es ist dann erhebliches Gewicht darauf gelegt worden, daß den Gewerkschaften empfohlen wird, den politischen Massenstreik (eigentlich — anarchisch — Generalstreik) nicht zu diskutieren. Es ist ja nun die Partei dadurch nicht verhindert, dieses wie irgend ein anderes Kampfmittel zu diskutieren. Wenn aber von derselben Seite aus gleichzeitig für die Bedeutung des Streiks als politisches Kampfmittel auf die Vorgänge in Rußland, auf die glänzende Anwendung des politischen Massenstreiks in Rußland verwiesen wird, so möchten wir doch darauf aufmerksam machen, daß gerade die russischen Arbeiter am allerwenigsten Gelegenheit zur Diskussion dieses Kampfmittels hatten.“

Dätte Kautsky diesen Satz vollständig zitiert, dann könnte er sich seine ganze Polemik dagegen sparen, denn der Satz richtet sich nur gegen eine bestimmte Stelle, die mit viel Kraftaufwand die Erörterung des politischen Massenstreiks als dringend notwendig bezeichnet und mit noch mehr Kraftaufwand davon redet, daß die Gewerkschaftler die grandiose Anwendung dieses Kampfmittels in Rußland ganz unbeachtet gelassen hätten. Der Satz will also nichts weiter, als auf den Widerspruch in dieser Argumentation hinweisen, der erst hervortritt infolge der ganz unangebrachten Uebersetzung, mit der beide Argumente den Gewerkschaftlern ins Gesicht geschleudert werden. Dagegen läßt unser Satz ausdrücklich die Diskussion offen.

Zu Kautskys Argument Nr. 1 ist zu bemerken, daß der zitierte Satz der Schluss aus einer längeren Darlegung ist, die nachzuweisen sucht, aus welchen Gründen wir es erstens für schädlich halten würden, den Gewerkschaftsorganisationen politische Aufgaben zuzuweisen, und zweitens für unrichtig, die Gewerkschaftsorganisationen mit dem politischen Massenstreik zu beauftragen. Wir müssen auf diese Argumente hier verweisen, da sie ja den Lesern des „Vorwärts“ wie dem Genossen Kautsky bekannt sind, durch die Wiederholung aber den Lesern des Buches auch nicht bekannt werden würden. Kautsky schreibt dann weiter gegen die von uns vertretene Auffassung:

„Ich weis nicht, wie man sich in der Redaktion unseres Zentralorgans den politischen Massenstreik vorstellt, aber gewöhnlich betrachtet man ihn nicht als einseitige Aktion der Partei, sondern als eine gemeinsame Aktion von Partei und Gewerkschaften, soweit solche Organisationen vorhanden, und zwar zu Zwecken, die wieder nicht einseitig bloß die Partei, sondern auch die Gewerkschaften angehen. Der politische Massenstreik wird gerade in Situationen notwendig, wo die isolierte Gewerkschaft ebenso wie die Partei für sich allein vermag, wo sie ihre Kräfte und Weisheiten vereinigen müssen, um ihre Kampffähigkeit zu vergrößern. Gerade diese Kombination gewerkschaftlicher mit politischer Aktion (in den Parlamenten, Gemeinderäten, durch die Tagespresse usw.), gerade das macht das Wesen, die Eigenart des politischen Massenstreiks aus; darum geht er die Gewerkschaften ebenso sehr an wie die Partei. Und was von seinen Mitteln des Kampfes, gilt auch von seinen Zwecken.“

Da identifiziert Kautsky seine Ansicht doch allzu stark mit einer angebliehen allgemeinen Auffassung. Es wird ja gerade darum gestritten, daß die Erörterung des politischen Massenstreiks notwendig sei, weil noch keine Klarheit über ihn bestehe. In der Tat ist auch die Diskussion darüber noch sehr jungen Datums und die Ansichten über dieses Kampfmittel noch so zahlreich wie die Stimmen, die sich darüber geäußert haben. Es ist also eine grundlose Verallgemeinerung, zu sagen, „gewöhnlich betrachtet man ihn...“ Sie wird schon widerlegt durch die Debatten über den Gewerkschaftsfrage.

Schließlich das Argument Nr. 3. Auch da ist das Zitat unvollständig und gibt nicht wieder, was wir gesagt haben. Ihm geht eine Betrachtung voraus, die anknüpft an die Erfahrung, daß die hamburghischen Arbeiter der Wahlrechtsfrage recht geringes Interesse entgegenbringen. Der Betrachtung liegt der Gedanke zugrunde, daß es notwendig ist, das politische Interesse in den Massen des Proletariats zu heben, sie zur Erkenntnis der Bedeutung politischer Rechte zu erziehen und daß dies die Voraussetzung für einen Kampf um diese Rechte sei. Genosse Kautsky schrieb selber in seinen Betrachtungen über den Gewerkschaftsfrage:

„Das entscheidende Machtmittel des kämpfenden Proletariats wird stets die überlegene Zahl und Qualität seiner Menschen bilden.“

Diese überlegene Zahl vermehren wir leider noch immer in den Reihen des kämpfenden Proletariats, deshalb haben wir ihre Gewinnung als das Wichtigere bezeichnet, ohne deswegen die Diskussion neuer Kampfmittel abzulehnen. Und den Massen, die außerhalb unserer Reihen stehen, wird auch Genosse Kautsky noch nicht die nötige Qualität zuerkennen wollen, für politische Rechte schwere Opfer zu bringen, ja er wird vielleicht sogar der Meinung sein, daß es dazu selbst innerhalb unserer Reihen noch einer gründlichen Erziehung bedarf.

Die deutschen und österreichisch-ungarischen Sozialisten in der Schweiz, die in einem Landesverbande vereinigt sind, haben nach dem letzten vom Landesauschuß in Zürich veröffentlichten Jahresbericht in 1904 die Mitgliederzahl in ihren Organisationen von 2334 auf 2632 erhöht, die sich auf 42 Sektionen verteilen. Von den 11874 Bänden in den Bibliotheken wurden 4489 ausgeliehen, Schriften konnten für 3564,85 Fr. verkauft werden, wandernde Genossen erhielten 2332 Fr. Reise-Unterstützung in bar und in natura. Mitgliederversammlungen fanden 542, öffentliche Versammlungen 69, Diskussionen 164 statt. Die Einnahmen des Landesauschusses betragen 2926,05 Fr., die Ausgaben 1697,10 Fr., der Vermögensbestand 1159,95 Fr., um 400 Fr. weniger als 1903. Die Einnahmen des internationalen Flüchtlingsfonds beliefen sich auf 846,05 Fr., die Ausgaben auf 894,30 Fr., so daß ein Kassendefizit von 467,75 Fr. verblieb.

Gewerbliche Friedensdokumente.

Mag sein, daß ein Teil der Arbeitgeberverbände Tarifverträge nur um des Lieben Friedens willen abschließt, daß bei ihnen das Friedensbedürfnis überwiegt. Als der ausdeutende Teil in der herrschenden Produktionsweise müssen sie eben mit der Aufhebung der Ausgebühten rechnen und sich, wenn deren Kämpfe ihren Profit bedrohen, durch Konzessionen eine mehrjährige Ruhe erkaufen. Ihr Standpunkt ist aber nicht mit dem der Arbeiter identisch, und es heißt den Tarifvertrag mit Unternehmern anzusehen, wollte man die Erhaltung des Friedens als sein höchstes Ziel bezeichnen. Zu dieser Selbstverleugung werden die freien Gewerkschaften sich niemals aufschwingen, denn sie führt zur Abhandlung als Gewerkschaft. Wer nichts zu erzwingen, sondern nur zu verteidigen hat, dem ist der Kampf eine Gefahr, und darum ist er ihm verhasst. Wer Vorteile erzwingen will, muß mit Kämpfen rechnen — ein ewiger Frieden bedeutet für ihn Stagnation. Und eine wirtschaftlich und politisch unterdrückte Klasse, die dem Kampfe entsagt, würde niemals ihrer Sklaverei, ihres Joches ledig werden, wenn sie sich durch Friedensschmalzen einlassen ließe.

*) Siehe Nr. 126 des „Vorwärts“.

Freilich behauptet die bürgerliche Ideologie, daß der Klassenkampf-Standpunkt ein Hindernis für Tarifgemeinschaften bilde. Das Unternehmertum werde nur dort Tarifverträge eingehen und, was wichtiger sei, sie in einem den Arbeitern günstigen Sinne erneuern, wo die Arbeiter darauf verzichten, ihre Ansprüche durch Streiks durchzusetzen. Die gewerkschaftliche Praxis widerlegt indes diese Annahme; sie weist nicht bloß nach, daß ein großer Teil der Tarifverträge, und die erstmaligen fast ausnahmslos, aus Arbeitskämpfen hervorgehen, sondern auch, daß die kampfesfreudigsten Gewerkschaften die meisten Tarifverträge, die friedlichsten Berufsvereine dagegen die wenigsten haben. Wir wiesen bereits auf die Unfruchtbarkeit der Harmonielehren der Gewerkschaften im Gegensatz zu den zahlreichen Tarifen der kampfesfreudigen baugewerblichen Arbeiter hin. Noch ein anderes Beispiel, auf das H. Imle selbst verweist, ohne es in seiner wahren Bedeutung zu würdigen, möge dies erklären. Bei der Behandlung der Tarife im Handelsgewerbe hebt sie die Ansätze zu Kollektivvereinbarungen in Warenhäusern und Konsumbetrieben hervor und findet es beachtenswert, daß hier nicht die Gelehrten, die Kaufleute, sondern die Hilfsarbeiter die ersten tariflichen Vorstöße gewagt haben, und erklärt dies durch die Standesillusionen der vorgebildeten Kaufmannsgehilfen, welche sich nicht als Arbeiter fühlten und daher auch in ihrem Eigenfium an den wertvollsten Erzeugnissen des misshandelten Arbeiterstandes nicht teilhaben wollten. Diese Erklärung verbunkelt den wahren Kern der Sache; es ist eben der Kampfesgeist, der den niedrigsten und gewiß entbehrlichsten Arbeitern größere Vorteile erringen ließ, als der im betruhten Gegensatz zum Klassenkampf tauflos verharrenden Masse des gelehrten kaufmännischen Personals. Das ergibt zugleich, daß die Gewerkschaften auf der Basis Imlescher Friedens- und Versöhnungstheorien niemals erreicht hätten, was das Unternehmertum den erprobten Kämpfen zugesprochen mußte. Ihre Tarifverträge waren anders als auf der Basis revolutionärer Vergangenheit gar nicht denkbar.

Darum ändert es nicht das geringste, daß mitunter auch das Unternehmertum von einem Tarifvertrag neben dem Frieden materielle Erfolge erwartet und daß auch Gewerkschaften in die Lage kommen können, aus Friedensbedürfnis einen Vertrag einzugehen. Soweit die Unternehmer materielle Interessen im Tarifvertrage geltend machen, haben die Gewerkschaften sorgfältig zu erwägen, ob dies ihre Position begünstigt oder schädigt. Vorteilhaft für sie wird jede Abmachung sein, die die Aufrechterhaltung der vereinbarten Arbeitsbedingungen in allen Betrieben sichert und dem Tarifvertrage einen möglichst weiten Geltungsbereich gewährt, sofern das natürlich nicht zum Schaden bessergestellter Arbeiter ausschlägt. Deshalb kann die Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz, soweit diese durch Ausbeutung von Arbeitern ihr Dasein fristet, ohne Bedenken in den Tarifvertrag einbezogen werden. Auch die Organisation der Arbeitgeber kann notwendig sein, um dem Tarifvertrage Geltung zu verschaffen. Nachteilig würde es aber für die Arbeiter sein, jeden erfolgreichen Wettbewerb zu bekämpfen und einen Kollektivvertrag zu benutzen, um gewisse technische Fortschritte deshalb nicht aufkommen zu lassen, weil sie die Position eines Teiles der Arbeitgeber schädigen. Sind bei technisch höherstehenden Unternehmungen die gewerkschaftlichen Forderungen ebenso erfüllt als bei den übrigen, so ist damit jedem Kampfe die Grundlage entzogen; solche Unternehmungen sind entweder in die Tarifabmachungen einzubeziehen oder durch einen Sondervertrag zur Innehaltung gewerkschaftlicher Forderungen zu verpflichten. Ihre Bekämpfung im Interesse der übrigen Unternehmer würde nur die Arbeiter selbst schädigen, denn über kurz oder lang setzt sich die technisch überlegene Konkurrenz siegreich durch und sprengt das rückständige Produktionskartell. Auch ein Organisationszwang, auf außenstehende Unternehmer ausgeübt, kann leicht zum Nachteil der Arbeiter ausschlagen, wenn die Duldungsstark genug sind, dem Zwang zu widerstehen. Kartellbestrebungen der Unternehmer müssen nicht notwendig zum Schaden der Arbeiter ausfallen. Auch die Sozialdemokratie hat es abgesehen, die Kartelle a priori zu bekämpfen; sie erkennt dieselben als notwendig und nützlich an und wendet sich nur gegen ihre gemeinschaftlichen Auswüchse. Man kann also den Gewerkschaften keinen Vorwurf daraus machen, wenn sie mit Unternehmern Kartellen Kollektivverträge eingehen und dadurch solche Kartelle stützen helfen. Aber noch wichtiger wie jeder einzelne Unternehmer müssen sie alle Chancen des Erfolges oder Mißerfolges abwägen, wenn sie die Regelung ihrer Arbeitsbedingungen mit dem Schicksal eines solchen Kartells verknüpfen. Sie müssen wissen, daß der Konkurrenzkampf verschärft wird, und zwar meist auf Kosten der Arbeiter, wenn das Kartell nur einen Teil der Produzenten umfaßt und gerade die leistungsfähigsten entbehrt, und daß solche Kartelle nicht lebensfähig und mithin keine sichere Bürgschaft für Tarifgemeinschaften sind.

Aber lediglich der eigene Vor- oder Nachteil kann für die Gewerkschaften entscheidend sein für die Annahme oder Ablehnung gewisser Tarifbedingungen, nicht der Vor- oder Nachteil der Unternehmer. Denn die Gewerkschaften sind nicht berufen, den Unternehmern möglichst großen Schaden zuzufügen, sie zu ruinieren oder ihnen jeden Vorteil abzuschneiden, sondern die Lebenslage der Arbeiter zu verbessern. Daß also ein Tarifvertrag auch den Arbeitgebern materielle Vorteile bringen kann, braucht sie ebensowenig zu beunruhigen, als das gleiche Ergebnis der Arbeitszeitverkürzung; es gibt ihnen im Gegenteil ein gewisses Recht, um so eher weitere Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zu beanspruchen.

Und war eine Gewerkschaft in der Zwangslage, einen Tarifvertrag schließen zu müssen, um drohenden Kämpfen vorzubeugen, denen sie nicht gewachsen war, so wird am allerwenigsten das Unternehmertum im Zweifel darüber sein, daß der Vertrag nur ein Waffenstillstand sein kann, der vom Gegner zur Stärkung seiner Organisation ausgenutzt wird. Wir kennen zahlreiche Beispiele ungünstiger Tarifverträge, die den Arbeitern aufgezungen wurden, aber keines, das die Arbeiter für den Frieden begeistert hätte. Jeder nachteiligen Bindung folgt unfehlbar die Aufhebung, die den Kampf vorbereitet.

Kann nun der Tarifvertrag den Klassenkampf auch keineswegs ausheben, so kann er immerhin dessen Formen bis zu einem gewissen Grade regeln; er kann Streiks und Ausperrungen durch Schiedsgericht-Verhandlungen einschränken und vor allem jene Ehren- und Prinzipienkämpfe um die Anerkennung der Organisation hintanhaltend. Freilich ist dies keine Wirkung des Tarifvertrages, sondern der Macht der Organisation selbst, die sich eben des Tarifvertrages zur Repräsentation dieses Erfolges bedient. Diese friedlichen Begleitercheinungen lassen den Tarifvertrag immerhin auch dann noch als förderlich für den gewerblichen Frieden und der Anerkennung der Gesetzgebung wert ersehen, wenn er ebensowenig wie die Einigungsämter ein Alibiinstrument gegen Streiks bildet. Auch starke Gewerkschaften üben eine freiwirkende Wirkung aus und ihr Einfluß ist es ja eigentlich, der die Unternehmer vor Einigungsämtern und in Tarifverträgen zu friedlichen Zugeständnissen zwingt. Jede Begünstigung der Gewerkschaften und jedes siegreiche Vordringen derselben macht gewisse Formen des Klassenkampfes überflüssig, ohne deshalb die Klassenkampfnatur der Gewerkschaften im geringsten zu beeinträchtigen. Die guten bürgerlichen Gönner, die noch immer im stillen hoffen, die Gewerkschaften würden ihre proletarische Vergangenheit vergessen und ihre Ideale für das Zinsengericht einer Tarifgemeinschaft verkaufen, werden niemals auf ihre Rechnung kommen. Was würden die Unternehmer sagen, wenn wir ihnen durch Tarifverträge eine Wandlung ihrer politischen Ueberzeugung aufnötigen wollten? So absurd dies jedem erscheinen muß, so gibt es doch Leute auch außerhalb des Schoßes der allein-seligmachenden Kirche, die von Tarifverträgen solche Wunderwirkungen gegenüber der Arbeiterklasse erwarten. Die Gewerkschaftsbewegung geht über diese Wunderglauben zur Tagesordnung über.

II.
So wenig wir also H. Imles Auffassung über die Friedensmission der Tarifverträge teilen, so ist andererseits anzuerkennen, daß ihre Erläuterung der zahlreichen Variationen der kollektiven Arbeitsverträge eine große Reihe der interessantesten und wichtigsten

Tarifverträge berührt, die nicht bloß für den Sozialpolitiker, sondern auch für den Gewerkschaftspraktiker von hoher Bedeutung sind. Darin liegt sogar der Hauptwert ihres Buches, das, wie bemerkt, wieder eine wissenschaftliche Behandlung der Natur der Tarifverträge noch eine statistische ihrer Erfolge enthält. Man kann schon ein tüchtiger Tarifpraktiker sein und erfährt doch zu seinem Erntamen, wie vielseitig die tarifliche Entwicklung in anderen Berufszweigen und welcher Ausgestaltung der Tarifvertrag noch fähig ist. Während sich z. B. die einfacheren Tarifverträge in der Regelung der Arbeitszeit, der Lohnfrage und der Bezahlung von Mehrleistungen (Ueber-, Nacht- und Sonntagsarbeit) genügen lassen, enthalten andere Verträge auch Bestimmungen über die Befestigung oder Einschränkung beruflicher Rhythmen (Verbringungsüberei, Kost- und Logistikwesen, Heimarbeit, Akkordarbeit, Unfall- oder Gesundheitsgefahren), über die Regelung des Arbeitsnachweises, über die Einschränkung der Arbeiter für geringere Arbeitsunterbrechungen (§ 616 B. G. B.) u. dergl. Und bei jeder dieser Regelungen begegnen wir wieder den verschiedensten Variationen.

So finden wir bei der Regelung der Lohnfrage sowohl den Ausschluß jeder Akkordlösung (Baugewerbe), als auch die minutiöseste Tarifierung der kleinsten Stückarbeitsleistungen (Mühlbinder, Buchbinder). Weitergehende Verbesserungen bringen die bei den Schneidern üblichen Klaffenarife, bei denen die Werkstätten je nach der Qualität der dort gefertigten Erzeugnisse in mehrere Lohnklassen eingeteilt werden, und das Stufenminimum sowie die Lokalaufschläge der Schriftsetzer, wogegen die Prämienzuschläge bei den Lichtdruckern vorherrschen und das System der Gewinnbeteiligung in der Optischen Werkstatt der Karl Reich-Stiftung in Jena vertreten ist. Die Sicherung eines gewissen Lohnniveaus bei Akkordarbeit bezwecken Vorschriften über die Garantie des Volllohns, über die Höhe der wöchentlichen Abschlagszahlung und Bezahlung der vollen Leistung (nach wirklichem Maß oder Stückzahl einschl. der Bruchteile einer Einheit). Es ist ja bekannt, welcher betrügerischen Manipulationen sich viele Unternehmer noch bedienen, um sich an unbezahlter Arbeit des Lohnarbeiters zu bereichern. Da wird das Duzend zu 13—15 und der Meter zu 102—105 Zentimeter gerechnet und Bruchteile überhaupt nicht bezahlt. — Das Gegenstück bilden einige Tarifbestimmungen, die die obere Grenze des Lohnes festsetzen oder dem Arbeiter eine gewisse Mindestleistung auferlegen. So wird für Popport ein Maurer- und Zimmererarbeit angeführt, der außer dem Mindestlohn auch einen Höchstlohn pro Stunde festsetzt. Ob es sich hier um einen paritätischen Tarif handelt, muß bezweifelt werden. Dagegen kennt der Berliner Maurerarif von 1903 die Festsetzung einer Mindestleistung (täglich 800—700 Steine), deren moralischen Wert wir nicht einzusehen vermögen. Auch das Stüchregulativ der Plautenschens Schiffenticker gehört zu dieser Kategorie. Vielseitig ist ferner die Regelung der Vergütung für Extra-Arbeiten (Schneider, Klempner, Dachbeder, Zimmerer), bei denen es sich um bessere oder kompliziertere Ausführung, um gefährliche Turm-, Schornstein- oder Wasserarbeit oder um besonders schmutzige Arbeit, die den Arbeiter zu Nebenausgaben für Kleidung zwingt, handelt. Zur Lohnregelung gehören ferner die Entschädigung für den Aufwand der Arbeiter bei auswärtiger (Ueberland-)arbeit, die Entschädigung für eigenes Werkzeug und dessen Verlust, für die Lieferung von Futaten (Furnituren) bei den Schneidern und Schuhmachern, die Auslösung für Aufhebung des Kost- und Logistikzwanges beim Arbeitgeber und die Ablösung des Freibieres in Brauereien. Daß der Berliner Köpfervertrag den Gehälften ein sog. Lichtgeld, eine Entschädigung für Beleuchtungsarbeiten in Aussicht stellt, beweist die mangelhafte Durchführung des § 120a der G. O., nach dessen Absatz 2 der Unternehmer selbst für genügendes Licht in den Betriebsräumen zu sorgen hat.

Hast ebenso reichhaltig sind die Regelungen bezüglich der Arbeitszeit und des Pausenwesens; da finden wir das Tages- wie das Wochenstundum (letzteres bei Glasfertigen) und sogar eine Art gleitender Arbeitskala bei den Goldschlägern, die sich nach den Produktionsverhältnissen richtet. Der Berliner Gärtler- und Metallarbeiterarif (1903) will die Ueberarbeit völlig ausschließen, so lange die Möglichkeit der Einstellung von Arbeitskräften besteht, — der Wilhelmshavener Tischlerarif dagegen gestattet veräußerte Arbeitszeit durch Ueberstunden ohne Zuschlag nachzuholen, eine sicherlich höchst bedenkliche Regelung.

(Fortsetzung folgt.)

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Regierung und Verstehtand.

Berlin, 17. Juni. (W. S.) Das Zentralkomitee für das ärztliche Fortbildungswesen in Preußen hielt Sonnabend, den 17. d. M. im königlichen Kultusministerium seine V. Generalversammlung ab. Im Verlaufe der Verhandlungen wurde auch die gegenwärtig viel erörterte Frage der Akademien für praktische Medizin eingehend besprochen; hierzu äußerte sich u. a. Ministerialdirektor Dr. Alshoff, ferner der Vorsitzende des deutschen Ärztevereinsbundes Prof. Dr. Höbner, Prof. Dr. Rehn aus Frankfurt a. M., sowie als Vertreter der neu begründeten Kölner Akademie die Herren Geh. Med. Rat Dr. Wardenheuer und Bürgermeister Dräger. Herr Ministerialdirektor Alshoff wies mit besonderem Nachdruck darauf hin, daß die Regierung keinerlei Veranlassung habe, die Neugründung von Akademien zu wünschen, vielmehr besande sie sich in völliger Uebereinstimmung mit der Auffassung der Ärzte, daß man hiermit warten solle, bis man Gelegenheit gehabt hätte, Erfahrungen mit der Kölner Akademie zu sammeln. Die Anregung zur Gründung weiterer Akademien müßte von den Städten selbst und den dortigen Ärzten ausgehen. Auch darin stimmte man mit den Ärzten überein, daß jede wirtschaftliche Schädigung derselben, z. B. durch die Gründung von nicht notwendigen Polikliniken usw., durchaus vermieden werden müsse. Sollte es zu einer weiteren Gründung von Akademien kommen, so wäre es nur im Sinne der Regierung, wenn hierbei die offiziellen Vertreter der Ärzteschaft mitwirken und deren Wünsche zum Ausdruck brächten; denn die Regierung habe bei der ganzen Frage der Akademien lediglich die Interessen des ärztlichen Standes im Auge.

Oldenburg, 17. Juni. (W. L. W.) Der frühere Geschäftsführer Philipp Jundt aus Eidel bei Welfenkirchen, der am 12. Januar 1904 die Gastwirtswitwe Weller in Oldenburg und deren Tochter ermordet und beraubt und ihr Haus danach in Brand gesteckt hatte, wurde heute zweimal zu lebenslänglichem Zuchthaus, außerdem zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt.

Befähigungsnachweis.

Triest, 17. Juni. (W. S.) Der wegen Nichtbegleichung seiner Schulden und wegen seines eigentümlichen Benehmens in den letzten Tagen von der Polizei streng bewachte Kaiser der Sahara, Lebduhi, ist mittels Wagens nach Görz entflohen und wurde dort auf dem Polizeisekretariat einem Verhör unterzogen, dann jedoch wieder freigelassen. Sein jetziger Aufenthaltsort ist unbekannt. Lebduhi hat aber mehrere arabische Diener sowie eine große Anzahl Gepäckstücke zurückgelassen; der Wert dieser Gegenstände übersteigt bedeutend den Betrag seiner Triester Verbindlichkeiten.

(Nach dem Ausbruch der Verrätherheit ist er nun offenbar regierungsfähig in der Sahara.)

Athen, 17. Juni. (W. L. W.) Der etwobeld Ministerpräsident Delgannis ist heute beerdigt worden.

Aus Industrie und Handel.

Der Terrorismus des Aufsichtsrates.

Welche Verechtigung gerade unsere rheinisch-westfälischen Industrieunternehmer dazu haben, fortgesetzt von dem Terrorismus der organisierten Arbeiter zu schwagen, das zeigt mit nicht zu über-treffender Deutlichkeit ein Fall, der sich in jüngster Zeit bei der Dribit-Aktiengesellschaft in Köln, einer Gesellschaft für kunst-gewerbliche Metallwarenfabrikation zugetragen hat. Durch fast beispiellose Mißwirtschaft, an der den Aufsichtsrat ein erheblicher Teil der Schuld trifft, ist diese Gesellschaft dem völligen Ruin zu-geführt worden. Erst im Jahre 1900 begründet, hat diese Firma mehrmals in rascher Reihenfolge ihr Aktienkapital erhöht, wobei das finanzierende Bankhaus, die Vergisch-Märkische Bank, sehr beträchtliche Zwischengewinne für die Uebernahme der Aktien und deren Einführung an der Börse eingekassiert hat. Durch diese Kapitalerhöhungen ward die Gesellschaft auch immer in die Lage versetzt, ziemlich hohe Dividenden zu verteilen, zwar auf Kosten ihrer Reserven und überhaupt ihrer Solidität, aber zugunsten der Bank und der Verwaltung, die beide durch die hierdurch herbeigeführte Kurssteigerung an dem in ihrem Besitz befindlichen Aktienbesitz desto größere Summen verdienten. Dieser Sucht, unter allen Umständen Gewinne zu erzielen, ist es wohl auch zuzuschreiben, daß man noch im vorigen Jahre für Maschinen, Gebäude, Patente usw. horrenden Beträge ausgab, ohne die Kosten aus den eigenen Betriebsmitteln bestreiten zu können. Man bediente sich, da das Geld nicht reichte, eines sehr einfachen Mittels: man nutzte den Kredit, den die Vergisch-Märkische Bank bereitwillig gewährte, gehörig aus und wurde nicht gewahr, daß man dadurch immer mehr in die Abhängigkeit der Bank geriet. Nachdem das alles geschehen war, aber nunmehr erst recht die Betriebsmittel fehlten, kloppte die Bank in diesem Jahre plötzlich mit ihrer Kreditgewährung; allerdings, um dabei wieder ansehnlichen Vorteil zu erzielen. Gerade nämlich, als es den Aktionären erwiderte, daß die Gesellschaft nunmehr bald die notwendigen finanziellen Mittel durch Patentverkäufe usw. erlangen würde, verweigerte die Vergisch-Märkische Bank jede weitere Zahlung und — erreichte dabei, daß ihr Kreditanspruch und ihr Aktienbesitz ihr zu vorteilhaftigen Bedingungen abgekauft wurde. Der Württembergischen Metallwarenfabrik in Geislingen (Sachsen) nämlich der Besitz der Dribit-fabrik und deren Patente wertvoll zu sein. Sie unterhandelte daher mit der Bank und diese verschärkte ihren Anspruch von circa 1,07 Millionen Mark mit einem Verlust von circa 800 000 Mark. Dadurch gingen auch die verpfändeten Rohmaterialien, Patente usw. an die Württembergische Gesellschaft über. Nunmehr gab sich auch der Aufsichtsrat dazu her, nachdem er einsehen mußte, daß an Zantienen nicht mehr viel zu holen war, auf Kosten der übrigen Aktionäre für sich einen Gewinn zu erzielen. Er verkaufte nämlich die in seinem Besitz befindliche Aktienmajorität zu circa 100 Proz. an die Württembergische Metallwarenfabrik und im Besitze der Majorität befristeten nur diese modernen Industriemänner in der General-versammlung, die übrigen Aktionäre mit 60 Proz. abzupfeifen! Die Minorität der Versammlung wurde einfach in der rätschellosten Weise terrorisiert und selbst die Zivilklage, die ein Aktionär ein-geleitet haben soll, dürfte kaum auf Erfolg zu rechnen haben. Möge die Staatsanwaltschaft einmal dieses Verhalten untersuchen und dabei denselben Eifer bekunden, den sie an den Tag legt, wenn es sich darum handelt, Arbeitern angebliche Ueberschreitungen des gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechts nachzuweisen. Freilich werden die Herren des Aufsichtsrats sich damit auszureden ver-suchen, daß ja die Aktienmajorität nicht „geschädigt“ ist, da sie ja im Falle eines Konkurses noch weniger erhalten hätte. Aber dieser Fall beleuchtet doch jedenfalls wieder die Gefährlichkeit der Banken und Großindustriellen und ihre Heuchelei, wenn sie gegen einen erdichteten Terrorismus der Arbeiter nach Ausnahmsgesetzen schreiben.

Eine Einigung in der Hibernia-Sache soll nach einem Bericht, das die „Köln. Volksztg.“ verzeichnet, im Gange sein. General-direktor Behrend, welcher mit mehreren Beamten der Hibernia in Rattowitz weilte, soll angeblich mit diesen führenden Stellen im schlesischen Bergbau übernehmen. Nach anderer Lesart gelte seine schlesische Reise einer Zusammenkunft mit dem Fürsten Händel von Sommermark, der schon früher mit der Hibernia-Verstaatlichung in Verbindung gebracht worden ist.

Es ist dringend notwendig, daß der Handelsminister Müller in einer schleunigen und unabweisenden Erklärung zu diesen Ge-rüchten Stellung nimmt, damit eine Wiederholung der Spekulations-organen anlässlich einer etwaigen Verstaatlichung von Hibernia aus-geschlossen wird.

Die nationale Politik des Kohlenhandels. Eine Reihe englischer Werte haben in jüngster Zeit einen Bericht des „Monteurs des Int. Mat.“ zufolge erhebliche Abfälle zur Lieferung von Koks nach England in Deutschland gemacht.

Das Blatt verzeichnet weiter die noch nicht dagewesene Tat-sache, daß eine Anzahl Hüttenwerke in Cleveland deutsche Koks kaufen. Der Preis für diesen deutschen Koks soll noch niedriger sich stellen, als der für gewöhn-lichen englischen Durham-Koks, der heute 15,6 Sch. frei verdrahtete Hütte, beträgt. Der deutsche Koks wird dabei hinsichtlich seiner Beschaffenheit günstig beurteilt; er ist fest, hinter-läßt wenig Schlacke und enthält wenig Schwefel und Phosphor.

Diese Kokslieferungen sind nun aber nur durch starke Preis-senkungen der Kohlenhandels möglich geworden, während zu gleicher Zeit die Kokspreise für die deutschen Werke eine Erhöhung um eine Mark pro Tonne erfahren haben. Insbesondere aus den Kreisen der lothringischen Eisenindustrie werden gegen diese Praktiken — die Preise auf dem Inlandsmarkt zu erhöhen und im Ausland zu Schleuderpreisen zu verkaufen — heftige Klagen erhoben. Das Kohlenhandels hat die Preissteigerung für Koks in Deutschland schon im April mit der danach noch in Aussicht stehenden Vergesellschaftung begründet, die den Kohlenpreisen erhöhte „Lasten“ auferlegen würde. Daß dieses Nachwort von Bergarbeiter-Schutz, das in vielen Punkten die Lage der Bergleute noch verschlechtert, selbst dazu dienen muß, eine Preissteigerung zu rechtfertigen, zeigt auch von neuem, daß der Bergarbeiter-Schutz provoziert wurde, um Schein-gründe für die beabsichtigte Preissteigerung zu schaffen. Im Stil der Syndikatspresse müßte diese Preispolitik dahin charakterisiert werden, daß das Kohlenhandels die Geschäfte des Auslandes auf Kosten der deutschen Industrie betreibt.

Gewerkchaftliches.

Deutsches Reich.

An die Arbeiterschaft von Berlin und Umgebung!
Gemäß der Aufforderung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands sowie in Verfolg der am 5. Juni in der Berliner Gewerkschaftskommission gefaßten Resolution hat der Ausschuh derselben in seiner letzten Sitzung beschloffen, für die um Anerkennung des Koalitionsrechts kämpfenden Zigarettenarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands **Zammellisten** herauszugeben. Dieselben sind für Vertrauens-personen der Gewerkschaften und Partei in der Zeit von 11 bis 1 Uhr und 6 bis 8 Uhr in unserem Bureau Engel-Ufer 15 zu haben.
Listen, welche von der Berliner Gewerkschaftskommission herausgegeben werden, sind nur mit derselben abzurechnen.

Ebenso sind alle Gelder, welche in Berlin und Umgebung ge-sammelt und für die streikenden Zigarettenarbeiter und Arbeiterinnen bestimmt sind, an A. Köpfen, Engel-Ufer 15, zu senden.

Die Quittungen erfolgen öffentlich im „Vorwärts“. Ge-werkschaftslisten oder Sammlungen dürfen nur innerhalb des eigenen Gewerbes zirkulieren.

Der Ausschuh der Berliner Gewerkschaftskommission.

Die Lohnbewegung der Friseurgehülfen hat einen gewissen Ab-lauf gefunden. Sie ist ziemlich ruhig und günstig verlaufen. Zu-nächst hatten 548 Geschäfte die Forderungen anerkannt. Dazu kommen nach Annahme der vor dem Einigungsamt vereinbarten Bedingungen die 200 Arbeitgeber von der freien Vereinigung, so daß also im ganzen 748 Geschäfte als solche anzusehen sind, die bewilligt haben. — Eine außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Friseurgehülfen Deutschlands, Zweigverein Berlin, und des Verbandes deutscher Barbier- und Friseurgehülfen stimmte dem vor dem Einigungsamt vereinbarten Tarif mit der freien Vereinigung selbständiger Barbiers, Friseure etc. zu, unter der Bedingung, daß die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises umgehend in die Wege geleitet wird. — Als Vertreter für die Schlichtungskommission wählte die Versammlung: Viere, Voll-jahn, Wesche und Weber; als Lohnkommission, die die weiteren Arbeiten für die Lohnbewegung erledigen soll, Wormke, Langner, Volljahn, Schöbert vom Zentralverband, Wesche, Schulz, Weber vom Lokalverband, Lobbes für Nizdorf und Holz für Charlottenburg.

Achtung, Holzarbeiter! In Neumünster befinden sich unsere Kollegen im Streik. Die Unternehmer bemühen sich, durch nach Berlin entsandene Agenten Arbeitswillige anzuwerben. Gebt diesen Herren, sobald sie Euch nach Neumünster engagieren wollen, die ge-bührende Antwort und haltet Zug nach dort fern.

Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer.

Zahlstelle Berlin.

Sollten in einem Betriebe unter den dort beschäftigten Arbeitern anderer Gewerkschaften irgendwelche Differenzen betreffs Lohn-forderungen und Verkürzung der Arbeitszeit eintreten und die Maschinisten und Heizer sich daran beteiligen, so haben die Betroffenen dies ihrer Organisation unverzüglich zu melden.

Es ist dieses besonders hervorzuheben, da es bereits in einigen Fällen vorgekommen ist, daß durch Verabsäumung dieser Pflicht dem Betroffenen Schaden entstanden ist.

Die Ortsverwaltung.

Achtung, Hilfsarbeiter! Bei der Firma F. Zimmermann u. Sohn, Charlottenburg, Sömeringstr. 23-25, haben die Arbeiter infolge Mah-regelung von vier Verbandsmitgliedern die Arbeit niedergelegt. Zugang ist fernzuhalten.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Leisnerarbeiter! In einer Goldleinstofffabrik in Karl-stadt (Schweden) ist Streik ausgebrochen. Zugang ist streng fern-zuhalten.

Der Hauptvorstand des Verbandes der Vergolder Deutschlands.

Die Klaser in Erfurt stehen in einer Bewegung. Auf ihre Forderungen antworteten die Meister mit einem Angebot von — 27 Pfennigen pro Stunde; eine Verhandlung lehnten sie ab.

Die Lohnbewegung im Bauergewerbe zu Bremerhaven hat ein rasches Ende gefunden. Nach einer Besprechung zwischen zwei Funktionären des Bauerverbandes und dem Vorsitzenden des Arbeit-geber-Verbandes kam eine Vereinbarung zustande, nach der den Bauern, Zimmerleuten und Bauarbeitern zum 1. Januar 1906 eine zehnprozentige Lohnerhöhung zugestanden wurde. Eine Verkürzung der Arbeitszeit wurde seitens der Meister abgelehnt. Unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß keinerlei Abregelungen statt-fänden, stimmten die Arbeiter dem Vergleich zu.

Tarifgemeinschaft in der Hausindustrie.

Die Lohnbewegung in der Portefeuille-Industrie von Offenbach und Umgebung ist soeben zu einem vorläufigen Abschluß gekommen durch ein Tarifabkommen, das zwischen den Organisationen der Unternehmer und dem Verband der Portefe-uille-Arbeiter abgeschlossen wurde. Das Abkommen ist nach seiner Entstehung und durch den Umstand, daß es vorwiegend die Haus-industrie betrifft, interessant.

Offenbach ist der Hauptsitz der Portefeuille-Industrie, da-neben kommen noch Berlin und Nürnberg in Betracht, dann im Ausland Wien, Paris und London. Die Industrie wendet Maschinen fast gar nicht an, erst in jüngster Zeit kommt die Lederstichmaschine auf. Geschmack und Handfertigkeit spielen eine große Rolle, doch ist weitgehende Arbeits-teilung möglich. Dadurch wird das Schwitzsystem be-günstigt, das hauptsächlich in Offenbach und den umliegenden Dörfern im Schwange ist; weniger in Berlin, wo aber die Heim-industrie auch vorherrscht. Heimarbeiter sind überhaupt schwer zu organisieren; hier kommt noch das Zwischenmeisterum hindernd hinzu. Dem Portefeuille-Verbande gelang es aber schließlich, in und bei Offenbach 2200 männliche und 800 weibliche Branchen-angehörige als Mitglieder zu gewinnen; nur 800 männliche und allerdings der größere Teil weibliche setzen außerhalb des Ver-bandes. Gemeinverstehtweise war es die Annahme des Poli-tarifs, die dem Verbands Massen zuführte und wiederum die Annahme der Handelsverträge durch den Reichstag gab den unmittelbaren Anstoß zur jetzt vorläufig abgeschlossenen Lohnbewegung. Nach dem Urteil der Offenbacher Handelskammer wird der Handelsvertrag mit Ausland den dort bisher sehr auf-nahmefähigen Markt fast völlig verschließen, bis zu seinem Inkraft-treten kommen aber verhältnismäßig große Aufträge herein. Die Gunst dieses Umstandes hat die Arbeiterschaft ausgenutzt, und sie hat gleichzeitig durch Festlegung des Tarifs auf drei Jahre soweit als möglich für die Zukunft gesorgt.

Am 10. März d. J. wurden die ersten Forderungen formuliert, von denen die Unternehmer aber lediglich bewilligen wollten, daß jeder Hausindustrielle nur für einen Unternehmer arbeiten darf und daß bei Ableistung der Arbeit Sittgelegenheit geboten werden müsse. Nach wiederholten Verhandlungen, bei denen die Streik-gefahr aktuell wurde, ist schließlich ein Kompromiß zustande ge-kommen, das sich fast den reduzierten Forderungen nähert. Nicht der Neunstundentag, aber die 54stündige Arbeitswoche ist festgelegt. Lohnabzüge dürfen nicht gemacht werden für wöchentlich zweimal zwei Stunden Zeitverhältnis bei Arbeitsuche innerhalb der Kündigungsfrist, gleichviel von welcher Seite die Kündigung aus-ging, ferner bei Kontrollüberwachung, Verweigerung Angehöriger, Gemeinverstehtweise. Der Stundenlohn im ersten Jahre nach beendeter Lehre muß mindestens 28 Pf., im zweiten Jahre 32 Pf. betragen. Alldies nicht allerdings den Heimarbeitern wenig. Afford-arbeitern darf nicht unter 18 M. wöchentlich ausbezahlt werden. Diese Bestimmung wendet sich gegen die „blinden Wachen“. Es kam häufig vor, daß Afforde durch mehrere Wochen liefen, da es als Abschläge und in der Pflanzungswoche — gar nicht! Die neue Abmachung setzt jedoch auch fest, daß die Abschlagszahlungen nicht niedriger sein dürfen, wie die bisherigen Durchschnitts-löhne jedes Arbeiters, eventuell muß bei der Pflanzung ein Zuschuß draufgelegt werden. Den Zeitlohnarbeitern (das sind nur Wer-kstättenarbeiter) muß 25 Proz. Zuschlag für Nachtarbeit gezahlt

werden, Affordarbeitern desgleichen 10 Pf., Affordarbeiterinnen 8 Pf. pro Stunde. Arbeiterinnen müssen mindestens erhalten im ersten Halbjahr (Lehre) 6 M., im zweiten Halbjahr 7 M., dann halbjährlich um 1 M. steigend bis zu 11 M. im sechsten Halbjahr. Diese Lohnfestlegungen haben freilich nur die Bedeutung, daß sie eine untere Begrenzung schaffen, denn wenigstens von den männlichen Arbeitern hatte die Mehrzahl schon höhere Löhne, bloß drohte allen von der teilweise sehr geringen Entlohnung (bis zu 5 M. herab für Männer) größte Gefahr. Wichtig ist die Festlegung: Für Anfertigung einzelner Stücke sind Zuschläge auf den Dupen- bzw. Großpreis zu zahlen. Dann: Sämtliche Zu-taten an Heimarbeiter (Leim, Rappe, Stifte, Watte, Steppfaden usw.) müssen geliefert werden oder es muß im Lohn-tarif neben dem Arbeitslohn der für Zutat an den Heimarbeiter und Hausindustriellen zu zahlende Preis besonders benannt werden.

Verderblich wirkte bisher, daß die kalkulierten Afford-löhne nicht bekannt gegeben wurden, jeder einzelne Arbeiter wurde gefragt, zu welchem Preis er die Arbeit liefern wollte. So bestanden bei ein und derselben Firma für den gleichen Artikel acht- und zehnerlei verschiedene Preise. Trefos 2 M. wurden vergeben für 6,50 bis 13 M. Arbeitslohn! Einzelne Fabrikanten hielten sich kaufmännisches Personal speziell zum Lohn-bruch! Nun ist bestimmt, daß in jeder Werkstube ein Lohn-tarif aufhängen und in jeder Werkstube Lohnlisten ausliegen müssen mit Preisangabe und kurzer Beschreibung des Artikels nebst Preisangabe für Zutat, Änderungen in der Lohnhöhe und Verwendung schwieriger zu verarbeitenden Materials ist alle n bei der Firma beschäftigten Arbeitern so zeitig mitzuteilen, daß diese dazu rechtzeitig Stellung nehmen können. Letztere Bestimmung wird im Verein mit dem Lohnstempelzwang zu einer Art obligatorischer Organisation aller für eine Firma tätigen Arbeiter führen, und da außerdem der Vertrag festsetzt, daß die Arbeiter nur bei tarif-treuen Firmen tätig sein dürfen, und wiederum die Firmen nur an tarif-treue Arbeiter Aufträge herausgeben bezw. sie be-schäftigen dürfen, ist ein harter Sporn zur Aufrechterhaltung und zum Ausbau der Arbeiterorganisation gegeben, was bei der Hausindustrie besonders ins Gewicht fällt.

Sehr wichtig ist die Vertragsbestimmung, nach der derselbe Haus-industrielle nur von einer Firma beschäftigt werden darf, die dann ein Drittel des Krankenalters — und die Hälfte des Invalidenversicherungsalters (bisher bestand für Hausarbeiter der Brande kein Invalidenversicherungszwang) be-zahlen muß. Arbeitslose dürfen nur durch den paritätischen (Kreis-)Arbeitsnachweis in Offenbach vermittelt werden; nur wenn dieser dazu nicht imstande ist, ist andere Vermittlung zulässig.

Der Vertrag gilt auf die Zeit vom 1. Juli 1905 bis 30. Juni 1908 und soll, falls nicht ein Vierteljahr vorher Kündigung er-folgt, immer um ein Jahr weiterlaufen. Eine Schlichtungs-kommission, zu gleichen Teilen aus Unternehmern und Ar-beitern gebildet, soll bei Differenzen vermitteln, kommt sie zu keiner Einigung, so soll das Generobericht des Ortes (oder Kreises) den unbedingt gültigen Schiedspruch fällen.

Zweifellos wird es nicht selten Differenzen geben und gleich der Anfang der Tarifgemeinschaft wird eine Anzahl kleiner Streiks bringen, deren Ende der Untergang einer ganzen Reihe Schwitzmeister, aber auch einiger allzu sehr auf die schiefste Arbeiterausbeutung zugeschnittener selbständiger Firmen sein dürfte. Das erstere überläßt die größeren Fabrikanten, die von der Schandfontanere massenhafter Lehrlingsausbeutung in der Hausindustrie sich so be-engt fühlen, daß sogar die Handelskammer in ihrem jüngsten Be-richt nach Gegenmaßnahmen rufte. Bewährt sich die Tarifgemein-schaft, so wird eine Regelung des Lehrlingswesens, die trotz über-einstimmenden Wunsches der Arbeiter- und Fabrikantenorganisation jetzt noch nicht durchgeführt werden kann, nicht lange auf sich warten lassen, und damit wird die Hausindustrie einen Schlag erhalten, den sie auf die Dauer kaum überlebt.

Jedenfalls verdient das Offenbacher Experiment (der Vertrag ist lediglich für die preussischen Dörfer Entheim, Bergen und Wischofsheim, wo die Unternehmer einstweilen noch an der wöchent-lich 57stündigen Arbeitszeit festhalten, noch nicht perfekt) die Auf-merksamkeit der Sozialpolitiker und — die Rauf-eisierung der Berliner Lederwarenarbeiter! Hätten die Berliner sehen können, wie am Mittwoch der gut 3000 Personen fassende Offen-bacher Saalbau (Gewerkschaftshaus) zu eng war für die nachmittags 4 Uhr von allen Dörfern ankommenden Hausarbeiter, sie würden jedenfalls gemerkt haben, daß sie von Dörflern sich beschämen lassen!

Zum Steinarbeiterstreik in Straßburg. Von den in Ausstand getretenen Steinarbeitern befinden sich in Straßburg noch 142 Mann. Die absolute Differenz der Ausständigen betrug 302 Mann. Ein Teil davon hat auswärts Arbeit gefunden. Im Anfang waren elf „Arbeitswillige“ zu verzeichnen; jetzt ist noch die Unglückszahl sieben vorhanden. Die Unternehmer lassen kein Mittel unversucht, um die fehlenden Steine zu den Neubauten fertig zu bekommen; aber sie haben kein Glück dabei.

Ausland.

Zur Wassenausperrung in Schweden. Zwei Redakteure von „Stockholms Tidningen“ und „Stockholms Dagblad“ haben einen neuen Versuch gemacht, die „Verfäktvereining“ zu Verhand-lungen mit den Arbeiterorganisationen zu veranlassen. Sie schlagen der Unternehmerorganisation vor, die Aussperrung vor-läufig auf 14 Tage aufzuheben, um in dieser Zeit eine Einigung zu-stande zu bringen. Sie begründen ihren Vorschlag mit „vater-ländischen“ Rücksichten, das heißt Rücksichten auf die politische Krise mit Norwegen. Ob die Unternehmer jetzt auf eheliche Verhand-lungen eingehen werden, erscheint noch fraglich. Waren vater-ländische Rücksichten für sie maßgebend, so hätten sie den Kampf aus so wichtigen Gründen wie die Unterzeichnung der Verhandlungsregeln wohl überhaupt nicht begonnen.

Soziales.

Das Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen.

Der Bezirksausschuh in Düsseldorf hat ein Urteil gefällt, durch welches das Selbstverwaltungsrecht in den Krankenkassen herrschig illustriert wird. In Rheindt hatte der Vorstand der Ortskrankenkasse, nachdem der bisherige Rendant seine Stellung gekündigt, den Genossen Heusgen aus Kreisel zum Kassensführer gewählt. Der Vertrag war in der nämlichen Weise abgeschlossen wie mit dem bisherigen Rendanten, auch war die Kautionssumme in der näm-lichen Höhe bemessen. Einigen Vertretern der Unternehmer im Vor-stande gefiel der neue Rendant nicht, der Mann war doch Sozial-demokrat, sie erhoben Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde gegen die Wahl, und tatsächlich erklärte diese den Vertrag mit Heusgen für nicht gültig. Es sei die Kautionssumme zu niedrig und auch der Passus betreffs der Kündigung nicht akzeptabel, der Kassensführer müsse eine Probezeit durchmachen. Der Vorstand behauptete, nicht gegen das Statut gehandelt zu haben, der Beweis läge doch darin, daß der Vertrag mit dem neuen Kassensführer genau mit dem über-einstimme, der für den alten Kassensführer maßgebend war. Die Aufsichtsbehörde forderte aber nicht lange, sondern entließ den ganzen Vorstand seiner Funktionen und annullierte den Vertrag des Ge-nossen Heusgen. Der Bezirksausschuh, der von dem Vorstande zur Entschcheidung angerufen wurde, stellte sich auf die Seite der Auf-sichtsbehörde und entschied, daß dieselbe vollständig gesetzlich ge-handelt habe.

Gewerkschaftlicher Schutz des Wirtschaftspersonals in der Schweiz. Der Kaiserliche Große Rat hat die Arbeiter-Schutzbestimmungen des Wirtschaftsgerichtes auf die Initiative der sozialdemokratischen

Fraktion hin verbessert, so namentlich die alltägliche Nachtruhe von 7 auf 8 Stunden verlängert, während allerdings die Regierungsvorlage 9 Stunden vorgezogen hatte, was immer noch weniger gewesen wäre, als die von der Berner internationalen Arbeiterkongressen aufgestellte 11stündige Nachtruhe für die Fabrikarbeiterrinnen. Im übrigen wird zum Schutze des Wirtschaftspersonals folgendes bestimmt: „Die übermäßige Anstrengung des Dienstpersonals in den Wirtschaften ist untersagt“ (eine durchaus nicht-jagende Bestimmung); männliche Personen unter 16, weibliche unter 18 Jahren dürfen nicht zur Bedienung verwendet werden; die achtstündige Nachtruhe hat in die Zeit von 8 Uhr abends bis 9 Uhr morgens zu fallen; dem Personal sind wöchentlich mindestens 6 Stunden Freizeit an einem Nachmittage sowie monatlich ein Ruhetag von 24 Stunden vollständig freizugeben; die Schlafräume des in häuslicher Gemeinschaft mit dem Wirte lebenden Personals müssen den Anforderungen der Gesundheitspflege entsprechen und sie unterliegen der Kontrolle durch die zuständige Behörde.

Aus der Frauenbewegung.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, 19. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20: Generalversammlung.

Steglich. Der Bildungsverein für Frauen und Mädchen von Steglich und Umgegend hielt am 6. d. M. eine Wanderversammlung bei Grube in Friedenau ab. Herr Schütte hielt einen interessanten Vortrag über: „Mazg“. Er schilderte den Charakter dieses großen Denkers, sein Familienleben und seinen Verkehr mit anderen Größen seiner Zeit, wie Engels, Heine, Herwegh, Humboldt, Lafontaine usw. Obgleich Mazg ein glänzender Redner wie Kossak war, so habe er sich doch durch seine Werke einen unsterblichen Ruhm beim Volke erworben. — Von einer Diskussion wurde abgesehen, um den Eindruck, welchen die mit so lebhaftem Pathos vorgetragene Schilderung auf die Zuhörerinnen gemacht hatte, nicht zu verwischen. Dann folgte die Berichterstattung der Vorsitzenden von der Generalversammlung. Unter „Verschiedenes“ wurde ganz besonders des schlechten Besuchsbesuches gedacht. Der Mitglied des Vereins sei, habe auch die Pflicht, die Versammlungsbände zu besuchen. Man müsse sich doch erinnern, daß Wissen eine Macht sei, und Bildung frei mache. Zur Hebung des Besuchs sollen Handzettel verbreitet werden. Dann hat der Verein beschlossen, eine Bibliothek zu gründen. Sollten andere Vereine Bücher, welche sie vielleicht doppelt haben, verkaufen wollen, so wird gebeten, dem Verein Mitteilung zu machen.

Lichtenberg. Der Verein für Frauen und Mädchen hält Montag, den 19. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in Schwarzen Adler bei Gebrüder Arnhold, Frankfurter Chaussee Nr. 5 eine Versammlung ab, in welcher Frau S. Niesel einen Vortrag über Friedrich Schiller, ein Freiheitsdichter, halten wird. Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird gebeten. Gäste, Männer und Frauen willkommen. Der Vorstand.

Ziegel und Dorfgraben. Der Verein für Frauen und Mädchen hält Mittwoch, den 21. Juni, abends 8 Uhr, bei Schmidt, Schlieperstraße 64, seine Mitgliederversammlung ab. Gäste, Männer und Frauen willkommen.

Versammlungen.

Der Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter (Verwaltungsstelle Berlin I) hielt in den Industriepalais eine außerordentliche Generalversammlung ab. Zunächst erfolgte die Berichterstattung über die Verhandlungen der vierten Haupt- und Generalversammlung des Verbandes in Frankfurt a. M. Die Delegierten Spielfermann und Kahler gaben ein Bild von den Verhandlungen und legten die Bedeutung der wichtigsten Beschlüsse dar. — In der folgenden Debatte trat bei einigen Rednern eine gewisse Mißstimmung über verschiedene Beschlüsse zutage, z. B. darüber, daß eine Mark als Eintrittsgeld erhoben und von den örtlichen Einnahmen 75 Proz. dem Zentralverband überwiesen werden sollen. Man befürchtet im Kreise dieser Redner einen zu großen Einfluß des Zentralverbandes. Scharf rügte sie den Wahlmodus, der ihrer Meinung nach zu viel Verbandsbeamte auf den Verbandstag gebracht habe, so daß eine genügende Berücksichtigung der Wünsche und Anträge der Mitglieder unterblieben wäre. — Die Erhöhung der Mitgliedsbeiträge fand allgemeine Billigung. Ein Redner, Hausbierer im Warenhaus, beklagt, daß auf dem Verbandstage nicht über den Achtuhr-Laden-schluß verhandelt worden sei. — Von anderer Seite wurde den örtlichen Einwürfen entgegen gehalten, daß von einem Übergewicht der Verbandsbeamten nicht die Rede sein könne. Denn auf dem Verbandstag hätten vertreten 21 Verbandsbeamte 13 500 Mitglieder, 22 Kollegen aus Privatgeschäften 12 807 Mitglieder, 15 Kollegen aus Konsumgenossenschaften 7522 Mitglieder, 5 Kollegen aus Krankenkassen 4961 Mitglieder, ein jehziger Redakteur, früherer Kollege, 505 Mitglieder. Was die Ueberweisung von 75 Proz. der örtlichen Einnahmen an den Verbands-Hauptkasse angeht, so habe sie sich nötig gemacht, nachdem die Hauptkasse alle Unterstützungen übernehme, und auch die Zahlung der Gaubeiträge durch die örtlichen Verwaltungen wegfalle. Unter diesen Umständen komme man mit 25 Proz. am Orte aus. Uebrigens habe der Hauptvorstand auf

dem Verbandstage ausdrücklich festgelegt, daß er nicht daran denke, die Rechte der einzelnen Orte zu beschränken. Einige Ortsverbände für die verschiedenen Berufsgruppen am Orte seien schon deshalb mit Recht abgelehnt worden, um eine schädliche Zerstückelung zu verhüten. Im großen und ganzen könne man mit dem Ergebnis des Verbandstages zufrieden sein. Den Sektionen sei möglichst Selbständigkeit zugesichert worden. — Ein Mitglied des Hauptverbandes rechtfertigte dessen Maßnahmen in verschiedenen Angelegenheiten. Da nach Mitternacht die teilweise erledigte Diskussion noch nicht ihr Ende erreicht hatte, sondern die Rednerliste noch 17 Namen aufwies, so wurde Vertagung und Weiterverhandlung in einer demnächst wieder einzuberufenden Generalversammlung beschlossen. Die Rednerliste soll bestehen bleiben.

Arbeiter-Samariterkolonne. Montag, abends 9 Uhr, Brunnenstraße 154: Übungsstunde der zweiten Abteilung. Vortrag über Verletzungen, Wundbehandlung, Blutstillung. Nachher praktische Übungen. — Neue Mitglieder können noch eintreten. Einschreibegelb 25 Pf., Monatsbeitrag 25 Pf. Bibliothek steht den Mitgliedern zur Verfügung.

Der Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlins und Umgegend veranstaltet heute Sonntag, den 18. Juni, nachmittags 2 Uhr, eine Besichtigung des Museums für Völkertunde. Treffpunkt 7 1/2 Uhr vor dem Museum. Gede Königgräber- und Prinz Albrechtstraße.

Sozialdemokratischer Agitationsverein für den Wahlkreis Friedberg-Grudow. Sonntag, den 18. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, im Lokale Große Frankfurterstraße 133: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht der Delegierten. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Gäste stets willkommen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 18. Juni, vorm. 8 1/2 Uhr, im Bürgerlokal des Rathauses, Eingang Königstr. 15—18: Versammlung. „Freireligiöse Bewegung“. — Um 10 1/2 Uhr, in der Schul-Kula Kleine Frankfurterstr. 6: Versammlung. Vortrag des Fräulein Joa Altmann: „Der Monist Spinoza“. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. G. 29, Hamburg) Filiale Berlin I. Sonntag, den 18. Juni, vormittags 10 Uhr: Ordentliche Mitgliederversammlung. Neuwahl der Ortsverwaltung. — Filiale Rummelsburg, Sonntag, den 18. Juni, vormittags 9 1/2 Uhr, im Lokale von Gust. Tempel, Vohagen, Ecke der Neuen Bahnhofstraße: Generalversammlung.

Allgemeine Familien-Sterbekasse. Heute: Saalag Uckerstraße 123 bei Dieck von 3—6 Uhr.

Briefkasten der Redaktion.

„Schwiegermutter.“ Die alte Frau muß sich mit einem Unterstuhlgelock an die städtische Stützungskommission (Poststr. 16) wenden. Sollten sie nähere Angaben hinzuzusetzen (z. B. ob die Frau in Berlin geboren ist, welchen Beruf der verlebte Mann hatte usw.), so könnten wir vielleicht eine bestimmte Stützung nennen. Wir haben im „Briefkasten“ oft genug darauf hingewiesen, daß nähere Angaben nötig sind.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonntag, den 18. Juni.
Anfang 7 1/2 Uhr:

Opernhaus. Der Freischütz.
Montag: Lohengrin. (Anf. 7 Uhr.)
Neues Opernhaus. Jung-Heidelberg.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Berliner. Lil.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Deutsches. Der Biegeprüfte.
Montag: Diefelbe Vorstellung.

Anfang 8 Uhr:

Westen. Der Strohdwerg.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Neues. Der Familientag.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Schiller O. (Wallner-Theater).
Der Trompeter von Säckingen.
Nachmittags 3 Uhr: Oberon.
Montag: Der polnische Jude.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Städtisches Theater). Hofkunst.
Nachmittags 3 Uhr: Die Haublerleche.
Montag: Hofkunst.
Zentral. Alt-Heidelberg.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Kleines. Waschl vom Regiment.
Angele.
Montag: Salome.
National. Frizzo.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Lustspielhaus. Biederleute.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Carl Weiss. Wahre Liebe.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Wette-Milance. Rabane Tip-Top.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Spezialitäten.
Apollo. Am Hochzeitsabend.
Spezialitäten.
Wintergarten. Harry Wlster.
Spezialitäten.
Passage-Theater. Angelika Walter.
Jean Paul. — Spezialitäten. — (Anfang 8 Uhr.)
Metropol. Die Herren von Maxim.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Die deutsche Nordseeküste.
Jubaldenstr. 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.
Ensemble-Gastspiel d. Lustspielhauses.
Sommerpreise.
Täglich:

Der Familientag.
Anfang 8 Uhr:

Kleines Theater
Anfang 8 Uhr.
Angele.
Vorher: Abschied vom Regiment.
Montag: Salome.
Dienstag: Nachtschl.
Mittwoch: Die Neuvermählten. Abschiedssouper.

Apollo-Theater.
Täglich 10—10 1/2 Uhr:
Ununterbrochenes, stürmisch. Lachen über die amerik. Barlett-Compagnie mit ihrem Akt:
Ein Abend in einem amerik. Cingel-Cangel.
Am Hochzeitsabend von Paul Linde u. das glänzende Juni-programm.

Urania, Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:

Die deutsche Nordseeküste.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

P. CASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
Kronprinz Wilhelm
Kronprinzessin Ceclie.
Neu! Roschdestwensky,
der russische Admiral.
Mlle. Vallée, d. 16jährige
armlose Fußkünstlerin.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Heute Sonntag
Eintritt:
Kinder unt. 10 Jahr. d. Hälfte.
Ab nachm. 4 Uhr:
Doppel-Konzert.
Morgen und folgende Tage,
ab 5 Uhr: **Doppel-Konzert**

Berliner Aquarium
Unter den Linden 68a
Eingang Schadow-Straße No. 14.
Heute Sonntag Eintrittspreis:
50 Pfg.
Reichhaltigste Ausstellung der Welt an lebenden Säugetieren, Reptilien etc.

Neues kgl. Opern-Theater (Kroll).
Heute:
Der Schnurrbart.
Montag: Dieselbe Vorstellung.
Dienstag zum erstenmal: Das Garnisonsmädcl.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Im Garten täglich:
Großes Garten-Konzert.

Metropol-Theater
Der größte Erfolg der Saison!
Zum 224. Male:
Die Herren von Maxim.
Große Ausstattungsgesellschaft mit Gesang und Ballett in 5 Bildern.
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Schweizer-Garten.
Am Königstor. Am Friedrichshain.
Täglich
Theater-Vorstellung
Neue Spezialitäten.
Volksbelustigungen.
Zum Schluß:
Der Ballett-Dufl.
Große Voffe mit Gesang in 2 Abteilungen von D. Duffe.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater), Moritz-Oper.
Sonntag, nachm. 3 Uhr
bei halben und ermäßigten Preisen:
Oberon, König der Elfen.
Gr. romantische Oper v. C. M. v. Weber.
Sonntag, abends 8 1/2 Uhr:
Der Trompeter von Säckingen.
Romantische Oper von Viktor Reiter.
Montag, abends 8 1/2 Uhr:
Der polnische Jude.
Dienstag, abends 8 1/2 Uhr:
Der Trompeter von Säckingen.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die Haublerleche.
Schauspiel in 4 Akten von Ernst v. Wildenbruch.
Sonntag, abends 8 1/2 Uhr:
Hofkunst.
Lustspiel in 4 Aufzügen von Adlo v. Trotha.
Montag, abends 8 1/2 Uhr:
Hofkunst.
Dienstag, abends 8 1/2 Uhr:
Hofkunst.
Im Garten tagl.: Gr. Militär-Konzert.

Passage-Theater.
Anfang nachm. 3, abends 8 Uhr.
Die 4 1/2 jährige
Schauspielerin und Sängerin
Angelika Walter
und das glänzende Juni-Programm.

Passage-Panopticum.
Der Mensch mit Vogelkopf.
Der Muskelmensch.
Aga
die schwebende Jungfrau.

Max Kliems Sommer-Theater
Hasenheide 13—15.
Künstlerische Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater und
Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**
Fernsprecher IV. 8991. **Max Kliem.**

Lustspielhaus.
Anfang 8 Uhr.
Kyritz-Pyritz.
Sommerpreise.
Montag: Kyritz-Pyritz.

Otto Pritzkows
Ahnormitäten-Ausstellung
Hänzstr. 16.
Täglich: Das neue Riesen-Prgr.
Der 18jährige Wustelkönig Fred Rollon. Das größte Kamber der Weltstulatur, zum erstenmal in Berlin. Mit Anita, total tätowierte Schönheit. Mister Kaplano, der berühmte taubstumme Scharnzeichner. Erich v. Daenzler, der amüsante Baubertänzer m. neuest. Tricks. Niesin Hona, 485 Pfund schwer, schwerste Dame, die je gelebt.
Entree 20 Pf.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Wahre Liebe.
Schauspiel in 5 Akten u. einem Vorspiel (2 Bilder) von Max. Stahl.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Diefelbe Vorstellung.
Im Sommergarten: Erklärliges neues Programm. U. a.: Internationales Damen-Radrennen und Eugen Milardo, Berlins populärster Romiker. Anf. 4 Uhr. Entree 30 Pf.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich
im großen schattigen Garten:
Streich-Konzert.
Ricardo Munez.
Bei ungünstigem Wetter im Saal.

Fröbels Allerlei-Theater
(früher Ruhlmann)
Schönhauser Allee Nr. 148.
Heute:
Große Extra-Vorstellung.
20 Attraktionen ersten Ranges 20.
Arbeit schändet nicht.
Volksstück mit Gesang in drei Akten.
Anf. 4 Uhr. Entree 30, Sperr. 50 Pf.

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7—9.
Täglich:
Zwischen Himmel und Erde.
Gr. romantische Ausstattungsgesellschaft.
Neue Dekorationen und Kostüme.
Eine schreckliche Nacht.
Große Pantomime der Gullano
Hohtes Troupe.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Numerierter Platz 50 Pf.

Victoria-Brauerei
Lützowstr. 111/112.
Täglich:
Horst's Sänger.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Ostbahn-Park.
Am Küstrinerplatz, Rüdorsdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier verabreicht wird, also kein Entree.

Schwarzer Friedrichsberg
Stadtbahnstation Frank. Allee
Inh.: Gehr. Arnhold.
Farnspr.: Friedrichsberg No. 8

Adler
Frankfurter Chaussee 5
(früher 120).
Farnspr.: Friedrichsberg No. 8

Jeden Sonntag im herrlichen Lindenpark:
Großes Künstler-Konzert ♦ **Spezialitäten-Vorstellung**
Im Königssaal: **Großer Ball.**
Anfang 4 Uhr. Bei ungünstiger Witterung Schutz für 3000 Personen. Entree 20 Pf.
Jeden Dienstag:
Führmann-Walde-Sänger.
Volksbelustigungen. Drei verdeckte Kegelbahnen. Kaffeeküche. Gehr. Arnhold.

Bruch-Pollmann
empfehl sein Lager in Bruchbandagen, Laibbinden, Geradhalter, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege.
Eigne Werkstatt.
Dier. J. Ort. u. Hüß-Krankentassen
Berlin C.,
30. Finien-Straße 30.
NB. Alle Bruchbänder mit elastischen Belotten, angenehm und weich im Körper.
26728*

Singer Nähmaschinen.

Einfache Handhabung! 16330*
Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!
Weltausstellung Paris 1900: **Grand Prix** Weltausstellung St. Louis 1904.

Unentgeltlicher Unterricht, auch in moderner Stanzschneiderei.
Elektromotore für Nähmaschinenbetrieb.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Berlin W., Leipzigerstr. 92. Filialen in allen Stadtteilen.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Täglich: Bei schönem Wetter i. Carl
Theater, Konzert, Spezialitäten.

Schönröschen
aus dem Scheunenviertel.
Anfang Sonntag 5, Wochen. 7 Uhr.
Entree 30 Pf.

Bernhard Rose-Theater
Geundbrunnen, Badstraße 58.
Täglich
Die Loreley.
Wieder:
Paul Coradini. || Marka Freya.
Im Saale: **Großer Ball.**
Anfang 4 Uhr.
Entree 30 Pf., numer. Platz 50 Pf.
Sperrsch. 75 Pf.

Reichshallen.
Stettiner Sänger.
Unsere süßen
Dienstmädcl.
Zurück von Mexel.
Anf. 8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Ostbahn-Park.
Am Küstrinerplatz, Rüdorsdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier verabreicht wird, also kein Entree.

Victoria-Brauerei
Lützowstr. 111/112.
Täglich:
Horst's Sänger.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Schwarzer Friedrichsberg
Stadtbahnstation Frank. Allee
Inh.: Gehr. Arnhold.
Farnspr.: Friedrichsberg No. 8

Adler
Frankfurter Chaussee 5
(früher 120).
Farnspr.: Friedrichsberg No. 8

Jeden Sonntag im herrlichen Lindenpark:
Großes Künstler-Konzert ♦ **Spezialitäten-Vorstellung**
Im Königssaal: **Großer Ball.**
Anfang 4 Uhr. Bei ungünstiger Witterung Schutz für 3000 Personen. Entree 20 Pf.
Jeden Dienstag:
Führmann-Walde-Sänger.
Volksbelustigungen. Drei verdeckte Kegelbahnen. Kaffeeküche. Gehr. Arnhold.

Bruch-Pollmann
empfehl sein Lager in Bruchbandagen, Laibbinden, Geradhalter, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege.
Eigne Werkstatt.
Dier. J. Ort. u. Hüß-Krankentassen
Berlin C.,
30. Finien-Straße 30.
NB. Alle Bruchbänder mit elastischen Belotten, angenehm und weich im Körper.
26728*

Großes Volks-Waldfest.

Wöllsteins Lustgarten **Adlershof** Wöllsteins Lustgarten

Sonntag, den 9. Juli 1905:

Drei Musik-Kapellen. Gesangs-Aufführungen.

„Norddeutsche Schleife“, Berlin. „Frohsinn“, Adlershof.

Mitglieder des Arbeiter-Sänger-Bundes.

Anfang: Früh-Konzert 6 1/2 Uhr.

Nachmittag-Konzert 3 Uhr.

203/15

Billet 20 Pfennige.

Hasenheide **Neue Welt** Arnold Scholz.
No. 108/114.

Heute Sonntag, sowie täglich:

Gala-Spezialitäten-Vorstellung.

Loni Waldon | **Mlle Blanche**
Kostüm-Soubrette. | Zahn-Equilibristin.

Carl Cords, ehem. großherzogl. bad. Hofopernsänger.

Drei Sisters Dolly | **Arthur Jaecks**
Damen-Terzett. | Humorist.

The Original-Lülsdorff, Melange-Akt.

The 3 Humberts | **Montecino Odalisken**
Straßensänger. | türk. Phantasie-Akt.

Mlle. van Meeren, Schulleiterin.

Burton und Mayo, komische Reckturner.

Anfang 4 Uhr. Entree 25 Pf.

Im großen Saale **Familien-Ball** bei stark besetztem

Mittags von 12 Uhr: **Großer Mittagstisch**, 4 Gänge 1 Mark.

◆ Neu eröffnet! Vollständig renoviert! ◆
Diez' Seeterrasse Lichtenberg

Röderstraße 6.

Die breite Röderstraße verbindet die Landsberger Allee mit dem Dorf Lichtenberg. Größtes und schönstes Vergnügungs-Etablissement d. D., mit 11 000 qm großem See, ca. 25 000 Personen fassend. — Fahrverbindungen: Ad Alexandersplatz Linien 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 81.

Jeden Sonntag, Dienstag und Freitag:

Großes Militär-Konzert.

Um 7 1/2 und 10 Uhr.

Auftreten der weltberühmten **Turnseilkünstler „The Liepelt“.**

● **Brillant-Land- u. Wasser-Feuerwerk.** ●

Erstklassiges Spezialitäten-Theater u. Ball.

Bei ungünstiger Witterung Schutz für 6000 Personen.

Am 2. Juli cr.: Auftreten des phänomenalen Meisterfahrers **Alfred Schneider** mit seinem konkurrenzlosen Feuerflammen-Lobes-Hindernissprung.

Diez' Spezialitäten-Theater

Landsberger Allee 76/79, direkt an der Ringbahnstation.

Bequeme Fahrgelegenheit nach allen Stadtrichtungen.

Ob schön! ☀ Täglich im herrl. Garten ☀ Ob Regen!

Das größte u. beste Programm Berlins. 40 Sensations-

Nummern!

Sy-Sy??

die Entführung zweier Damen aus dem Nichts! Rev: Die mysteriöse Hängematte.

The Riston, Pantomime: „Das überfüllte Hotel“.

Original Robert und Bertram.

Orig. Rennert-Stange. Molly-Verch. Bork Franconi u. viele Kunstkapazitäten.

Großer Ball. ☀ Kaffeeküche. ☀ Volksbelustigungen aller Art.

Entree 30 Pf. Jeder Erwachsene hat das Recht, ein Kind unter 10 Jahren frei einzuführen, ältere Kinder zahlen halben Eintrittspreis.

Aegidius Diez.

K. F. Dierbergs Restaurant und Garten

Rummelsburg, Neue Prinz Albertstr. 21

Von Bahnstation „Rummelsburg-Ost“ erreichbar in drei Minuten.

Heute sowie jeden Sonntag:

Großes Promenaden-Konzert

Entree frei!

Ausgeführt von der Hauskapelle im herrlichen Naturgarten, prachtvoll am See gelegen. Am neubauenen Pariser Frei-Tanz.

Ab nächstem Sonntag finden wieder die so beliebten **Kinder-Freuden-Feste** statt.

Prima Weißbier (Akt.-Br. Landré). H. Lagerbier. Echt Kulmbacher (Angermanns Bräu). Gute Küche bei gütigen Preisen! Kaffeeküche! Vorzügliche Kegelbahn! Um recht zahlreichen Besuch bittet

K. F. Dierberg, Gastwirt.

24265*

304L*

Restaurant zum Lindenpark Friedrichsfelde

Wilhelmstraße 11, dicht an der Kirche.

Größtes Garten-Etablissement am Orte.

Vorzügliche Küche, gut gepflanzte Biere.

Kaffeeküche, Kegelbahn, Tanzsaal, Ausspannung, große Plätze für Kinderbelustigung.

Den verehr. Vereinen halte meine Lokalitäten bei Ausflügen bestens empfohlen.

Straßenbahnverbindung vom Spittelmarkt bis dicht vors Lokal.

34572*

G. Schulze, Besitzer.

Mentes Volksgarten
Röderstr. 35/36, an der Landsberger Allee.

Sonntag: **Walter-Konzert.**

Harburger Sänger.

Spezialitäten und erstklassige Schaumannern.

Großes Land-Feuerwerk.

Empfehle mein großes Lager aller Arten **Furniere und Hölzer**, speziell Amerikaner Nuthbaum- und Eichen-Furniere zu billigsten Preisen.

Auf Wunsch nehme Möbel in Zahlung.

Scharrenstr. 10 a. d. Breitenstraße. **J. Davids Möbelmagazin.**

Dampfer für Vereine und Gesellschaften (auch Sonntags frei) empfiehlt 35212*

Robert Kleck, Dampfschiffbesitzer, Caprivistr. 4.

Restaurant „Neuer Krug“

Bahnstation Wilhelmshagen.

Herrlich an der Obersee gelegen, 2000 Meter Wasserfront. Für Vereine, Fabriken etc. großartig zu Dampf- resp. Landpartien geeignet. Große Säle, Spielplätze, Kaffeeküche etc. Direkter Weg nach den Müggelbergen. Gutgepflegte Biere, billiger Mittagstisch.

Habe noch einige Sonnabende Juli, August frei.

21362* **Wilhelm Müller**, Fernsprecher: Amt Erkner No. 51.

Ernst Höflich's

Garten-Restaurant Gesellschafts-Saal.

„Im Krug zum grünen Kranze“

Mittelpunkt der Erde. Ober-Schöneweide Wald-straße 73/74.

Station Sadowa und Nieder-Schöneweide.

Streßenbahn: Oberschöneweide-Köpenick, Haltestelle Kaiserstraße.

Herrlich am Wald und Wasser gelegen, den geehrten Vereinen und Gesellschaften bei Partien und Ausflügen bestens empfohlen. 31422*

Station Sadowa und Nieder-Schöneweide. X Drei verbedete Regelsbahnen. X Ausspannung. X Kaffeeküche. **Ernst Höflich.**

Gesellschaftshaus Ostend

Memelerstraße 67. Fernsprecher Amt VII 1075.

Den geehrten Vereinen und Gewerkschaften empfehle meinen Saal mit Bühne und Nebenräumen, 500 Personen fassend, sowie Vereinszimmer zur Abhaltung von Versammlungen und Festlichkeiten. Sonnabende und Sonntage zu vergeben. 29102*

Ergebenst **Paul Litfin.**

Restaurant „Zum Jägerheim“

Inhaber: **Josef Kura.**

Treptow, an der Verbindungsbahn

19, Köpenicker Landstraße 19.

Reinen ca. 1000 Personen fassenden Garten empfehle zu allen Festlichkeiten. — Saal. — 4 Regelsbahnen. — Kaffeeküche von 2 Uhr an.

Telephon: Amt IV, 5777. 29762*

Tabberts Waldschlößchen an der Oberspree.

Von Bahnstation Nieder-Schöneweide in 15 Min., von Karlshorst in 18 Min. zu erreichen.

Dampfer-Station der Stern-Gesellschaft.

Großer schattiger Garten direkt an der Spree.

Jeden Sonntag **Tanz** unter Leitung des Tanzmeisters Herrn Röder.

Kaffeeküche täglich geöffnet. 4 verbedete Regelsbahnen. Ausspannung für 100 Pferde. — Volksbelustigungen aller Art. Schultheiß und Mänonhor Löwenbräu. Vorzügliche Speisen. Vereinen, Gesellschaften, Schulen etc. ganz besonders zu empfehlen.

Inb: **Karl Kartensch.**

29515*

Paul Schwarz Sommer-Theater, Lichtenberg, Dorjstr. 25-26.

Täglich: 304L*

Gr. Spezialitäten-Vorstellung.

Das großartige Juni-Programm.

Konzert und Ball. Anfang 5 Uhr.

Jeden Mittwoch: Elltag.

304L*

Palast-Theater

Burgstr. 22, früher Feen-Palast.

Das Theater ist zu Versammlungen, Matineen und Vergnügungen inf. Vorstellung und Vollmacht zu fultanten Bedingungen zu haben. Es sind für den Winter noch Sonnabende für Bälle und Sonntage für Matineen etc. Tel. I 8198, norm. 11-1 Uhr

Hohlweins Kegler-Schlößchen.

(H. Redlich.)

Treptow, Köpenicker Landstr. 27.

Jeden Sonntag: **Konzert.**

Im Saale: **Gr. Ball.**

Mittwoch: **Leipziger Sänger.**

Kaffeeküche 1/2 Liter 70 Pf., 1/2 Liter 40 Pf. Glas Bier 10 Pf. Vorzügl. Beige. Gute Speisen zu soliden Preisen.

Zu Festlichkeiten, Sommerfesten etc. halte mein Lokal mit Saal und Garten bestens empfohlen. 32492*

Brodt's Gesellschaftshaus

Erkner

Inb. M. Dogebrodt.

Habe noch Sonnabende und Sonntage frei, welche den geehrten Vereinen u. Vereinen empfehle.

Zwei Säle und Platz für 5000 Personen. 31962*

Alhambra

Baller-Theaterstraße 15.

Jeden Sonntag u. Dienstag:

Or. Orchester. Entree inkl. Tanz Herren 50 Pf., Damen 25 Pf. Anfang Sonntags 5 Uhr, Dienstag 9 Uhr.

Großer Ball

A. Zameitat.

Wilhelmsgarten, Tempelhof, Berlinerstraße 9.

Sonntag: **Großer Ball.**

Im Garten: **Konzert.**

Eintritt frei.

Die Kaffeeküche ist geöffnet.

Um zahlreichen Besuch bittet

24255 **Wilh. Noack.**

Schwanenberg

Stralau.

Schönst. Garten d. Umgegend, herrl. Aussicht. Bequeme Fahrverbind. Endstat. Gr. Konzert, Tanz, Volksbelustigungen. X Ruderbote. Kaffeeküche, Str. 70 Pf.

C. Fahland, Gastwirt

Nieder-Schönhausen

Schiller- und Körnerstraße (am Straßenbahnhof) sind zum 1. Juli oder später

moderne, billige und gesunde Vorder-Wohnungen

mit reichlichem Zubehör zu vermieten. Straßenbahnverbindung: Linien 46, 47 und 57.

Allgemeine

Orts-Krankenkasse für Rixdorf.

Vom 1. Juli 1905 ab fallen die Bureaustunden an den Sonnabenden fort.

Rixdorf, den 6. Juni 1905.

27316* Der Vorstand.

Roh-Tabak.

Decke Nr. 5230

völlig hell, reinfarbig, Vollblatt, unter 1/2 Pfd. bedend.

à 2 M. verzollt.

W. Hermann Müller,

Berlin O., Magazinstraße 14.

Hamburger

Rohtabak-Haus.

St. Felix Brasil, geschnitten, fertig als Zigarren-Einlage zu verarbeiten, per Pfd. 1.-

St. Felix Brasil, gemischt mit Java geschnitten, per Pfd. 80 Pf.

Feinschnitt per Pfd. 1.-

Filiale: Berlin N., Brunnenstraße 190.

29515*

Otto Heinze,

Brückenstr. 6.

Räder und Telle

größte Auswahl

Billigste Preise.

Reparaturwerkstatt.

Kredit. Monatlich

10 Mark

liefern Anzüge, Paletots nach Maß.

Der Kasse auch billige Preise.

Schneidermeister, J. Tomporowski, Prinzenstr. 55.

Wer Stoff hat, fertige für

25 Mark

Anzug oder Paletot auf Rohbaar und guten Zutaten an.

A. Storbeck, Weinbergs-

weg 11.

Tuchhandlung und Maß-Abteilung.

Deutscher

Holzarbeiter-Verband.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Maschinenarbeiter

Reinhold Heese

am 14. Juni nach kurzem Krankenlager verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Krankenhauses am Friedrichshagen nach dem Aufstiegs-Kirchhofe in Weissensee aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

87/6 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin I.

Hierdurch diene zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Geschäftsbücher

Otto Andreas

an der Proletarierkassette verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Kirchhofes, Wilhelmshagen, aus statt.

Um rege Beteiligung bittet

Die Ortsverwaltung Berlin I.

Allen lieben Verwandten und Freunden die betrübende Nachricht, daß unsere liebe Tochter

Emma Reich

am 15. Juni 1905 im Alter von 19 Jahren sanft einschlief ist.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. Juni 1905, nachm. 3 Uhr, von der Halle, Kirchhof Lichtenberg, Kruglege, aus statt.

Karl Reich und Frau, 24885

Restaurateur, Rummelsburgerstr. 28.

Deutscher

Buchbinder-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unsere treue Kollegin, die Buchbinder-Arbeiterin

Emma Reich

am 15. d. M. verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Sonntag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Lichtenberger Kirchhofes, Kruglege, aus statt.

Jährliche Beerdigung erwartet

24/5 Die Ortsverwaltung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage allen Freunden und Verwandten, besonders dem Zentralverband der Maurer und Zimmerer, der Zentral-Kranken- und Sterbehilfe der Zimmerer und dem Malloerem des vierten Berliner Reichstags-Wahlkreises (Osten) meinen besten Dank.

Die trauernde Witwe

E. Günther nebst Kindern.

8

Fabrik-Niederlage

An der Schiene 8, part. Nebenstraße des Schloß-Platzes

unerreicht billige

Stoffe

für Herren- und Frauen-Anzüge, Paletots, Westen, Damen-Röcke.

Damentische.

Rein Laden. Sonntags geöffnet.

WARENHAUS A. WERTHEIM

In der Kleiderstoff-Abteilung

kommen folgende Artikel zu besonders billigen Preisen zum Verkauf:

Zephyrstoffe gestreift u. kariert	Mtr. 28 u. 35 Pf.
Engl. Zephyrstoffe	Mtr. 70 Pf., 85 Pf.
Baumwoll. Musselin	Mtr. 45 u. 55 Pf.
Mull u. Batist weiss durchbrochen	Mtr. 55 Pf., 72 Pf.
Elegante Organdys bedruckt	Mtr. 68 u. 98 Pf.
Bedruckt. Wollmusselin	Mtr. 60 u. 85 Pf.

Gefärbte Schantungseide	Mtr. 1.65
Bedr. Seidenstoffe	Mtr. 85 Pf., 1.10, 1.55
Gestreifte u. karierte Seidenstoffe	Mtr. 95 Pf., 1.35, 1.85
Glatte u. gemusterte Wollstoffe	doppeltbreit Mtr. 85 Pf., 1.10, 1.40

Reinwoll. bedruckt. Voile Mtr. 50 u. 65 Pf.

Ein grosser Posten leichter elegant. Waschstoffe Mtr. 55 u. 70 Pf.

Ein Posten Abgepasste Leinen-Roben

halbfertiger Rock nebst Stoff u. Spitze zur Taille 9.75 15.25 21.50 Mk.

Die während der Saison angesammelten

Reste u. einzelnen Roben

in Waschstoffen, Wollstoffen und Seidenstoffen

werden zu besonders ermässigten Preisen verkauft.

Die Preisliste über Sommer- Bade- u. Reise-Artikel wird postfrei versandt.

Unser System schützt Sie vor Uebervorteilung, somit streng reelle Bedienung!

Unsere beispiellos unerreichten Erfolge berechtigen uns, auch fernerhin an unserem Prinzip festzuhalten, streng reell unsere verehrte Kundschaft zu bedienen.

Wir liefern nach wie vor vom einfachsten bis besten Genre unsere Konfektion in wirklich bester Verarbeitung zu denkbar billigsten, streng festen, auf jedem Etikett ausgestempelten Preisen nach unserem einzig dastehenden Serien-System.

Amerikanische Verkaufshallen



Herren- u. Knaben-Garderoben u. Arbeiter-Berufskleidung.

Von unserer wirklich grossen Auswahl führen wir als Beispiel an:

Serie 4001: Sommer-Joppe 85 Pf.

Serie 4003 grüne haltbare Joppe	1.60	Serie 4025 Schulanzug, grau-grün, Seidenschiff, für das Alter v. 8-14 Jahren	5.20
Serie 3002 graue Loden-Joppe	2.50	Serie 126 Hocholeganter, reinwollener Reise-Anzug	28.50
Serie 3000 Falten-Sport-Loden-Joppe, sehr schick	6.00	Serie 4000 Radfahr-Anzug, grau-grünlich, Falten-Façon, Hose mit Stulpen	13.00
Serie 4000 Leinen-Joppe, waschbar	3.00	Serie 5302 Radfahr-Hose, grau	2.90
Serie 3014 Schwarz Lustre-Jackett	2.30	Serie 615 Sommer-Waschhose, schwarz-weiß kariert	1.75
Serie 2000 Schwarz Lustre-Jackett mit Aermelfutter, gute Qualität	3.50	Serie 620 Sommer-Waschhose, stahlgrau u. gestreift	2.75
Serie 2002 Schwarz Lustre-Jackett gemustert, halb gefüttert, vom selben Stoff	6.00	Serie 519 Elegante gestreifte Sommer-Kammgarn-Hose	4.50
Serie 4010 Schulanzug, grün, für d. Alter v. 8-14 Jahren	2.00		
Serie 4021 Schulanzug, grau Leinen, für das Alter v. 8-14 Jahren	3.25		

Irren Sie sich nicht, achten Sie auf No. 53!

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefert elegante fertige Herren-Garderoben.

Ersatz für Maß.

Anfertigung nach Maß. Tadellose Ausführung.

Julius Fabian,

Schneidormeister, Große Frankfurter Str. 97, II, Eingang Strausberger Platz.

Zahn-Klinik.

Olga Jacobson,

Preise beliebige Teilzahlung. Invalidenstr. 145.

Rester-Geschäft

des S.-O. von Wilh. Mühlbach

empfehlen zur Frühjahrszeit Reste zu Damen- und Kindermänteln sowie für Herren- und Knaben-Konfektion zu anerkannt billigsten Preisen.

Grösste Auswahl in fertiger Konfektion.

10 Oppelnerstr. 10



Dampfer

Carl Krause,

für Vereine 60-400 Personen fassend, empfiehlt Alexanderstr. 13.

Haben Sie Durst?

Dann trinken Sie Limonaden aus Reichel's Frucht-Syrup-Extrakten, das Aroma frischer Früchte enthaltend.

1 Originalfl. zu 75 Pf. gibt 5 Pfd. feinsten Limonadesyrup von wahrhaft natürlichem Fruchtgeschmack in Himbeer, Kirsche, Erdbeere, Zitronen, Johannisbeere, Ananas, Waldmeister (Mal-Weisse), Limette etc. Zum Versuch 1/2 Fl. 40 Pf. Die Ersparnis ist enorm!

Ein Pfund stellt sich fix und fertig auf noch nicht 30 Pf. Bier-Extrakte aus bestem Hopfen u. Malz zur Bierherstellung im eigenen Haushalt.

Vollendete Fabrikate. Wertvolle illustrierte Broschüre „Die Destillation im Haushalt“ gratis!

Otto Reichel, Berrin SO. 43, Eisenbahnstr. 4. Grösste Spezialfabrik Deutschlands.

T.-A. IV 646, 3190, 4562.

Niederlagen in den durch Schilder kenntlichen Geschäften, wo nicht erhältlich, Versand ab Fabrik.

Man verlange ausdrücklich „Lichttherz“ und weise Nachahmungen Reichel-Essenzen mit dem „Lichttherz“ ohne weiteres von sich.

Bade-Anstalten von H. Kalisch

Bad Königstadt — Bad Landsberg

Gollnowstr. 41 — Landsbergerstr. 107

verabreichen Dampf- und Russische, Elektrische, Lehtannin-, ... Wannen- und alle medizinischen Bäder. ...

Lieferant sämtlicher Krankenkassen. 3023L

Ausverkauf in Samt und Seide.

Wegen Umzuges nach dem Dönhofsplatz stelle die grossen Samt- und Seiden-Vorräte zu beispiellos niedrigen Preisen zum Ausverkauf direkt an Private.

Darunter: Reinsidene schw. Damaste, Merveilleux etc., früher bis 6,00, jetzt 1,50 bis 4,50. Reinsidene Streifen, Schotten, Chinés etc., früher bis 4,50, jetzt 1,00 bis 2,75. Reine Seiden für Braut-Roben, früher bis 7,50, jetzt 1,25 bis 5,00. Reinsidene Taffetas-Mousselines, anstatt 3,50 jetzt 2,25. Elegante Sommer-Seiden, früher bis 4,00, jetzt 1,00 bis 2,25. 120 cm breite Gloria-Seiden in allen Farben, jetzt 1,75. Samt- und Seiden-Reste in großer Anzahl, früher teilweise bis 3,00, jetzt durchschnittlich 75 Pf. per Meter.

Eine Gelegenheit, bei welcher ein allererstes Seiden-Engros-Haus seine gesamten Vorräte, nur prima Qualitäten modernsten Genres, dem Privat-Publikum zum Ausverkauf stellt, ist in Berlin noch nicht geboten worden, und liegt es im Interesse jedes Käufers, sich swanglos hiervon zu überzeugen.

Seiden-Engros-Haus Hermann Herzog, Berlin, nur Spandauerstr. 33-35, 1 Treppe links, Ecke Simons-Apotheke. Adresse und Eingang genau zu beachten! Telegramm-Adresse „Goldherzog“.

Siebente Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Leipzig, Freitag, 16. Juni.

In der Vormittags-Sitzung gelangte die Frage der Lohntät bei Lohnkämpfen

In geschlossener Versammlung zur Beratung, zu welcher der Verbandsvorsitzende Schlichte das einleitende Referat hielt.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit steht der Bericht über den fünften deutschen Gewerkschaftskongress in Köln a. Rh.

zur Verhandlung. Hierzu referiert Herr Ehrler-Frankfurt a. M. in zustimmendem Sinne gegenüber den in Köln gefassten Beschlüssen.

Eingehender beschäftigt sich Redner mit der Tatsache, daß die Streiks in Crimmitschau und im Ruhrrevier eine Remedur des bisher üblichen Unterstützungssystems als dringend notwendig erscheinen lassen.

Es muß darauf gedrungen werden, daß die Verbände solche Beiträge erheben, daß sie Lohnkämpfe aus eigenen Mitteln führen können.

In Ausnahmefällen hat die Generalkommission das Nötige anzuordnen. Nach Vespredung der Stellung des Kongresses und der Verbände zu den örtlichen Gewerkschaftsartikeln, die gleichfalls ihre Regelung fanden, kam Redner zur Erörterung der Frage: Arbeits- oder Arbeiterkammern, die er noch nicht für aktuell hält.

Hiuziert die Meinung des Referenten Umbreit, die sich mit jener der Verbandsdelegierten deckt, und kommt dann zur Frage des Generalstreiks.

In dieser Sache habe bekanntlich die „Leipziger Volkszeitung“ eine eigene Stellung eingenommen. Erst nach der Amsterdamer Resolution wurde die Frage des politischen Massenstreiks in Deutschland eingehender erörtert.

Die Erfahrungen der letzten Zeit haben bewiesen, daß dieselben bestenfalls nur Augenblickserfolge zeitigen können.

Eng daran schließt sich die Frage der Stellungnahme der Gewerkschaften zur Waisfeier. Ihm haben in dieser Hinsicht die Verhandlungen nicht gefallen, da man wie die Kaye um den heißen Brei herumgegangen ist.

(Sehr richtig!) Es ist notwendig, daß der nächste internationale Kongress dieser Frage mehr Zeit widmet, als dies bisher geschah.

Durch die jetzige Resolution hat man ein Zwitwerggebilde geschaffen, das zu Unzuträglichkeiten führt.

Die Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai bringt den Arbeitern keinen Nutzen. Bei geschlossener Durchführung der Arbeitsruhe auch nur in einem Orte würde der Verband ein gewaltiges Fiasco erleben.

Sie ist kein wirksames Kampfmittel zur Erzeugung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Ähnlich habe sich der Verband schon auf der Berliner Generalversammlung entschieden. (Widerspruch.) Nur nicht so offen und ehelich!

Die Resolution des Plauerverbandes, in welcher einmal Arbeitsruhe empfohlen, andererseits Verbandsunterstützung betweigert wurde, sofern es zu Ausperrungen kommt, ist nicht der richtige Standpunkt.

Seine Resolution stelle sich auf den Boden des Amsterdamer Kongresses. In Köln ist durch die Zurückziehung der drei vorgelegenen Resolutionen die Frage nicht offen gelassen, sondern durch den Mund des Vorsitzenden Womelburg ist derselbe Wunsch an den nächsten internationalen Kongress gerichtet, denn auch er Worte ge-
lehen. Die Frage der Grenzzeitigkeiten ist für die Metallarbeiter

eine Lebensfrage — die Eigenbrodel muß einmal eingebämmt werden. Die Resolution Wuffe vom Frankfurter Gewerkschaftskongress ist zurückgezogen und damit eine Handhabe gegeben, ungebührliche Zumutungen zurückzuweisen. Die Delegierten glauben ihre Pflicht erfüllt zu haben.

Leber-Jena wurde eigentümlich berührt durch die Art, in welcher Genosse v. Elm über die Stellung der Gewerkschaften zu den Genossenschaften sprach. Soweit der Generalkongress in Deutschland in Frage steht, hält er ihn noch heute wie vor zehn Jahren für undurchführbar, dagegen den politischen Massenstreik für diskutabel.

Der Wahlrechtsraub in Hamburg wird selbst von dem bürgerlichen Sozialpolitiker Prof. Staudinger als eine passende Gelegenheit zur Inszenierung eines solchen betrachtet.

Die Behandlung des Literaturentens in Köln erscheint durchaus ungerecht. In der Waisfeierfrage haben unsere Delegierten einen eigentümlichen Standpunkt eingenommen.

Die Verbandsbeamten haben in der Waisfeierfrage stets abgewiegelt, sonst würden auch mehr Mitglieder feiern. Unser Sachorgan schreibt seit Jahren anfeuernde Artikel — wie kommen demgegenüber Vorstandsmitglieder, Gauleiter und Kongressdelegierte dazu, in Köln gegenteilig zu handeln?

Redakteur Leimpeters vom Bergarbeiter-Verband hat jetzt auf der Berliner Generalversammlung pastor pococavi sagen müssen, und ebenso auch Que. Entgegen der von Ehrler empfohlenen Resolution empfiehlt er eine gegenteilige.

Sämtliche sehr zahlreiche vorliegenden Vorträge werden schließlich einer Siebener-Kommission überwiesen.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

P. J. Poldmann. Sie können bei Gericht erneut Zahlungsbefehl beantragen oder klagen, falls gegen den früheren Zahlungsbefehl Widerspruch erhoben war.

Einige Regierungen sind ohne Zustimmung Ihres Mannes möglich. — Reptun, Schwarz. Leider ja. — 30 M. Die Wiederinsetzung ist bei der Behörde, die die Auserkennung verfügt hat, zu beantragen.

C. B. 44. 1. Die Zinsen müssen Sie dem Gläubiger zulenden. 2. Wenn vierteljährlich Zinsen zu zahlen sind, ist mangelnder Vereinbarung bis am 3. des ersten Quartalsmonats zum Quartalsfahig zu kündigen.

Bei monatlicher Zinszahlung ist bis am 15. zum ersten zu kündigen. 3. „Mit Verlust“ und „mit Vorrecht“. — 8. 70. Der Einspruch auf Rückführung besteht, wenn ein schriftlicher Verweigerungsvertrag vorliegt, für die ganze Dauer der Lehrzeit.

Bonnabteilung ist, daß der Antrag auf Rückführung innerhalb einer Woche bei der Polizei gestellt ist. — G. V. Veljaig. Eine Klage hätte keine Aussicht auf Erfolg. — Charlottenburg. 1. Ja. 2. Nein.

Frau Bertha, Hedorf. Sie müssen beim vorliegenden Magistrat Ihr Gewerbe anmelden. Wegen der unterlassenen Anmeldung kann eine Geldstrafe festgesetzt werden.

Wenn Ihre Anlage und Betriebskapital 3000 M. und auch der jährliche Ertrag Ihres Geschäfts 1500 M. nicht erreicht, sind Sie von der Gewerbesteuer frei. — 115 N. O. Sind Sie der Ueberzeugung, daß der Zeuge nicht den wirklichen Sachverhalt, sondern den auf seine Angaben hin in dem Strafbefehl aufgenommenen befindet, so

möge eine Berufung auf richterliche Entscheidung nachst. — N. 8. 150. 1. Nein. 2. Auskunft über Auswanderungsverhältnisse, insbesondere über die Ausfahrten in den fremden Lande über die von Ihnen angeregten Fragen erhalten Sie am besten in der amtlichen Zentral-Auswanderstelle für Auswanderer, Schellingstr. 4. — C. 2. 6. Können Sie Ehescheidung erwirken, so müssen Sie zunächst auf Wiederherstellung des ehelichen Lebens klagen.

Erst nach fruchtlosem Verlaufe von einem Jahre nach der Rechtskraft des Urteils, das auf Herstellung des ehelichen Lebens lautet, können Sie wegen bösslicher Verachtung klagen. — N. 8. N. aber es ist polizeiliche Genehmigung erforderlich. — Völkchenstr. 70. Bei monatlichen Mietungen ist, falls nichts anderes vereinbart ist, spätestens am 15. zum

ersten (nicht umgekehrt) zu kündigen. Das gilt auch für Chambregarantvermietungen. — G. 2. 1902. Ein Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens verpricht in Ihrem Falle keinen Erfolg. — O. 22. 99. Ja. — Ehescheidungs- und N. 3. 1. Zur Ehescheidung ist für die Braut Zurücklegung des 16., für den Bräutigam Volljährigkeit (Zurücklegung des 21. Lebensjahres oder Volljährigkeitserklärung nach vollendetem 18. Lebensjahre) erforderlich. Das Ehemündigkeitsalter muß bei der Anmeldung zum Aufgebot vorhanden sein. 2. Bis zur Bollenbung des 21. Lebensjahres bedürfen eheliche Kinder der Einwilligung des Vaters, uneheliche der Mutter. 3. Beim Aufgebot werden verlangt: die Geburtsurkunden beider, die Militärpapiere des Bräutigams, eine beglaubigte Unwilligkeitsklärung des Vaters (oder der Mutter) für die etwa noch minderjährigen Brautleute. Vollgültige Beglaubigung der Unterschrift genügt. 4. Das Aufgebot erfolgt in der Gemeinde oder den Gemeinden, wo die Verlobten ihren Wohnsitz haben, ferner wenn einer der Verlobten seinen gewöhnlichen Aufenthalt außerhalb seines gegenwärtigen Wohnsitzes hat, auch in der Gemeinde seines jetzigen Aufenthalts, und endlich, wenn einer der Verlobten seinen Wohnsitz innerhalb der letzten sechs Monate gewechselt hat, auch in der Gemeinde seines früheren Wohnsitzes. Es ist daher zweckmäßig, dem Standesbeamten eine polizeiliche Anmeldung über den Zuzug mitzubringen. Der Ausschlag erfolgt zwei Wochen lang. Die Verlobten können sich an den Standesbeamten des Wohnsitzes der Braut oder des Bräutigams, nach ihrer Wahl, wenden. 5. Vor der Hochzeit müssen mindestens 300 Marken gestellt sein, wenn die junge Frau den Anspruch auf Rückzahlung der Hälfte der für sie gestellten Marken geltend machen will. Sie verliert dann aber alle Ansprüche aus der Versicherung. Kiebt sie selbst weiter (mindestens 40 Marken in je zwei Jahren), so behält sie ihre oft wertvolleren Ansprüche, z. B. die Rückzahlung, eine Heilstätte zu befragen. 6. Eine rechtliche Trauung ist für die Rechtsbeständigkeit der Ehe völlig unerheblich. Die Ehe wird durch das Ja der Brautleute vor dem Standesbeamten geschlossen. Dieser Heirat kann sich ein Hochzeitsmahl, ein Gang in die Kirche, eine Hochzeitsfeier anschließen, irgendwelche Rechtsfolgen sind an solche Zeremonien nicht geknüpft. Darüber, unter welchen Umständen eine kirchliche Trauung vorgenommen wird, gibt der Geistliche der Konfession Auskunft, der einer der Brautleute angehört. 7. Betreten Sie einen „verbotenen Weg“, so machen Sie sich in der Regel durch Uebertretung einer Polizeiverordnung strafbar.

Berliner Marktpreise. (Ermittelt vom Polizei-Präsidium.) Julienernte, gute Sorte 1 Ds. 16,10 (15,90), mittel 15,10 (14,90), geringe 14,10 (13,90) frei Wagen und ab Bahn. Hafer, gute Sorte 16,50 (15,90), mittel 15,70 (15,00), geringe 14,90 (14,30) frei Wagen und ab Bahn. Roggen, 5,32 (5,00). Weizen (alt) 8,90 (7,40), neu 7,60 (7,40). Erbsen, gelbe, zum Kochen 45,00 (30,00), Weißebohnen, weiße 50,00 (30,00), Linen 60,00 (30,00), Kartoffeln 9,00 (7,00), Rindfleisch, von der Keule, 1 Kg. 1,80 (1,30), Rindfleisch (Bausfleisch) 1,40 (1,00), Schweinefleisch, 1 Kg. 1,80 (1,30), Kalbfleisch 2,00 (1,20), Hammelfleisch 1,80 (1,30), Butter 2,80 (2,00), Eier, 60 Stück, 4,00 (2,80), Kumpfen, 1 Kg. 2,20 (1,20), Hefe 3,00 (1,00), Zander 3,20 (1,20), Hechte 3,00 (1,40), Barsche 2,00 (1,00), Schleie 3,50 (1,40), Velle 1,40 (0,80), Krebse 16,00 (3,00).

Witterungsüberblick vom 17. Juni 1905, morgens 8 Uhr.

Table with 10 columns: Stationen, Barometerstand, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag, Temp. u. d. Nacht, Stationen, Barometerstand, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag, Temp. u. d. Nacht.

Wetter-Prognose für Sonntag, den 18. Juni 1905. Köhler, vorherrschend wolkig mit Regenschauern und ziemlich frischem nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.



WARENHAUS HERMANN TIETZ

Leipzigerstrasse 46-50. — Krausenstrasse 44-49.

Montag, Dienstag, Mittwoch

Hervorragende Angebote

Soweit der Vorrat reicht.

Elfenbeinfarbige Kleiderstoffe für Kostümröcke, Blusen u. Strandkleider

Table listing various fabric types and prices: Elfenbein Reinwoll. Cheviot, Elfenbein Reinwoll. Voile, Elfenbein Reinwoll. Crêp, Elfenbein reinwoll. Satin, Elfenbein reinwoll. Popeline, Elfenbein Eolienne, Elfenbein Reinwoll. Diagonal, Elfenbein Reinwoll. Panama, Elfenbein Reinwoll. Voile, Elfenbein Reinwoll. Satin, Elfenbein Kostüm-Cheviot, Elfenbein gemust. Grenadine.

Table listing clothing items and prices: Abgepasste Mull-Blusen, Reinseidene Lyoner Foulards, Halbfertige Imit. Leinen-Robe.

Waschstoffe

Table listing washing materials and prices: Blusenstoffe, Organdystoffe, Foulardine, Leinenstoffe, Bedruckt Wollmousseline, Weisse Piquéstoffe, Weisse durchbrochene Batiste, Weisse bestickte Mulls, Batist-Percal, Baumwoll-Mousseline.

Sonnenschirme

Table listing sun umbrellas and prices: Sonnenschirme in verschied. Ausführungen, Sonnenschirme in hellen u. dunkl. Farben, Sonnenschirme Schwarze und schwarz/weiße Halbsidene Qualitäten, Sonnenschirme Reine Seide, Sonnenschirme hell, schwarz u. schwarz/weiß.

Kaufhaus Max Mannheim

Frankfurter Allee 109-112. Berlin O. Frankfurter Allee 109-112.

Waschstoffe.

Bedruckte Wollmousseline	Meter	75 u. 55	Pf.
Baumwollene Mousseline	Mtr.	50, 45 u. 28	Pf.
Bedruckte Baumwoll-Voiles	Mtr.	65	Pf.
Moderne Leinenstoffe für Blusen und Kleider	Mtr.	75, 60 u. 45	Pf.
Karierte Blusenstoffe	Mtr.	25 u. 18	Pf.
Elegante Organdys	Mtr.	75, 50 u. 40	Pf.
Batiste und Mulls, weiß durchbrochen	Mtr.	60, 45 u. 33	Pf.
Piques und Panamastoffe, weiß, für Kostüme und Kleider	Mtr.	75, 50 u. 40	Pf.
Voiles und Grenadines, reine Wolle	Mtr.	1,25 u. 95	Pf.
Etamine, reine Wolle	Mtr.	1,20	M.
India-Mull	Mtr.	1,20 u. 75	Pf.

Halbseidene Roben

elegante Ausführung, moderne Fassons.

India-Mull	20,50, 15,00, 10,50	M.
Voiles in allen Farben, reinwollen	27,50, 19,50, 15,00	M.
Leinen-Roben imitiert	20,00, 15,00 u. 10,50	M.
Japon-Roben	28,00, 22,50, 15,00	M.
Seiden-Tüll-Roben schwarz	45,00, 30,00, 15,00	M.

Seidenstoffe.

Reinseidene Schotten, moderne Farben	Mtr.	1,95 u. 1,75	M.
Alpacca-Seiden in Streifen u. Chines	Mtr.	2,25 u. 1,75	M.
Reinseidene Damasses für Blusen und Kleider großes Farbensortiment	Mtr. von	2,00-5,50	M.
Schwarze Merveilleux reine Seide	Mtr.	3,00, 1,50, 95	Pf.

Herren- und Knaben-Konfektion.

Garten-Joppen (Angel-Joppen)	78	Pf.
Lustre- u. Loden-Joppen für Herren	2,25	M.
Leinen- u. Loden-Anzüge für Herren	4,50	M.
Tennis-Anzüge für Herren	10,50	M.
Waschblusen für Knaben	65	Pf.
Waschanzüge für Knaben	1,55	M.
Ferien-Anzug „Max“ für Knaben, fester Zwirnstoff	3,50	M.

Maßanfertigung

in modernster und gediegenster Ausführung.

Damen-Konfektion.

Waschblusen auch extra weit	Stück	1,50 u. 95	Pf.
Waschblusen imitiert, garniert mit farbig. Sutasch	Stück	1,95	M.
Wiener Satin-Blusen	Stück	4,45	M.
Musselin-Blusen reine Wolle, ganz auf Futter	Stück	3,75	M.
Waschkleider garniert	Stück	6,75	M.
Kostüm-Röcke weiß. Rippe	Stück	1,95	M.
Elegante Staub-Paletots	Stück	9,75	M.

Elegante Damenkleider,

Kostüme und Modelle, bedeutend unter Preis, zum Aussuchen.

Ein Posten Kinder-Kleider, Waschestoff	Stück	78	Pf.
Unterröcke elegant garniert	Stück	2,95	M.
Unterröcke imitiert Leinen, mit Spitze garniert	Stück	2,45	M.
Unterröcke Alpaca mit aufgesetztem Volant, elegant mit Spitzen und farbigem Atlasband garniert	Stück	4,95	M.

Bade-Artikel.

Frottier-Handtücher	1,20, 85, 50	Pf.	
Frottier-Laken			
160/200	125/160	100/120	100/100 cm.
Stück	6,00 M.	3,60 M.	1,75 M. 88 Pf.
Frottier-Mäntel			
bunt 150 cm.	120 cm.	150 cm.	130 cm.
6,50 M.	5,00 M.	weiß mit Capuchon 3,75 M.	2,65 M.
Bade-Anzüge bunt und einfarbig			
120 cm.	110 cm.	100 cm.	90 cm. 80 cm. 70 cm.
1,95 M.	1,70 M.	1,50 M.	1,20 M. 1,10 M. 85 Pf.
Badekappen	45, 30, 10	Pf.	
Bade-Pantoffeln aus Strohgeflecht	45 u. 25	Pf.	

Gürtel.

Glacé-Leder-Gürtel schwarz u. farbig nur solange Vorrat	1,45	M.
Goldgürtel mit Rückenteil u. Vorderschloß	1,15	M.
Bandgürtel schwarz und weiß, mit Rückenteil und Vorderschloß	88	Pf.

Sonnenschirme.

Sonnenschirme weiß mit Einsatz	Stück	1,30	M.
Sonnenschirme weiß mit Einsatz und Spitzen	Stück	1,95	M.
Sonnenschirme weiß mit Einsatz, Nickelgestell	Stück	2,65	M.
Sonnenschirme halbseiden, gestreift Chiné	Stück	2,75	M.
Sonnenschirme Entoutoas, halbseiden, in allen Farben mit Futteral	Stück	2,85	M.
Sonnenschirme Entoutoas, reinseiden, in allen Farben	Stück	3,90	M.
Sonnenschirme halbseiden, in allen Farben mit Linonansatz und Spitzenbesatz	Stück	5,50	M.

Handschuhe.

Damen-Handschuhe In Qualität, mit Steinnuß-Druckknöpfen, schwarz und couleur	Paar	28	Pf.
Halb-Handschuhe mit Daumen	Paar	10	Pf.
Halb-Handschuhe mit doppelt Daumenspitze und 2 Steinnuß-Druckknöpfen, schwarz, weiß u. couleur	Paar	28	Pf.

Photographisches Atelier

mit jeder erdenklichen Technik der Neuzeit eingerichtet. — Aufnahmen von morgens 8 bis abends 8 Uhr.

An Sonn- und Feiertagen geschlossen.

Man verlange **Rabattmarken.**



A. JANDORF & CO

SPITTELMARKT 16/17
Ecke Leipziger Strasse

BELLE ALLIANCE-STR. 1/2
Am Billerplatz

GROSSE FRANKFURTER-STR. 113
Ecke Andreas-Strasse

BRUNNEN-STR. 19/21
Ecke Veteranen-Strasse

Herabgesetzte Preise für die

Reise-Woche

von Montag den 19. Juni bis Sonnabend den 24. Juni soweit der Vorrat reicht.

Handkoffer mit braunem Bezug	ca. 45	50	55	60 cm.	Handtaschen aus gutem Leder	ca. 30	33	36	39	42 cm		
	2.40	2.65	2.80	3.40		4.50	5.10	6.10	7.35	8.35		
Handkoffer mit Falten und braunem Bezug		3.75	4.40	5.10	5.75	Handtaschen aus braunem Kindleder		5.85	6.25	7.00	7.50	8.95

Reise-Körbe 4.35 5.00 5.85 7.00 8.00 9.00

Rucksäcke	90,	1.35,	1.75,	2.10
Luftkissen		75,	1.25	
Touristentaschen	90,	1.35,	1.55,	2.10
Plaidriemen ca. 100 cm lang			40 Pfl.	
Feldstühle		42 Pfl.		

Hut-Kartons
mit Gurt 40 mit Lederriemen 65, 70, 90, 1.10

Hängematten	1.40,	2.20,	2.70,	3.65
Triumpfstühle				1.85
Triumpfstühle mit Lehne				2.55
Triumpfstühle mit Lehne und Fussstütze				3.35
Anglerstühle				90 Pfl.

City-Bags mit braunem Futter	ca. 24	27	30	33	36 cm
	90	1.20	1.40	1.60	1.80
Damen-Courier-Taschen		90,	1.25,	1.45,	1.85
Reiserollen		33,	48,	75,	95 Pfl. 1.45
Reiseflaschen		48,	75,	95 Pfl. 1.25	
Blousencartons (sehr praktisch) mit Lederriemen					1.50

Damen-Confection

Staub-Paletots und Havelocks	5.85,	8.50,	12.75
Costüm-Röcke fussfrei, Stoffe engl. Geschmack	3.75,	4.85,	5.75
Wollene Reise-Blusen moderne Schotten und Streifen	4.85,	6.50	
Reise-Costüme	9.75,	12.50,	16.50

Reise- u. Strandmützen

Jockey-Form für Damen, weiss Piqué	33,	60 Pfl.	marine-Cheviot	60,	90 Pfl.
Automobil-Form für Damen, weiss Piqué	1.50		grau und marine	1.75	
Herren-Strandmützen weiss Piqué	38,	70 Pfl.	helle Sommerstoffe	60,	90 Pfl.

Schuhwaren

Stoff-Reise-Schuhe	Kinder ^{24/30}	Mädchen ^{30/35}	Damen ^{35/40}	Herren ^{40/45}
	90 Pfl.	1.00	1.35	1.65
Leder-Reise-Schuhe	1.65	2.15	2.75	2.95
Schuhcreme in allen Farben			Dose 9,	23 Pfl.

Handarbeiten

Schirmhüllen aus braunem Stoff 2teilig vorgezeichnet				68 Pfl.
Schirmhüllen aus Satin-Augusta vorgezeichnet 1teilig	45 Pfl.	2teilig		55 Pfl.
Schirmhüllen aus Satin-Augusta 2teilig fertig				85 Pfl.
Taschenbezüge in grauem Stoff, vorgezeichnet	Größe I	II	III	IV
	65	85	95	1.10
Badezeugtasche, vorgezeichnet				1.10
Plaidhülle aus starkem Stoff, mit Stab, Tasche und Ledergriff, vorgezeichnet				1.85
Plaidhülle aus starkem Stoff, mit Stab, Tasche und Ledergriff, fertig				2.10
Schuhbeutel aus grauem Stoff, vorgezeichnet				38 Pfl.

Frottir-Artikel

Bademäntel weiss	2.65,	2.95,	4.25
Bademäntel bunt	2.95,	4.75,	5.75
Badelaken für Kinder	85 Pfl.	1.10,	1.35
Badelaken für Erwachsene	2.95,	3.65,	4.75
Frottirhandtücher weiss	42,	58,	95 Pfl.
Frottirhandtücher bunt	33,	65,	85 Pfl.
Badeanzüge für Kinder	65,	85 Pfl.	1.10
Badeanzüge für Damen	1.10,	1.45,	1.75
Badetricots für Erwachsene	1.45,	1.75,	für Kinder 90, 1.15
Badekappen	12,	15,	18 Pfl.
Badehosen aus rotem Stoff für Herren	20,	25,	30 Pfl.
Badehosen für Knaben	10,	12,	18 Pfl.
Badehosen Tricot, für Herren	55,	65,	75 Pfl.
Strohpantoffel	20,	48,	55 Pfl.
Seiftücher	5,	8,	13 Pfl.
Frottirhandschuhe	10,	13,	18 Pfl.

Parfumerien

Lilienmilch-Seife	18 Pfl.	3 Stück	53 Pfl.
Lanolin-Seife	18 Pfl.	3 Stück	53 Pfl.
Bay Rum-Kopfwasser		Flasche	43 Pfl.
Eucalyptus-Mundwasser		Flasche	43 Pfl.
Kinderpuder		Dose	17 Pfl.
Schweisspuder		Dose	22 Pfl.
Toilettenpuder		Dose	33 Pfl.
Seifendosen, Celluloid			35 Pfl.
Seifendosen, vernickelt			45 Pfl.
Eau de Cologne double			27 Pfl.
Toilettenpapier in Rollen			16, 23 Pfl.
Butterbrotpapier fettlicht ca. 100 Blatt			17, 23 Pfl.
Papier-Servietten		ca. 100 St.	36, 60 Pfl.
Briefpapier		100 Bogen 100 Kuverts	35 Pfl.
Ansichtskarten verschiedener Badeorte		Dtzd.	35 Pfl.

Spielwaren

Sandwagen	45,	90 Pfl.
Sandformen im Carton	45,	90 Pfl.
Trudel-Reifen	9,	15, 23 Pfl.
Handkarren	45,	90 Pfl.
Rechen	9,	15, 25 Pfl.
Spaten	15,	25, 32 Pfl.
Spiel-Eimer	9,	15, 20 Pfl.
Giesskannen	9,	15, 20 Pfl.
Badeständer	45,	90 Pfl.
Tennisschläger	9,	23, 48, 95 Pfl.
Tennisbälle	45,	75 Pfl.
Schmetterlingsnetze	9,	18, 45 Pfl.
Schiffe	9,	23, 40 Pfl.
Springseile	9,	23, 45 Pfl.
Pflanzenstecher		4 Pfl.
Botanisiertrommeln	23,	35, 45, 70 Pfl.

Hervorragende Auswahl von Damen-Gürteln in allen Preislagen.

Schste Generalversammlung des Deutschen Werftarbeiter-Verbandes.

Fünfte, sechste und siebente Sitzung.

Miel, den 14. Juni.

In der Debatte über den Gewerkschaftskongress

nimmt die Majorität eine besonders hervorragende Stelle ein. Mit wenigen Ausnahmen sprachen sich sämtliche Redner für die Abschaffung der jetzigen Form der Majorität aus.

Auch die bisher nicht aus der Welt zu schaffenden Grenzstreitigkeiten spielten in der Debatte eine Rolle.

Statutenberatung.

Eine recht lebhafte und interessante Debatte entspann sich bei dieser Gelegenheit über die Frage der Abschaffung der Affordarbeit.

Der zur Beratung stehende Statutenentwurf des Vorstandes verlangte „möglichste Beschränkung“ der Affordarbeit. Die zur Prüfung aller zur Statutenberatung eingebrachten Anträge eingesezte Kommission bestritt die Aufnahme einer Bestimmung, welche die Abschaffung der Affordarbeit forderte.

einen etwas größeren Verdienst bringt. Man dürfe aber versichert sein, wenn die Affordarbeit auf einmal durch irgendwelche Umstände beseitigt werde und die festen Löhne bleiben auf der gegenwärtigen Stufe stehen, so würde das Verlangen nach erhöhten Löhnen ein so heftiges werden, der wirtschaftliche Kampf eine solche Wucht annehmen, daß die Unternehmer sich genötigt sehen, in bezug auf die Löhne weitgehende Zugeständnisse zu machen.

Der Antrag wurde aber aus finanziellen Gründen abgelehnt. In der Schlussitzung am 15. Juni wurden zunächst die Anträge aufgearbeitet, die auf eine Vermehrung der besoldeten Beamten hinauslaufen.

Ein Antrag Bremen: „Der Vorstandsvorstand wird beauftragt, Maßregeln zu treffen, um eine einheitliche Organisation für alle auf Schiffswerften beschäftigten Arbeiter zu schaffen“.

Verband der Porzellan-Arbeiter.

Am Sonnabend erledigte die Generalversammlung eine Reihe von Anträgen, die sich auf innere Verwaltungsangelegenheiten beziehen.

Einige Anträge, welche den Vorstand ersuchen, eine Verschmelzung der in der keramischen Branche bestehenden Organisationen in die Wege zu leiten — es handelt sich außer den Porzellanarbeitern um die Glasarbeiter und die Töpfer — wurden als erledigt betrachtet.

Anknüpfung internationaler Beziehungen.

die im Laufe der Versammlung angeregt wurde, teilte der Verbandsredakteur Zietzsch mit: Es habe eine Aussprache zwischen dem Verbandsvertreter und den hier anwesenden Vertretern der österreichischen, dänischen und französischen Porzellanarbeiter stattgefunden.

Als die Versammlung vor der Wahl der Delegierten zum nächsten Gewerkschaftskongress stand, erstattete Vollmann Bericht über den Allner Gewerkschaftskongress.

an dem er als Delegierter des Verbandes teilgenommen hat. Auf eine ausdrückliche Anfrage, wie er sich zur Majorität gestellt habe, antwortete der Redner: Er habe seine Stellung nicht durch Abstimmung bekunden können, weil ja die Resolutionen zur Majorität zurückgezogen worden sind.

Nach den Ausführungen Vollmanns traten zwei Delegierte für Arbeitsruhe am 1. Mai ein. Dann wurde die Debatte über diesen Punkt geschlossen und als Delegierte zum nächsten Gewerkschaftskongress Vorsitzender Vollmann, Redakteur Zietzsch und Seemann-Kronach gewählt.

Längere Zeit erforderte die Behandlung eines vom Vorstande gestellten Antrages, welcher fordert, daß den besoldeten Vorstandsmitgliedern die Gehälter bewilligt werden, welche der vom Stuttgarter Gewerkschaftskongress aufgestellten Gehaltskala entsprechen.

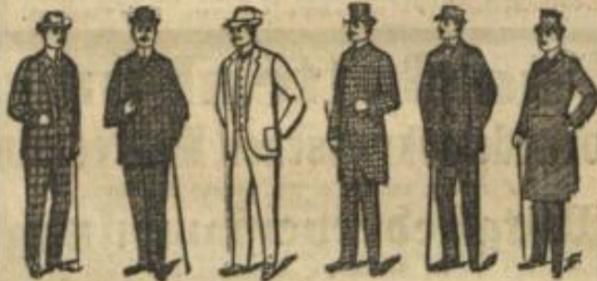
Der Vorstandsvorsitzende Vollmann, der Kassierer Herden, der Schriftführer Schneider und der Redakteur Zietzsch wurden wiedergewählt. Als Hilfsbeamte im Vorstandsbureau, welches in Charlottenburg verbleibt, wurden Runk und Tobias gewählt.

Der Sitz der Beschwerdekommision wird von Jmenau nach Eisenberg verlegt.

Hoffmann-Jmenau wurde als Gauleiter für Thüringen gewählt.

Die nächste Generalversammlung soll wieder innerhalb Grop-Berlin, wenn möglich in Charlottenburg, stattfinden.

Moderne Anzüge



Jackett-Anzüge 50.- 45.- 40.- 35.- 30.- 15 M.
Rock-Anzüge 25.- 20.- 15.- 10.- 5.- 27 M.

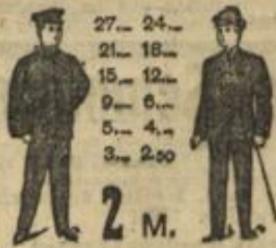
SONDER-ANGEBOT

Jackett-Anzug 18 M.

Gehrock-Anzüge 65.- 55.- 50.- 45.- 21 M.

Strand-Anzüge 15.- 12.- 7.50 6 M.

Schüler-Anzüge



27.- 24.- 21.- 18.- 15.- 12.- 9.- 6.- 5.- 4.- 3.- 2.50
2 M.

Stoff-Hosen

Tausende Exemplare
10.- 15.- 14.- 12.- 10.-
9.- 8.- 7.- 6.- 5.-
4.- M.

Knaben-



Cheriot-Anzüge von 2.- M. an
Wasch-Anzüge von 1.- M. an
Wasch-Blösen von 50 Pfg. an
Piqué-Westen
Tausende Exemplare
9.- 8.- 7.- 6.- 5.-
4.50 4.- 3.50 3.- 2.50
1.75 M.

Paletots = Mäntel



Sommer-Paletots 40.- 35.- 30.- 25.- 20.- 15 M.
Loden-Havelocks 25.- 20.- 15.- 10.- 7.50 6 M.

SONDER-ANGEBOT

Sommer-Paletots 18 M.

Gummi-Mäntel 80.- 55.- 30.- 27.- 15 M.

Staub-Mäntel 6.- 7.50 4.50 3.75 3 M.



Radler-Anzüge 27.- 24.- 21.- 6 M.
Radler-Hosen 9.- 8.- 7.- 3 M.
Pelerinen 18.- 13.50 12.- 5 M.

Auto-Hosen
Auto-Mäntel
Auto-Mützen



Gefütterte
Automobil-Leder-Jacketts 82.- 24.- 18 Mk.

Auto-Gamaschen
Auto-Manschetten
Auto-Handschuhe

Sommer-Joppen 8.50 1.75 85 Pf.
Loden-Joppen 8.- 5.- 2 M.
Lüster-Jacketts 8.- 6.50 5.50 4.50 3.- 2.50 2.25



Hochschicke Stoff-Neuheiten für unsere vornehme, wohlfeile Mass-Anfertigung.

BAER SOHN

SPEZIAL-HAUS GRÖSSTEN MASSSTABES

Chausseestrasse 24 a-25

11 Brückenstrasse 11

Gr. Frankfurterstr. 20

Zwischen Invalidenstrasse und Schiller-Theater N.

Zwischen Jannowitzbrücke u. Köpenickerstr. (Ecke Rungestr.)

Ecke Koppenstrasse. — Am Bürger-Hospital.

Das 25. Haupt-Preisbuch (Pracht-Ausgabe) wird auf Wunsch kostenlos und portofrei zugesandt.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 20. Juni, abends 8 1/2 Uhr,
in Franko's Festsälen, Sebastianstrasse No. 30:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Lux über: „Die neuesten technischen Erfindungen“. 2. Diskussion.
Gäste haben Zutritt. Aufnahme neuer Mitglieder.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Wahlverein für d. Bezirk Lichtenberg.

Dienstag, den 20. Juni, abends 8 1/2 Uhr,
in Gebr. Arnholds Schwarzem Adler, Frankf. Chaussee 5:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Kiesel: „Schiller als Freiheitsdichter“. 2. Das Partei-Organisationsstatut. 3. Vereinsangelegenheiten.
Gäste und Frauen haben Zutritt.
Der Vorstand.

Achtung! Zentralverband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin.
Mittwoch, den 21. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (großer Saal):

General-Versammlung

aller zum Zweigverein Berlin gehörigen Zahlstellen und Sektionen.
Tages-Ordnung:
Beratung respektive Beschlussfassung über das neue Ortsstatut.
Mitgliedsbuch ist mitzubringen, ohne dasselbe kein Eintritt.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ersucht
Der Zweigvereinsvorstand.

Achtung! Putzer! Achtung!

Am Mittwoch, den 21. Juni, abends 8 Uhr, finden in sämtlichen Bezirken in den bekannten Lokalen die

Bezirks-Versammlungen

statt, in welchen außer Beratung sehr wichtiger Verbandsangelegenheiten die Ausgabe des neuen Verbandsstatuts stattfindet. Es ist unabweihsbare Pflicht eines jeden Mitgliedes, pünktlich in dieser Versammlung zu erscheinen.
Die örtliche Verwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Donnerstag, den 22. Juni, abends 8 1/2 Uhr:
Außerordentliche Generalversammlung
bei Keller, Koppenstrasse 29.

Tages-Ordnung:
1. Bericht vom Gewerkschaftsausschuss in Köln. 2. Bericht über die Th. Glocke. 3. Der Jahresbericht der Berliner Gewerkschaftskommission. 4. Verbandsangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder, insbesondere der Vertrauensleute erwartet
Die Ortsverwaltung.

Montag, den 19. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in den Verolina-Sälen, Schönhauser Allee 28:

Bezirks-Versammlung für die Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Engelbert Graf über: Aberglaube, Sitten und Gebräuche im Lichte der Kulturgeschichte. 2. Diskussion. 3. Wahl zweier Beitragsammler. 4. Verschiedenes.
Die Kollegen werden auf die am Sonntag, den 9. Juli 1905 stattfindende Dampferpartie nach Neuer Krug (Oberspree), aufmerksam gemacht und ersucht, rege für den Vertrieb der Billets zu sorgen.
Der Bezirksleiter.

Montag, den 19. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Mann, Straußbergerstr. 3:

Bezirks-Versammlung für Ofen I, Ofen II und Nordofen.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Alb. Stripp über: „Schiller“, mit Rezitationen. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Beitragsammlers für Zahlstelle 4. 4. Verschiedenes.
NB. Die Kollegen werden ersucht, zahlreich mit Frauen zu erscheinen.

Montag, den 19. Juni, abends 8 1/2 Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlung der Laden- und Kontormöbelbranche

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 7.
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Jede Werkstatt muß vertreten sein.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Schöneberg.
Montag, 19. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Döfl, Weiningerstr. 8:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Rakenstein über: Alkohol und Arbeiterbewegung. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
In Anbetracht des wichtigen Vortrages ist es Pflicht jedes Kollegen zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 4. Berliner Reichstagswahlkreis (6st).

Dienstag, den 20. Juni, abends 8 Uhr:
Zwei Versammlungen.
P. Pittins „Gesellschaftshaus Ostend“, Remelerstr. 67; „Elysium“, Landsberger Allee 40/41.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Referenten: Stadt. Genosse Kozzko über: „Aus dem Roten Hause“. Reichstags-Abg. Genosse Robert Schmidt über: „Unsere Pläne an der Sonne“. Gäste haben Zutritt. — Aufnahme neuer Mitglieder.
Zahlreiches Besuch erwartet
Der Vorstand.

Rixdorf. Sozialdemokrat. Wahlverein.

Dienstag, den 20. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal des Hrn. Münzer, Anseebachstraße:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Fritz Zaboll. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
Gäste, auch Frauen, haben Zutritt.
Der Vorstand.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin. Sektion der Gips- u. Zementbranche.
Montag, den 19. Juni er., abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15 (großer Saal):

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die Verlängerung resp. Anknüpfung des mit Ende September ablaufenden Tarifvertrages. 2. Diskussion. 3. Änderungsanträge der Gruppe der Kabinetspanner bezüglich des Regulativs zum Arbeitsnachweis.
Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Mitglieder.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Der Vorstand.

Verband der an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter Berlins u. Umgegend.

Montag, den 19. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:

Werkstatt-Delegierten-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Unser Vertrag mit den Arbeitgebern. 2. Gewerkschaftliches. 3. Mitgliedsbuch und Delegiertenkarte legitimiert.
Um pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Sonnabend, den 8. Juli, im Etablissement Schweizergarten am Königstor (Friedrichshain):

Sommerfest.

Billets sind im Verbandsbureau sowie bei den Zahlstellenkassierern zu haben. Um regen Vertrieb der Billets bittet
Der Vorstand.

Zentralverband der Schmiede.

Zahlstelle Berlin.
Bureau: Straßauerstr. 48. Telefon: Amt I, 7779.
Montag, den 19. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei L. Keller, Koppenstr. 20:

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die Lohnbewegung der Nagelschmiede. 2. Neuwahl eines Bureaubeamten (bisher Hertig). 3. Bericht über die Lohnbewegung der Annuingsbetriebe und Fuhrgehülfe und Wahl von fünf Mitgliedern zur Schlichtungskommission. 4. Anträge und Verschiedenes.
Kollegen! Erscheint vollständig in dieser wichtigen Versammlung. Kein Kollege darf fehlen! Sorgfältig in den Beschlüssen etc. für die größte Verbreitung dieser Einladung! Gäste haben Zutritt.
Gleichzeitig machen wir unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß ein Teil der Mitgliedsbücher beim Streit vertauscht worden sind. Wir ersuchen deshalb die Kollegen, nachzugehen und die nicht richtig verabsichtigten Bücher im Bureau abzugeben.
176/17

Sonnabend, den 24. Juni er., bei Klem, Gasenheide 14/15:

Sommerfest.

Sonntag, den 30. Juni 1905:
Dampferpartie nach Neuer Krug.
Billets für beide Veranstaltungen sind im Bureau sowie bei den Bezirksführern und Hauskassierern zu haben.
Rege Beteiligung wird erwartet.
Die Ortsverwaltung. J. A. W. Siering, C. 2. Straßauerstr. 48.

Tapezierer!

Mittwoch, den 21. Juni, abends 8 Uhr, bei Rag Damm, Schützenstraße 18/19: 101/2

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Biester über: Sozialistische Experimente. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
Pflicht aller Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Vorstand der Freien Vereinigung der Tapezierer Berlins.
Bureau und Arbeitsnachweis: Schützenstraße 18/19, Tel. I, 1308.

Sozialdemokratischer Agitationsverein für den Reichstags-Wahlkreis Jülichau-Schwiebus-Krossen-Sommerfeld.

Dienstag, den 20. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Stansch, Große Frankfurterstr. 133:

Mitgliederversammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Bericht aus dem Kreis. 4. Vereinsangelegenheiten und Aufnahme neuer Mitglieder.
Wir erlöchen die Kandidaturen auf diese Versammlung hinzuweisen, da speziell in der Baubranche der größte Teil unserer Landsleute beschäftigt ist.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Allgem. Orts-Krankenkasse für die vereinigten Gewerbebetriebe Charlottenburgs.

Die wiederholten Angriffe, denen sich in letzter Zeit die Kassenorgane ausgesetzt sehen, veranlassen den unterschiedenen Kassenvorstand, hierdurch eine

öffentl. Versammlung

auf Montag, den 19. Juni, abends 8 1/2 Uhr,

nach dem großen Saale des Volkshauses hier selbst, Rosinenstraße 3, einzuberufen mit der

Tages-Ordnung:
1. Die Angriffe verschiedener Grehorgane gegen den Vorstand und die Verwaltung der Kasse. 2. Diskussion.

Sämtliche der Kasse zugehörigen Mitglieder und meldepflichtigen Arbeiter haben zu dieser Versammlung uneingeschränkt Zutritt und werden um ihr Erscheinen dringend ersucht.
Charlottenburg, 14. Juni 1905.
Der Kassenvorstand.
J. A.: 273/17
Hermann Scheel, Vorsitzender.

Charlottenburg, 14. Juni 1905.
Der Kassenvorstand.
J. A.: 273/17
Hermann Scheel, Vorsitzender.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin. Sektion der Gips- u. Zementbranche.
Montag, den 19. Juni er., abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15 (großer Saal):

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die Verlängerung resp. Anknüpfung des mit Ende September ablaufenden Tarifvertrages. 2. Diskussion. 3. Änderungsanträge der Gruppe der Kabinetspanner bezüglich des Regulativs zum Arbeitsnachweis.
Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Mitglieder.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Der Vorstand.

Verband d. haugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschl.

Montag, den 19. d. M., abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Volkshause, Rosinenstr. 3.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Ad. Hoffmann über: „Erklärung der Religion zur Privatfrage“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
Mitgliedsbuch mitbringen.
Das Erscheinen aller Mitglieder erwartet
Der Vorstand.

Achtung! Verband d. haugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschl.

Montag, den 19. d. M., abends 7 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

der Cöpper-Träger Berlins u. Umgegend im „Rosenthaler Vereinshaus“, Rosenthalerstr. 57.
Tages-Ordnung:
1. Bericht von der Vertreter-Sitzung und der Gaukonferenz. 2. Unsere Tarifrage. 3. Abrechnung vom Stiftungsfest. 4. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen erwartet
Die Sektionsleitung.

Achtung! Kürschner! Achtung!

Mittwoch, den 21. Juni, abends 8 Uhr,

im „Alten Schützenhause“, Linien-Straße Nr. 5:

Öffentliche Versammlung

aller in der Kürschnerbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.
Tages-Ordnung:
1. Auf zum Kampf! Referent: Kollege A. Begge. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Kollegen, Kolleginnen! Da wir mit dieser Woche in den Streit eintreten, so erwarten wir, daß niemand in der Versammlung fehlt.
Der Vorstand des Deutschen Kürschner-Verbandes (Zahlstelle Berlin).
Der Vorstand des Verbandes der Kürschner Berlins und Umg.

Marmorarbeiter!

Mittwoch, den 21. d. M., im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c:

Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Tarifkommission. 2. Wahl eines Statistikers und Schriftführers. 3. Gewerkschaftliches.
Pflicht eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Vorstand.

Konsumverein für Tegel und Umgegend.

E. G. m. b. H.
Mittwoch, den 5. Juli, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Trapp,
Bahnhofsstr. 1:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht über die Revision durch den Verbandsrevisor. 2. Antrag des Geschäftsführers zur Anstellung zum 1. August und Genehmigung des Vertrages. 3. Wahl eines Vorstands- und fünf Aufsichtsratsmitglieder. 4. Bericht vom Verbandstage. 5. Vereinsangelegenheiten.
127/4
Der Aufsichtsrat.

Anarchisten! Sozialisten!

Montag, den 19. d. Mtz., abends 8 1/2 Uhr, im Lokale Ressource,
Kommandantenstraße 57:

Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die Konferenz der Anarchistischen Föderation. 2. Vortrag des Genossen Witzke über: Unsere Stellung zur Religion. 3. Senna Hoy: Parlamentarismus und Generalstreik. — Freie Diskussion.
24975
J. H.: Fritz Müller.

Zentral-Verband der Töpfer.

Filiale Berlin.

Sonnabend, 24. Juni 1905, in der Brauerei Friedrichshain
(früher Lipps):

Großes Sommerfest.

Konzert ausgeführt vom Berliner Sinfonie-Orchester unter gefälliger Mitwirkung des Berliner Uk-Trio und der Akrobaten-Truppe The Schäffer. Kinderspiele und Belustigungen unter Leitung von „Onkel Pelle“.
Großes Feuerwerk ausgeführt v. Pyrotechniker Massov.

Während und nach dem Konzert:

Großer Sommernachts-Ball bei doppeltbesetztem Orchester.

Eröffnung 2 Uhr. Beginn des Konzerts 5 Uhr.

Herren-Billett 50 Pf. Damen-Billett 30 Pf.

Um regen Zuspruch bittet
Das Komitee. 106/3

POMPEJI

Kurfürstendamm 153.

Große Pracht-Pantomime

380 Mitwirkende

mit Balletts, Gesang, olympischen Spielen etc.

Zum Schluss:

Ausbruch des Vesuv

und

Untergang von Pompeji

darauf folgend

Monster-Feuerwerk.

Beginn heute Sonntag sowie fernerhin stets Sonntags:

Konzert 1/5 Uhr, Vorstellung 6 Uhr.

Preise der Plätze 50 Pf. bis 5 Mark.

Hüte. Verkauf zu mäßigen, streng festen Preisen Schirme.

Gegr. 1875

Gegr. 1875

Max Kaplan

1 Friedrichstraße 1.

Maß-Anfertigung in allen Preislagen und bekannter Güte.

Nur moderne Stoffe

Sommer-Paletots, neueste Muster M. 15, 16, 18, 20, 24 usw.

Sommer-Paletots, Seidenfutter, hervorragend elegante Ausführung M. 42

Jackett-Anzüge in allen Farben, neueste Fassons M. 20, 21, 22, 50, 24, 25, 26 usw.

Entzückende Neuheiten

in Knaben-Garderobe.

Wäsche. Leichte Sommer-Jackets 1⁰⁰ M. an. Krawatten. in Lustre, Alpaca usw. von

Klar wie Gold

ist und bleibt der Essig, den Sie sich aus Reichels

Essig-Essenz

Marke „Lichters“ durch einfaches Auffüllen von Wasser selbst herstellen. Er übertrifft bei weitem den gewöhnlichen Joh.-Essig an Reinheit, Wohlgeschmack und Bekömmlichkeit und ist im Gebrauch der billigste. Originalflaschen für 12 bezw. 6 Weinscheiden feinsten Weises, Koch- oder Einmach-Essig reichend, M. 1.00 und 55 Pf. für leere Flaschen 10 bezw. 5 Pf. zuzügl. Heberoll in den Drogerien, Kolonial- und Delikatessgeschäften, auch in den Apotheken erhältlich und bei

Otto Reichel, Berlin SO. 43.

L. H. IV, 646, 3190, 4562.

Nur echt und rein bei un-

verletztem Kapself-

schlag mit Marke „Lichters“.

J. Baer

Baldstr. 26, Ecke

Horren- und Knaben-

Moden, Berufskleidung

Elegante Einsegnungs-

Anzüge.

Großes Lager in- und

ausländischer Stoffe.

zur Anfertigung nach Maß.

Allerbilligste, streng feste Preise.

Hygienische

Bedarfsartikel. Neueste Katalog

m. Empf. viel. Verale u. Prof. grat. u. fr.

H. Unger, Gummiwarenfabrik,

Berlin NW., Friedrichstr. 91/92.

Achtung, Vereine!

Für Sommer- und Kinderfeste empfohlen:

Stoßlaternen, Fackeln, Schärpen, Girlanden, Verlosungs-Artikel, Karten, Seifen, Reglerpreise, Zug- u. Scherzartikel, Feuerwerk, Festabzeichen.

Große Auswahl, billige Preise, kulante Bedienung.

Pohl & Weber Nachf., Berlin G.
Am Spittelmarkt 1/5 I Alexanderstr. 51/52
(früher Neue Jakobstr. 8) am Alexanderplatz.
Kataloge gratis und franko. Versand nach außerhalb.

Achtung! Achtung!

Gewerkschaften u. Vereine.

Die Geschäftsstelle des Verbandes der Tanzlehrer für Berlin u. Umgegend befindet sich nach wie vor

Alte Jakobstraße 75.
Telephon: Amt I Nr. 867. 200/5
Bestellungen werden jederzeit dafelbst entgegengenommen.

Billigste Dampfer-Extrafahrten

von der Station Michaelbrücke nach Müggelwerder.
Früh 9 Uhr. Nachmittags 2 Uhr.

VIII. Abänderung

zum Statut der

Orts-Frankenkasse

für das

Bierbrauer-Gewerbe

zu Berlin

vom 24. Januar 1894.

Artikel I.
§ 30 lautet: Die wöchentlichen

Ratensbeiträge betragen:
Für die 1. Klasse 0,99 Mark.
" 2. " 0,75 " "
" 3. " 0,66 " "
" 4. " 0,45 " "
" 5. " 0,33 " "

Artikel II.
Vorstehende Abänderungen treten

mit dem ersten Montage nach erfolgter Bekanntmachung, also am 26. Juni cr. in Kraft.

Berlin, den 5. April 1905.
Der Vorstand

der Orts-Frankenkasse für das Bierbrauer-Gewerbe zu Berlin, Otto Ulrich, Vorsitzender.

Genehmigt durch Beschluss vom 28. Mai 1905.

Der Bezirksausschuss zu Berlin, Abteilung II.

Kapfer.

II. C. 49. 05/1. 273/18

Tod und Teufel

allem Ungeziefer!
Reichels Spezial-Mittel töten sicher Wanzen, Schwaben, Motten und jede Brut!

50 Pf. 1., 2.- Mark etc. Anerkennungen aus aller Welt. Zerstäuber 50 Pf.

Echt u. garantiert wirksam nur, wenn in Originalpackungen mit dieser Marke verschlossen.

Erhältlich in Drogerien, Apotheken, etc.

Tod und Teufel mit

Otto Reichel, BERLIN SO. 43, Eisenbahnstr. 4.

Telephon: IV, 646, 3190, 4562.

Nervöse

Bismarke, Blausäure etc. erzielen überraschende Erfolge durch Reichels Malzextraktpulver (Malzextrakt trocken mit 0,6 lkal. Eisen). Wirkt reichlich blutbildend, schwache Nerven stärkend und enorm Appetit anregend. Wirksamstes Kräftigungsmittel für Leidende u. Schwächliche, namentlich auch für Kinder. Dose Mk. 1.25. Uebl. 3 Dosen Mk. 3.50 hier frei Haus. Prompter Versand nach auswärts. Otto Reichel, Berlin SO. 43, Eisenbahnstr. 4.

Dr. Simmel, Prinsenzstr. 41.

Spezialarzt für Haut- und Harnleiden.

10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Montag, Dienstag, Mittwoch und folgende Tage:

Gänzlicher Ausverkauf der Saison-Neuheiten

in Damen-Kleiderstoffen, Seidenwaren, Waschstoffen, Kostüm-Röcken, Blusen und Unterröcken

bedeutend unter Preis!

S. Weissenberg, 126. Große Frankfurterstraße 126.
Eckhaus Koppenstraße.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
Jedes 5 Pfennig. Wort: 10 Pf. Wort mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.
Antiquar-Kaufhaus, Gardinen-Verkaufhaus, Jerusalemstraße 12.
Radfahrer, Teilzahlungen, Invalidenstraße 148 (Eingang Bergstraße), Große Frankfurterstraße 56, Eilbichstraße 40. 6062*
Klavier, neu, verkauft billig, Kohl, Metzger, Kaiser Friedrichstraße 244. 5546

Steppdecken billig, Gobrit Große Frankfurterstraße 9, partierre. 437*
Teppiche mit farbenreichen, niedrige Große Frankfurterstraße 9, partierre. 437*
Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, partierre. 437*
Wandbildhaus Weidenweg neunzehn, spottbilliger Bilderverkauf, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Steppdecken, Kunstseidenwaren, Regulatoren, Freischwinger, Tischlampen, Badelicht- und Tischdecken. 427*

Monatanzüge von 6,00 an, Sommerpaletots von 5,00 an, Westen von 1,50 an, Gehrockanzüge von 12,00 an, Frack von 2,50 an, auch für corpulente Figuren. Neue Garderobe zu sensationell billigen Preisen, sowie aus Handarbeiten verfertigte Sachen. Koh, Mulackstraße 14. 23716*
Nähmaschinen, sämtliche Systeme, ohne Anzahlung, Woche eine Mark, gebrauchte spottbillig, Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10 am Ringbahn. 4191*

Teppiche! (leibhaftig) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Godesberger Markt 4, Bahnhof Börs. 142/12*
Küchenschrank 7, Pfandleiste, billige Einkaufsquelle für Waren aller Art. 570R*
Gardinen, Teppiche, Tischdecken, Steppdecken, Betten, Bettwäsche, Leinwand, Anzüge, Banduhren, Goldschmuck, Ketten, Ringe usw. spottbillig Pfandleiste Köthenerplatz 7. 569R*

Nähmaschinen, sämtliche Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1 Mark, gebrauchte spottbillig, Postkarte genügt. Alt Dorslagen 4, Ecke Neue Bahnhofstraße. 4181*
Gaslocherhaus! Zwickelgaslocher! 3,00. Geöffnete Gaslocher 5,00. Gasbügelpapier! Gasplättchen! spottbillig! Petroleumlöcher! zweifach! 2,00. 32 Wassertheaterstraße 32. (Verleumdungshaus!) Borslauer. 595R*

Herrenanzüge, Uebergießer, wenig getragene Monatsgarderobe von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue, elegante, nicht abgeholte Sachen, kauft man am billigsten aus erster Quelle direkt nur beim Schneidemeister Rüstenselt, Rosenbalerstraße 15, III. kein Laden! 251/14*
Dringmaschinen, Zintwachsblätter, Nähmaschinen, Feder, Schwann, beste Ware, Teilzahlung gestattet, Postkarte, Köhlitz, Eilbichstr. 198. *

Zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit

Sind vom 1. Mai dieses Jahres ab zunächst vier städtische Fürsorgestellen — die ganze Stadt umfassend — für bestimmt abgegrenzte Bezirke eingerichtet worden, in denen bedürftige Mütter und Pflegeeltern von Säuglingen (Kinder des ersten Lebensjahres) sich unentgeltlich spezialärztlichen Rat über die Wartung und Ernährung der Säuglinge einholen können. Diese Fürsorgestellen befinden sich:

- Für den Norden: Eisenerstraße 27,
Osten: Blumenstraße 78,
Südosten: Luisen-Ufer 35,
Nordwesten (Moabit): Arminiusplatz, Marktstraße.

Die Sprechstunden sind von 2—3 Uhr nachmittags. Die ärztlichen Leiter dieser Fürsorgestellen, die renommierten Kinderärzte: Sanitätsrat Dr. Kassel, Privatdozent Dr. Reumann, Dr. Salge und Dr. Wallin, werden in erster Linie darauf hingewirkt, daß die Mütter die Säuglinge selbst stillen. — Soweit es notwendig erscheint, kann bedürftigen, in Berlin ortsbefähigten Müttern, um ihnen das Stillen zu ermöglichen, auf Antrag des Arztes eine Beihilfe gewährt werden. Ferner sind die ärztlichen Leiter der Fürsorgestellen ermächtigt, Müttern, die nicht stillen können, oder Pflegeeltern zubereitete Milch, oder andere Nährpräparate in der für den speziellen Fall geeigneten Menge und Zubereitung bis zur Dauer von acht Tagen unentgeltlich abzugeben. Und zwar soll die Milch, dem Zustande des Kindes angepaßt, in Portionierflaschen fertig zubereitet, den Müttern zugestellt werden, damit nicht erst durch vieles Spantieren in der engen meist elenden Häuslichkeit Staub und andere schädliche Stoffe der Milch beigemengt werden.

Ueber den Zeitpunkt von acht Tagen hinaus soll eine beratende Abgabe der Regel nach nur gegen Erstattung des Selbstkostenpreises erfolgen. Ausnahmsweise darf in Berlin ortsbefähigten Müttern oder Pflegeeltern auf Antrag des Arztes der Bezug von Milch und Nährmitteln länger als acht Tage unter dem Selbstkostenpreise gewährt werden, wenn die Bedürftigkeit durch Organe der städtischen Verwaltung nachgewiesen ist. — Die Benutzung und die Gewährung der Nährmittel erfolgt nur so lange, wie der ärztliche Leiter dies nach dem Gesundheitszustande für notwendig erachtet und die Mütter sich der Kontrolle durch die Aufsichtsdamen — in erster Reihe die weiblichen Mitglieder der Gemeindevorstände — unterwerfen.

Ferner sollen, um die Not zu lindern, in welcher sich stehende Mütter besonders zur Zeit der Entlassung aus den Erziehungsanstalten häufig befinden, geeigneten Vereinen Zuschüsse zum Pflegegeld gewährt werden, bei Anstaltsplätzen oder bei Unterbringung in Familien. —

Die Fürsorgeeinrichtungen sind keine Armenunterstützung, sondern ein Recht, welches jede bedürftige Mutter in Anspruch nehmen soll. Den Männern dieser Frauen, wie den Vätern dieser Säuglinge können hierdurch politische Rechte nicht gekürzt werden.

Der durch jahrelange Agitation in der Öffentlichkeit und durch einen Kampf im Stadtparlament erzwungene Erfolg ist zwar winzig. Er schließt jedoch in sich die prinzipielle Anerkennung der sozialdemokratischen Forderungen auf Säuglings- und Mutterschutz. Nur durch Ausnutzung des Erreichten und einen Kampf für weitere Verbesserungen wird mehr erreicht, ja schließlich das Elend überwunden werden.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Dienstag, den 20. Juni, abends 8 Uhr, in Habels Brauerei, Bergmannstraße: Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Wahl der Revisoren und des Vergütungskomitees. 2. Vortrag des Genossen Pfannkuch über das Organisationsstatut.

Dritter Wahlkreis. Dienstag, den 20. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet in Franzes Festsaal, Sebastianstr. 39, eine Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis statt. Dr. Lur wird über die neuesten technischen Erfindungen sprechen. Diskussion. Gäste willkommen. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Vierter Wahlkreis (DK). Der Wahlverein hält am Dienstag, den 20. Juni, abends 8 Uhr, zwei Mitgliederversammlungen in folgenden Lokalen ab: 1. R. Löffel, „Gesellschaftshaus Ostend“ und „Elysum“, Landberger Allee 40/41. Es referieren: der Stadtverordnete Genosse Koble über das Thema: „Aus dem roten Hause“, der Reichstags-Abgeordnete Genosse Rob. Schmidt über das Thema: „Unsere Klage an der Sonne“. Die Genossen werden ersucht, für den Besuch dieser Versammlungen lebhaft zu agitieren und pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Gift.

Wenige Genussmittel gibt es wohl in unserem Kulturbereich, auf die nicht irgend ein Eiferer das abschreckende Giftetiketett geklebt hätte. Der extreme Abstinenz hält das Gläschen Bier, das sein Nimmens nach getaner Arbeit sich zum Abendbrot gönnt, für Gift; als wir wohlwollend vor einiger Zeit einmal darauf hinwiesen, daß der Genuß von Kaffee sich vielfach an Stelle des Bier- und Schnapsgenusses in Fabriken einbürgere, schrieb ein noch extremerer Abstinenz uns in einer Epistel, daß wir nicht nur geistig, sondern auch leiblich das Volk vergiften wollten, da im Kaffee, Tee und Schokolade nicht minder schädliche Stoffe vorhanden seien, als in der Abscheu erregenden Flasche Johannisberger zu 6 M. Wasser sei das einzig wahre und natürliche. Von einem durch Erfindung oder Entdeckung der Bazillen berühmt gewordenen Gelehrten wird andererseits berichtet, daß er die liebliche Gewohnheit habe, das Obst, das er zum Nachtisch genieße, in desinfiziertes Wasser zu tun, damit das mikroskopische Gezeifer, das dem Apfel anhaftet, nur als Leiche mit seinem Baumen Bekanntheit machen könne.

Der Weise lächelt ob solcher Schreullen, genest mit Mähen, was ihm schmeckt und kann auch achtzig Jahre alt werden. „Wat den Gen sien Uhl, is den annern sien Nachtigall“. Dem ein Tropfen Bier für seinen Körper schädlich dünkt, den soll man nicht schelten oder verhöhn; andererseits braucht noch niemand denjenigen, der in guter Gesellschaft statt eines Glases zwei zu seiner Gesundheit trinkt, für einen Trunkenbold und den Urheber der Entartung seiner Nachkommenschaft zu halten.

Aber nicht allein persönliche Auffassung, sondern auch gesellschaftliches Milieu bestimmen, was Gift ist oder nicht. Der Lor hält es für eine Lächerlichkeit, aber es liegt ein tiefer Sinn in Luibers Wort, daß Wasser es freilich nicht tue, sondern das, was mit und bei dem Wasser. Unter bestimmten Umständen soll gerade der Klassen-

bewußt denkende Arbeiter ein bestimmtes Genussmittel meiden, als ob Arsenik darin enthalten wäre. Ein solcher Fall liegt gegenwärtig beim Tabak vor. Auch den Tabak kann mancher nicht beisehen, während ein anderer ohne seine Zigarre keine ordentliche Arbeit verrichten kann. Das ist Geschmackssache. Die Zigarre oder Zigarette aber, die hergestellt wird unter Umständen, die den Arbeiter in seiner Ehre kränken, ihn zum rechtlosen Arbeitsvieh herabdrücken, ist von jedem sozial denkenden Menschen als ein giftiges, unappetitliches Produkt zu meiden. Die Unehre nicht allein des Arbeiters, sondern auch des Unternehmers haftet daran. Gegenwärtig kämpfen die Dresdener Zigarettenarbeiter und Arbeiterinnen einen schweren Kampf um ihre Ehre. Ein dreistes Unternehmertum mutet ihnen zu, das heiligste Recht preiszugeben, das der Arbeiter kennt, das Recht auf Koalition. Erst die Ausübung dieses Rechtes macht den Arbeiter zum Menschen; und der Unternehmer, der dem Arbeiter zumutet, dies Recht zu opfern, stellt sich selbst außerhalb des Rechts auf sittliche Verwertung. Als 1890 die Hamburger Zigarettenfabrikanten den dortigen Arbeitern mit der gleichen schimpflichen Zumutung kamen, wurde von der Organisation erwogen, ob es nicht nützlich sei, die Mitglieder ruhig die Erklärung abgeben zu lassen, daß sie aus dem Zigarettenarbeiterverbande austreten würden, unter der Voraussetzung selbstverständlich, trotz oder eben wegen dieser Erklärung um so treuer Mitglied der Organisation zu bleiben. Wenn damals von diesem Schritt Abstand genommen wurde, so geschah es wahrlich nicht aus moralischen Bedenken, auf die der Unternehmer unter solchen Umständen keinerlei Anspruch mehr hat. Auch diesmal kämpfen die Mitglieder des Zigarettenarbeiterverbandes im offenen Kampf um ihr höchstes Recht, ebenfalls weil die Umstände ihnen diesen offenen Kampf aufzwingen. Jedermann aber, der noch Eitel empfindet vor dem Unrecht, hat den in Dresden ausgeprägten Arbeitern in ihrem schweren Kampfe beizustehen. Wer eine Zigarette aus den Fabriken raucht, die ihren Arbeitern und Arbeiterinnen zumutet, daß sie das Koalitionsrecht aufgeben, wer die Unternehmer unterstützt, die von den Organisierten verlangen, daß sie diesen schmachvollen Treubruch gegen sich selbst noch durch handschriftliche Versicherung an Eidesstatt sanktionieren sollen, der führt sich ein auf alle Fälle schädlichwirkendes Gift zu, das Gift unsozialistischer Handelsins!

Man meide strengstens die Zigaretten der Firmen, die von der Arbeiterschaft den Verzicht auf das Koalitionsrecht verlangen. Diese Firmen heißen: Adler-Compagnie, Alexandria, Arabia, Delta, A. M. Edstein u. Söhne, Epirus, G. A. Jasnyak A. G., Jofetti G. m. b. H., Jewel in Poppig, Kios, Compagnie Laferme, Compagnie Macedonia, J. Ralzmann, Ronopal, W. Alex Müller, Osmani, Peria, Reunion, Serail, Sulima, Tuma, Jean Bouris, W. Weller, Kanti, Henzige einschließl. der Firma Jofetti-Berlin, Neue Friedrichstraße 9/10.

Die über den Bahnhofs Gesundbrunnen führende sogenannte Millionen-Brücke ist fertig und kann dem Verkehr übergeben werden, sobald die Vellermannstraße reguliert und umgepflastert ist. Der Magistrat hat deshalb die Umpflasterung der Vellermannstraße und ihre Regulierung beschlossen. Ein Teil der Straße muß erhöht werden, auch müssen die Vorgärten verschwinden. Die Straßenbahnen, die jetzt in der Steingasse endigen, sollen dann bis zum Gesundbrunnen über die Brücke und durch die Vellermannstraße weitergeführt werden. Das ausgedehnte Gelände am Gesundbrunnen, das jetzt als Laubkolonie wenig Nutzen bringt, soll dann der Bebauung erschlossen werden.

Für die Errichtung einer Föbereitungsanlage in dem Maschinenhaus des Rudolf Virchow-Krankenhaus verlangt der Magistrat die Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung. Die Kosten sind mit rund 11 500 M. veranschlagt. Ferner soll im sogenannten Werkstättengebäude des Rudolf Virchow-Krankenhaus ein Magazin bezw. Inventararium eingerichtet werden, und außerdem ist die Anlage eines „Kohlenhofes“ vorgesehen. Hierfür und für die Straßen- und Wegeanlagen wird der Magistrat die Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung nachsuchen. Die Kosten für die letzteren Anlagen sind allein auf 840 000 Mark veranschlagt und die für die Umfassungsmauer auf 174 000 Mark. Aus diesen Anschlägen läßt sich die Größe der Anlagen des Krankenhauses erkennen.

Virchow-Denkmal. Für die Errichtung eines Denkmals für Professor Rudolf Virchow hat der Magistrat, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung, dem betreffenden Komitee die Ueberlassung der nördlichen Straßenecke auf dem Karplatz zugesichert. Zur Beschaffung von geeigneten Entwürfen soll ein öffentlicher Wettbewerb ausgeschrieben werden, bei dem drei Preise von 3000 M., 2000 M. und 1000 M. zur Verteilung gelangen sollen. Das Preisrichterkollegium wird aus 11 Personen bestehen. Diesem Kollegium werden von Seiten der Gemeindebehörden der Oberbürgermeister Kirchner, der Bürgermeister Dr. Reide, Stadtverordnete-Vorsitzer Dr. Vangerhans und dessen Stellvertreter Stadtverordneter Richelet beisehen. Die Kosten des Denkmals sind auf rund 80 000 M. festgesetzt. Der Stadtverordneten-Versammlung wird noch eine besondere Vorlage zugehen.

Die Verwendung von Asphalt zur Straßenpflasterung ist in Berlin wohl noch in keinem Jahr so umfangreich gewesen, wie diesmal. Nur zu den Neupflasterungen der neu angelegten Straßen äußerer Stadtteile ist meist Steinpflaster in Aussicht genommen, dagegen wird für die notwendig gewordenen Umpflasterungen älterer Straßen diesmal fast nirgends Stein verwendet. Von den 61 zur Umpflasterung ausgewählten Straßenabschnitten, die in diesem Jahr bestimmt heranzukommen sollen und zum Teil schon in Angriff genommen sind, werden nur 6 Abschnitte mit zusammen noch nicht 12 000 Quadratmeter Dammschicht Asphalt erhalten. Ihnen stehen gegenüber 49 Abschnitte mit fast genau 100 000 Quadratmeter Dammschicht, für deren Umpflasterung Asphalt verwendet wird. Die übrigen Abschnitte mit rund 7400 Quadratmeter Dammschicht müssen Holzpflaster bekommen; es sind meist Brückenrampen mit ziemlich starkem Gefälle.

Ein neues Postgebäude im Mittelpunkt des Berliner Fremdenverkehrs und in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs Friedrichstraße wird jetzt errichtet. Die Reichspostverwaltung hat schon im Jahre 1901 das Grundstück Dorothienstr. 24 mit einem Flächeninhalt von 2241 Quadratmeter erworben, um dort ein großes Dienstgebäude zu errichten, in dem die Postämter NW. 7 und 6 durch ein gemeinsames großes Postamt ersetzt werden sollen. Die Ausführung des Baues war bisher mit Rücksicht auf die Finanzlage des Reiches unterblieben. Die Diensträume des Postamts 7, das Dorothienstr. 22 in Mieträumen mit einem Aufwande von 25 000 M. jährlich Miet untergebracht ist, sind schon seit Jahren völlig unzureichend. Der Betrieb wird immer schwieriger. Ein Teil des Raumes ist schon jetzt in den alten Gebäuden auf dem neuen Grundstück untergebracht. Der Neubau kommt deshalb jetzt zur Ausführung.

Zu der Erpfeffer-Affäre der jüngsten Zeit meldet ein Berichtserstatter: Es stellt sich heraus, daß der Erpfeffer und Hochkapler „Baron v. Glosfflein“, dessen richtiger Name Wolfgramm ist, bevor er den Gastwirt Döring in Ziegelort zum Selbstmord trieb, diesem sein gesamtes Vermögen nach und nach abgenommen hatte, mit der fortgesetzten Drohung, ihn wegen Vergehens gegen § 175 anzugehen. Die Verhaftung Wolfgramms erfolgte in der Wohnung eines höheren Justizbeamten, der mit dem angeblichen Baron von Glosfflein befreundet war. Letzterer war gerade mit dem Fräulein aus Zürich eingetroffen. Er sah mit seinem Freunde, dem höheren Justizbeamten, und dessen Schwester gerade am Kaffeetisch, als die eintretenden Kriminalbeamten das gemüthliche Wiedersehen unliebsam störten, indem sie den „jungen Baron“ zu einem Gange nach dem Alexanderplatz einluden. Die Berliner Staatsanwaltschaft hatte Wolfgramm schon seit längerer Zeit gesucht. Er war in einem gegen einen Berliner Kaufmann eingeleiteten Strafverfahren als Belastungszeuge genannt worden. Bei seiner gerichtlichen Vernehmung gab er an, mit dem Kaufmann in Beziehungen gestanden zu haben, seine Beschuldigung stellte sich jedoch schließlich als unwahr heraus. Als er nämlich unter mehreren ihm gegenübergestellten Personen den Herrn bezeugen sollte, mit dem er Beziehungen unterhalten habe, vermochte er ihn nicht herauszufinden.

Der an der Berliner Gedwigschloche verhaftete Erpfeffer, der sich Axel Ranz nannte, heißt in Wirklichkeit Petersen. Er ist ein geborener Däne und gehört zu der Sorte internationaler Erpfeffer, die, sobald sie einen Coup ausgeführt haben, sofort ihren Aufenthalt in eine andere Großstadt verlegen. Petersen bewegte sich mit Vorliebe zwischen London und Berlin. Er war zu den Einholungsfeierlichkeiten von Hamburg nach Berlin gekommen. Bis dahin hatte er in Hamburg wegen Verdachts des Raubes an einem homosexuellen in Untersuchungshaft gesessen.

„Post“-Redakteure unter sich. Vor dem hiesigen Königl. Landgericht fand Freitag eine Verhandlung über eine Klage statt, die der frühere Feuilletonredakteur der „Post“, Dr. Urmann, gegen den Chefredakteur desselben Blattes, Dr. Kronsbain, angehängt hatte. Der Klage liegt folgender Tatbestand zugrunde: Zwischen Kläger und Beklagtem waren Differenzen entstanden, die ihren Höhepunkt darin erreichten, daß Dr. Kronsbain seinem Feuilletonredakteur im Laufe einer kurzen Auseinandersetzung vor der gesamten Redaktion die Worte zurief: „Halten Sie das Maul, wenn Sie nicht gefragt sind!“ Diese Worte, die der Beklagte später zurückgenommen hat, waren für den Kläger der Anlaß, seine Tätigkeit bei der „Post“ sofort einzustellen und auf Auszahlung des ihm bis zum Ablauf seiner Kontraktzeit zuzehörenden Gehalts zu klagen. Der Kläger gründete seine Ansprüche in der Verhandlung darauf, daß eine derartige Beleidigung, wie sie ihm zugefügt sei, ohne weiteres als einer der im Gesetze vorgesehenen Gründe betrachtet werden müsse, die ihm gestatteten, sofort seine Arbeit niederzulegen; es kam hinzu, daß er als akademisch gebildeter Mann zum mindesten auf dieselbe gesellschaftliche Achtung Anspruch habe wie der Chefredakteur Dr. Kronsbain. Dem Beklagten wurden die Ansprüche des Klägers bestritten unter Hinweis auf die Erregung, in der er sich befunden habe. Sollte das Gericht sich auf einen anderen Standpunkt stellen, so müsse dem Kläger das Einkommen, das er in der Zwischenzeit aus seiner schriftstellerischen Tätigkeit erzielt habe oder habe erzielen können, abgezogen werden. So kam bei dieser Gelegenheit zur Sprache, daß das Gehalt des Klägers als Redakteur der „Post“ sich auf monatlich 200 M. belaufe; als Gegenleistung hatte der Kläger, der in den Ausführungen des Beklagten selbst als geachteter und anerkannter Schriftsteller bezeichnet wurde, täglich vier Stunden auf der Redaktion zu arbeiten, an drei Tagen der Woche im Bedarfsfall als Theaterkritiker tätig zu sein, Kunstreferate und dergleichen zu liefern und endlich monatlich vier Feuilletons für die „Post“ zu schreiben. — Das Urteil in diesem in mancher Beziehung interessanten Prozeß ist in einigen Tagen zu erwarten.

Was noch fehlte. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ melden: Ein Kronprinz-Besitzer mit dem Namen Wilhelm Hurra, Cecilia! ist von dem Gerichtspräsidenten Alfred Müller in Mittenwalde geächtet worden. Der Verfasser des Festliedes überreichte es dem Kronprinzen, der ihm dafür durch seinen Hofmarschall in einem besonderen Schreiben seinen Dank aussprechen ließ. Das Kronprinzlied wird auf einem am Sonntag stattfindenden Kriegerverbandsfest in Mittenwalde zum erstenmale öffentlich gesungen werden.

Rechtsanwalt Blathner. Vor dem Landgericht in Berlin hatte sich am 20. Dezember v. J. der Rechtsanwalt Friedrich Blathner wegen Unterschlagung und Untreue zu verantworten. Das Gericht erkannte jedoch auf Freisprechung. Auf die Revision des Staatsanwalts hob das Reichsgericht das Urteil gestern auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück, da zu unrecht in der Handlungsweise des Angeklagten eine Untreue nicht erblickt worden ist.

Straßensperrungen. Die Kronenstraße von Charlottenstraße bis Friedrichstraße wird behufs Absperrung vom 19. d. Mts. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt, ebenso die Straße am Aufseegraben von der Museumsbrücke bis zur Georgenstraße und die Eisenbahnstraße von der Köpenickerstraße bis zur Wrangelstraße einschließl. des Kreuzdamms.

Ein schwerer Baunfall ereignete sich gestern auf dem Terrain der neuen städtischen Gasanstalt in Ziegel. Der 24 Jahre alte Schlosser August Freiberg war auf einem 20 Meter hohen Gerüst bei dem Bau der Schwelbahnkonstruktion beschäftigt, verlor hierbei das Gleichgewicht und stürzte in die Tiefe. Der Unglückliche schlug im Fallen mit dem Kopfe auf einen Eisenträger und blieb leblos am Boden liegen. Ein sofort hinzugerufenen Arzt konnte nur den bereits eingetretenen Tod des Verunglückten feststellen.

Son der Fürsorge-Erziehung. Bei einem Fluchtversuch schwer verunglückt ist gestern der 17 Jahre alte Fürsorgezögling Wilhelm Schmidt, der seit längerer Zeit in der Erziehungsanstalt zu Bickensberg untergebracht war. Er schlich sich mit einem anderen Knaben auf den drei Stock hohen Boden, um durch ein Fenster in dem Garten hinunterzuspringen, weil er keinen Gegenstand fand, an dem er sich hätte hinablassen können. Sein Fluchtgenosse schrak im letzten Augenblick vor dem Sprung in die Tiefe zurück, Schmidt wagte ihn, brach sich aber beide Beine und blieb hilflos im Garten liegen. Er mußte mit einem Pflasterwagen nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden.

Bei einer Spiritusexplosion schwer zu Schaden gekommen ist gestern der 43jährige Oberkellner Will Vorn aus der Grobbeerstraße 47, der in der 20. Bierquelle von Aschinger in der Kronenstraße 14, Ecke der Friedrichstraße, bedienstet ist. Im Keller dieses Hauses war ein Hausdiener damit beschäftigt, Essig aus einem Faß abzulassen und benutzte dabei eine Petroleumlampe. Plötzlich explodierte der Behälter der Lampe und setzte ein in der Nähe liegendes Spiritusfaß in Brand. Wenige Sekunden später explodierte schon das Faß. Der Oberkellner W., der im Augenblick der Explosion den Keller betrat, wurde von den Stichflammen erfasst und im Gesicht und an den Händen schwer verbrannt. Auch der Hausdiener erlitt schwerste Verbrennungen an den Händen. Beide wurden auf der Unfallstation in der Kronenstraße verbunden und während der Hausdiener seinen Dienst wieder aufnehmen konnte, mußte der Oberkellner in seine Wohnung geschafft werden. Die herbeigerufene Feuerwehr war aus dem nahen Depot in der Rauerstraße schnell zur Stelle und konnte den entstandenen Kellerbrand mit Leichtigkeit löschen.

Feuerbericht. In der Nacht zum Sonntagabend wurde die Wehr nach Unter den Linden 40 gerufen, weil dort in einer Wohnung Feuer ausgebrochen war. Die Gefahr konnte leicht beseitigt werden. —

Längere Zeit gab es dann in der Petersburgerstr. 20 zu tun, wo der Fußboden und die Wallelage brannte. — Ein Kasten Späne ging später in der Hochmeisterstr. 7 in einem Keller in Flammen auf. — Nachmittags erfolgte Alarm nach der Isl. Charité in der Schumannstrasse. Es rückte sofort ein großes Löschaufgebot nach dorthin aus. Die Jüge konnten aber bald wieder kehrt machen, da, wie sich herausstellte, keinerlei Feuergefahr vorlag. — Auch die übrigen Alarmierungen, die in der Zwischenzeit noch aus der Spenerstrasse 4, Kleinen Andreasstr. 8 und aus der Oranienburgerstr. 34 einliefen, waren auf „blinden Alarm“ zurückzuführen.

Zu dem Zusammenbruch der Holzogen-Ober erfahren wir, daß die Unterbilanz derselben etwa 60 000 M. betragen dürfte. Das Theater reüssierte schon seit längerer Zeit nicht mehr und die Logeinnahmen genühten bei weitem nicht, die laufenden Unkosten zu decken. So stellten sich bereits vor etwa vier Wochen Zahlungsunfähigkeit ein und anfangs dieses Monats mußten die Zahlungen fast gänzlich eingestellt werden.

Der Berliner Zoologische Garten hat neuerdings ein prächtiges Paar indische Elefanten erworben, von denen besonders das Männchen durch seine schönen Stoßzähne besonders auffällt. Dem die Tiere begleitenden Jüder, der noch auf einige Wochen zu ihrer Ernährung hier weilt, gehören die Kolosse aufs Wort und führen willig jede von ihm verlangte Arbeit aus. Beide Elefanten sind sehr gut gebaute, noch junge Tiere, die noch an Größe etwas zunehmen, aber doch fast erwachsen sind; das Männchen wiegt bereits über 70 Zentner! Das Paar bewohnt die am Stadtbahneingang liegende Abteilung des Elefantenhauses.

Im Wissenschaftlichen Theater der Urania wird der mit zahlreichen farbigen Bildern ausgestattete Vortrag „Die deutsche Nordsee Küste“, welcher den Besucher aus Hamburgs interessanten Alt- und Neuhafen hinaus auf den trügerischen Wellenspiegel der ebenso gefährlichen wie schönen Nordsee führt, entlang an ihren landschaftlich schönen wechselreichen Küstenstrichen und an den eigenartigen Inseln, die sie umspült, am Sonntag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend zur Darstellung gelangen. Am Montag wird der Vortrag „Tierleben in der Wildnis“, ausgestattet mit Momentbildern des Afrikanersenden E. G. Schillings und am Freitag der Vortrag „Der Simpson und sein Gebiet“ wiederholt werden.

Im Berliner Aquarium ist eine Gesellschaft ebenso interessanter wie komischer Gäste eingezogen, die vordem noch nie hier vertreten waren. Sie zählen zu der als Rückgrat betrachteten Klasse des Tierreichs, den Krebsen, zu welcher jedoch auch Seitwärtsläufer und Fortschrittler gehören. Die neuen Ankömmlinge zeichnen sich vor allen anderen Landbewohnern und vor den weitaus meisten aller Tiere überhaupt dadurch aus, daß jeder für sich sein eigenes Haus bewohnt und dieses auch gleich mit sich herumträgt. Manche Besucher des Aquariums wird schon in einem der kleineren Seemasserbecken die eigentümlichen Einsiedlerkrebs oder Papuriden beobachtet haben, die als Bürger des Meeres auf dem Seegrunde sich aufhalten und ihren weichen Hinterleib in einem leeren Schneidengehäuse bergen; die neuen Gäste nun sind den letzteren zwar verwandt, aber sie leben nicht ständig im Meere, sondern steigen aus der See heraus und tummeln sich nicht nur am Strande, sondern unternehmen auch, trotzdem sie ein Haus schleppen müssen, landeinwärts Wanderungen, ja sie werden völlig zu Landtieren. Und darum sieht man sie hier im Aquarium nicht in einem marinen Becken, sondern in einem kleinen Glaskararium rechts vom Eingang zur Schlangengalerie. Die drohenden Gesellen stammen von der Halbinsel Malakka.

Vorort-Nachrichten.

Groß-Vichterfelde.

Familiendrama. In Groß-Vichterfelde hat gestern mittag in dem Hause Dralesstraße 65a der 20jährige Rodrieger Franz Sawaghi aus Steglitz nach einem Streit seine ihm untreu gewordene Frau Pauline durch einen Revolver schuß getötet, sein einjähriges Söhnchen durch einen zweiten Schuß schwer verletzt und dann durch eine dritte Kugel seinem Leben selbst ein Ende gemacht. Ob Sawaghi den Revolver absichtlich auf sein Kind gerichtet hat, oder ob dieses durch einen Fehlschuß getroffen wurde, ist nicht aufgeklärt, da Zeugen des Vorganges nicht vorhanden sind. — Der „Vol.-Anz.“ berichtet: Der als tüchtiger Handwerker in Steglitz bekannte Rodrieger Franz Sawaghi hatte vor anderthalb Jahren seine aus Breslau stammende 21jährige Frau geheiratet und mit ihr bis zur Geburt des Söhnchens in glücklicher Ehe gelebt. Auch die materielle Lage des Ehepaares war eine günstige, da S. reichlichen Verdienst in seinem Berufe fand. Das gute Einkommen wurde jedoch vor einem halben Jahre durch einen jungen Mann namens K. gestört, den S. kennen gelernt und als Gast in sein Haus aufgenommen hatte. K. knüpfte allmählich mit der Frau seines Freundes Beziehungen an, die dem hintergangenen Gatten nicht verborgen blieben. Scharfe Auseinandersetzungen zwischen den Eheleuten endeten vor drei Wochen mit der Abreise der Frau S. nach Breslau, wo sie mit ihrem Kinde bei einer Schwester Aufenthalt nahm. Vor wenigen Tagen begab sich S., der sich in seiner Lage nicht recht wohl fühlte, zu seinem in Groß-Vichterfelde in der Dralesstraße 65a wohnenden Schwager, dem Photographen Radtke, der mit einer Schwester seiner Frau verheiratet ist, und bat ihn, seine Frau zur Rückkehr nach Steglitz zu bewegen, ihr Ehemann wolle ihr alles verzeihen. Auf das Schreiben kam die Frau zwar zurück, kehrte aber nicht bei ihrem Mann ein, sondern bei ihrer Schwester, Frau Radtke in Groß-Vichterfelde. Hier wurde sie mehrfach von ihrem Mann besucht, dem sie auch baldige Rückkehr in die Wohnung zu Steglitz in Aussicht stellte. Allein, sie wurde in ihrem Vorstoß wieder schwänzend, als ihr Liebhaber K. auf dem Plan erschien. Der Ehemann merkte dies, und es kam deswegen gestern abend bei seinem abermaligen Besuch in der Radtkeschen Wohnung zu einem heftigen Streit mit der Frau. Unglücklicherweise traf der sich wiederum betrogen fühlende S. noch am selben Abend mit seinem Rivalen zusammen. Als dieser einen Revolver zeigte und unzusammenhängende Drohungen ausließ, durch die sich S. gefährdet glaubte, entriß er dem K. die Waffe und nahm sie an sich. Heute mittag gegen 1 Uhr begab sich S. von seiner Arbeitsstelle nochmals nach Groß-Vichterfelde zu seiner Frau, die er mit ihrem Kinde allein in der Küche der Radtkeschen Familie traf. Nach kurzem Wortwechsel feuerte S. eine Kugel auf seine Frau, die, in die linke Schläfe getroffen, tot umfiel. Ein zweiter Schuß verletzte das Kind, das die Frau in den Armen gehalten hatte. Durch eine dritte Kugel, die ihm in die rechte Schläfe drang, tötete sich Sawaghi selbst. Die beiden Leichen wurden nach dem Schauhaufe gebracht. Das Kind befindet sich im Vichterfelder Krankenhaus.

Schöneberg.

Ueber die Gewährung eines Sommerurlaubs an die städtischen Arbeiter hat der Magistrat den Stadtverordneten jetzt eine Vorlage zugehen lassen. Trotzdem gewiß nicht zu wenig Zeit vorhanden war, diese Frage endgültig zu regeln, haben die Beschluß der Deputation noch immer nicht Gnade vor den Augen des Magistrats gefunden, indem der Magistrat die ihm gemachten Vorschläge nochmals an die Deputation zurückgegeben hat, „da noch die Erörterung verschiedener, nicht unwesentlicher Punkte erforderlich sei.“ Nachdem also bis zu den Ferien des Stadtparlaments die Sache hingelegen worden ist, werden folgende generelle Vorschläge zur Beschlussfassung vorgelegt:

Die städtischen Arbeiter erhalten Urlaub bei einer Dienstzeit von 3—5 Jahren fünf Tage, von 5—10 Jahren sieben Tage, und über 10 Jahre zehn Tage. Daß die Verwaltung in der Fürsorge für „ihre“ Arbeiter etwa zu weit gegangen ist, werden die Betroffenen und die unberücksichtigt Gebliebenen wohl nicht zu behaupten wagen. Und daß die Stadtverordneten-Versammlung in ihrer jetzigen Zusammensetzung etwa gar Verbesserungen durchsetzen könnte, dürfte bei der Kürze der Zeit kaum zu erwarten sein.

Für die Aufnahme in das Auguste Victoria-Krankenhaus in Schöneberg sind jetzt vom Magistrat die Bedingungen festgesetzt worden. Sehr bemerkenswert ist die Bestimmung, daß von der Beibringung irgend welcher Bescheinigung oder der Hinterlegung eines Barvorschlusses abgesehen werden soll, sobald der diensthabende Arzt erklärt, daß der Zustand des sich Meldenden die sofortige Aufnahme notwendig macht, da eine Zurückweisung unter Umständen eine ernste Verschlimmerung der vorliegenden Krankheit nach sich ziehen könnte.

Spandau.

Die letzte Stadtverordneten-Sitzung wurde recht spazig eingeleitet mit der Berlesung eines Schreibens, worin die Stadtv. Dr. Baumert und Siefert, beide entragierte Hausagrarier, beantragten, daß ihnen gestattet werde, verschiedene Kommissionsämter miteinander auszutauschen.

Dieser Vorschlag, der sehr hübsche Perspektiven eröffnet, schien selbst die Hausbesitzer mehrheitlich — vielleicht nur wegen seiner fatalen Offenheit — zu verknüpfen. Hierauf wurde dem Magistratsantrage entsprechend beschloffen, die Ueberschüsse des Vorjahres wie folgt zu verwenden: Der Ueberschuß der Kammereikasse mit 100 217,83 M. soll der nächstjährigen Etatsrechnung vorgezogen, der Ueberschuß der Gaskasse (11 993,69 M.) sowie der Elektrizitätskasse (4110,28 M.) soll dem Reservefonds überwiesen werden; ebenso derjenige der Wasserwerkstoffe (21 813,63 M.), jedoch nach Deduktion des in der Kanalisationskasse entstandenen Defizits von 5165,68 M.

Bei dieser Gelegenheit kommt zur Sprache, daß der Vertrag mit Kleinfeld wegen des Forstverkaufs bis heute noch nicht abgeschlossen, daß Herr Kleinfeld vielmehr einseitig eine weitere Verlängerung der von ihm selbst auf einer Woche bemessenen Frist, während welcher ihm die 2000 Morgen Forst „an die Hand gegeben wird“ dadurch erreicht hat, daß er einfach das „Neuefeld“ von 1500 M. noch nicht eingezahlt und sich zur Vollziehung des Vertrages auch noch nicht gemeldet hat. — Genosse Rieger hatte es leicht, die verkaufslustige Mehrheit wegen ihres neuesten Reinfalles entsprechend zu — verpöten. Die Entrüstung über diese Verschleppung ist im bürgerlichen Lager so groß, daß Stadtverordneter Wendler die Ansicht aus sprach, alle Beschlüsse in dieser Sache müßten rückgängig gemacht werden, falls nicht alles bis zur nächsten Sitzung geordnet sein sollte.

Eine Mittelstandsdebatte gab es bei der nächsten Vorlage, welche unter dem Vorzeichen die auswärtigen Firmen, welche in Spandau Zweigniederlassungen haben, kräftiger respektive gleichmäßig mit den ortsbewohnenden Gewerbetreibenden zur Gewerbesteuer heranzuziehen, das am Orte bestehende Warenhaus mit einer erhöhten Steuer zu belegen, um — dem Mittelstande damit auf die Beine zu helfen. Die Herrschaften, die sich für die Vorlage ins Zeug legten, triefen förmlich von Liebe und Mitleid mit den kleinen Geschäftsleuten, Schlächtern, Bäckern &c.; alles was dieser oder jener ehrsame Kleinbürger an ohnmächtiger Wut über das immer bedrohlicher und verheerender werdende Großkapital aufgespeichert hatte, machte sich hier Luft. Genosse Rieger unternahm es, das Sinn- und Zwecklose einer solchen kurzfristigen Mittelstandsretterei klar zu legen. Von unseren Genossen sekundierte noch Pies dem Genossen Rieger, die übrigen sechs anwesenden Genossen hatten gegen diese Sondersteuer — leider muß dies konstatiert werden — nichts einzuwenden, denn obgleich sie in der namentlichen Spezialabstimmung über die §§ 2 und 3 (Warenhaussteuer) sämtlich mit „Rein“ stimmten, stimmten sie doch bei der Endabstimmung über die ganze Vorlage sämtlich für die Vorlage. Nur die Genossen Pies und Rieger sowie der bürgerliche Stadtv. Jenne blieben konsequent. Ein Antrag Rieger, wenigstens die allergrößte Härte aus der Vorlage auszumergen und die Gruppe C. — Umsatzsteuer über 2 1/2 Proz. bis 3 1/2 Proz. — zu streichen, wurde selbst von unseren Parteigenossen niedergestimmt. Der freisinnige „Anzeiger f. d. Vol.“ schreibt hierzu:

„Hierbei zeigte sich die auffallende Erscheinung, daß die sozialdemokratische Fraktion, die bisher bei allen wichtigen Angelegenheiten geschlossen gestimmt hat, sich zum erstenmal trennte. Nur zwei von ihren Mitgliedern blieben konsequent, indem sie gegen die ganze Vorlage stimmten, während sechs die Gewerbesteuer-Ordnung im ganzen annahm, obgleich sie vorher gegen die Warenhaussteuer (§§ 2 und 3) gestimmt hatten.“

Gerichts-Zeitung.

Detectivbureau „Fides“.

Vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I begann gestern die wiederholte Verhandlung des Strafprozesses gegen den früheren Inhaber des Detectivbureau „Fides“, Max Wienecke. Den Vorsitz führt Landgerichts-Rat Casper, die Anklage vertritt Staatsanwalt Raniewicz, die Verteidigung führt Rechtsanwält Dr. Davidsohn. Diese Strafsache hatte schon einmal im Juni 1904 dieselbe Strafkammer beschäftigt, mußte aber nach zweitägiger Verhandlung vertagt werden, da ein Zeuge, auf den der Angeklagte nicht verzichtet wollte, im Auslande weilte. Wienecke wurde dann aus der Untersuchungshaft entlassen. Er hat sich jetzt wegen Konkursvergehens zu verantworten, weil ihm vorgeworfen wird, daß er als Schuldner, der seine Zahlungen eingestellt hat, übermäßigen Aufwand getrieben habe; werden ihm zehn Fälle des Betruges, ein Fall des versuchten Betruges zur Last gelegt und endlich hat er sich zu verantworten, weil er es unternommen haben soll, jemand zur willkürlichen Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung zu verleiten. Der Angeklagte, der früher in kaufmännischen Geschäften tätig war, hat sich später als Zeitungsberichterstatter bzw. Redakteur ernährt und ist auch in dem Koniger Nordprosch tätig gewesen. Im Jahre 1901 begründete er ohne besondere eigene Mittel in der Potsdamerstraße das Detectivbureau „Fides“. In diesem wurden fremde Rechtsgeschäfte betrieben, seine Spezialität waren Ehescheidungsprozesse. Als „juristischer Leiter“ wurde in den Prospekten und Annoncen der frühere Landwirtschaftsrat Jehr. v. Kirchbach bezeichnet, der mit einem Monatsgehonorar von 60 M. engagiert worden war. Das Geschäft muß außerordentlich gut gegangen sein, denn der Angeklagte gibt zu, monatlich etwa 1000 bis 1500 M. netto eingenommen zu haben. Trotz dieser glänzenden Einnahmen zog er es vor, viele Gläubiger nicht zu befriedigen. Es wird behauptet, daß, wenn er Mahndriefe bekam, diese in den Papierkorb wanderten, und daß, wenn er viel Geld hatte, es verjubelte. Er bezeichnete sich selbst als einen „Freund des Lebensgenusses“, machte alles mit, machte große Feste in Weinstuben und in Anmietzweipen, wo er mehrmals die bedienenden „Damen“ zur Teilnahme an Bechdelagen einlud, pumpte gelegentlich die Kellner an usw. usw. An seine Gläubiger dachte er bei dieser fröhlichen Lebensart so gut wie gar nicht, und wenn die Mahndriefe bei ihm in der Wohnung erschienen, fanden sie Pfändbares nicht vor, da die Möbel auf Leihvertrag entnommen waren. Schließlich hatte ein Gläubiger die Eröffnung des Konkursverfahrens beantragt, der Antrag wurde aber zweimal abgelehnt, weil keine Masse vorhanden war. Der Gläubiger zahlte dann einen Kostenvorschuß von 2000 M., der Konkurs wurde darauf eröffnet, der Beschluß wurde aber infolge eines formalen Mangels wieder aufgehoben und es ist nicht zum Konkurs gekommen. Der Angeklagte hat zweimal den Offenbarungseid geleistet.

Nach der Bekundung des gerichtlichen Wüderrevisors Kruse ist Wienecke in vielen Fällen für Ware, Inserate, die er bei Zeitungen aufgab, für Feste in Restaurants, für Möbel größere Summen ausgeben. Die Zahlungen, die er geleistet hat, hat er nicht aus eigenen Mitteln gemacht, sondern aus den Kautionen, die er seinen Angestellten erhalten hatte. Nach Ansicht des Sachverständigen bestand sich Wienecke permanent im Stadium der Zahlungsunfähigkeit und Zahlungs Einstellung. — Der Angeklagte gab zu, übermäßigen Aufwand getrieben und damit sich des Konkursvergehens schuldig gemacht zu haben, behauptete aber, sich später bemüht zu haben, seine Gläubiger zu befriedigen. — Der Anzeigenteil veranw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

gestaltete hatte sich feinerzeit mit einem anderen affiziert und diesem schließlich das ganze Geschäft übertragen, er hat auch in Zeitungsinserten „Kalkulation mit tadellosem Vorleben“ gesucht und zum Teil auch gefunden. Nach der Behauptung der Anklage hat er gar nicht ernstlich an die Errichtung von Filialen gedacht, es soll ihm vielmehr nur darauf angekommen sein, die zur Bedingung der Anstellung gemachten Kautionen der betreffenden Personen zu erhalten, um damit andere Verpflichtungen abzulösen. Es handelt sich also bei den Betrugsfällen teilweise um gewöhnlichen Kautionshändel, andererseits aber soll der Angeklagte seine Auftraggeber, die ihn mit Ermittlungen betrauten, durch Vorspiegelung falscher Tatsachen, die für die Höhe des von ihm zu berechnenden Honorars und für sein Recht, angelegliche Auslagen wieder erstattet zu erhalten, maßgebend waren, getäuscht und geschädigt haben. In einem oder dem anderen Falle sollen die „Ermittlungen“, für die er Honorar verlangte, darin bestanden haben, daß er sich amüsierte. Die einzelnen zur Verhandlung kommenden Fälle, die sich in den Jahren 1901 bis 1903 abspielten, sind ohne öffentliches Interesse, wir werden uns deshalb darauf beschränken, das Urteil, welches am Dienstag oder Mittwoch nächster Woche zu erwarten ist, mitzuteilen.

Aus der Fürsorge-Erzählung. Vom Landgerichte Paderborn ist am 28. September v. J. der Tischlermeister Franz Böföring wegen gefährlicher Körperverletzung zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er hatte von dem Direktor einer Erziehungsanstalt den Knaben K. als Lehrling zugewiesen erhalten. Das ihm zustehende Pächterrecht hat er in erheblichem Maße gemißbraucht. Der Knabe war wenig geschickt für das Tischlerhandwerk, der Angeklagte gelangte aber zu der Meinung, der Knabe sei faul. Anfangs schlug er ihn mit der Faust, dann mit einem Stöckel. Als ihm dieser nicht mehr genügte, schlug er den Knaben mit einer kantigen Latte auf Rücken, Schulter, Arme und Beine. Außerdem benutzte er zum Schlagen noch einen Doppelstrich, den er mit zwei Knoten versehen hatte. Eines Tages entdeckte er in einem Schranke einen Topf mit Leim, den der Knabe hatte stehen lassen und der unterdes faul geworden war. Er bestrich mit diesem Leim das Gesicht des Knaben und verbot ihm, sich zu waschen, jedoch die elektrische Masse fest antrocknete. Ein ander mal strich er den Knaben mit Farbe an. Als K. eines Tages eine Zigarette rauchte, gebot der Angeklagte ihm, sie aufzuessen. Da er es nicht tun wollte, bekam er Stöckelschläge. Schließlich verschluckte er den Tabak, brach ihn aber wieder aus. Für diese Grausamkeiten hat der Angeklagte die oben angegebene Strafe erhalten. — Die von ihm eingeleitete Revision wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen, da eine Ueberschreitung des Pächterrechts einwandfrei festgestellt ist.

Die Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen unterhält hier in der Warschauerstraße eine Betriebswerkstatt und in der Trebinerstraße eine Krafftstation. Wegen des Vorstehers derselben richtete sich ein Verfahren wegen Verstoßes gegen die Gewerbe-Ordnung, da die Gesellschaft für diese Arbeitsstellen den in der Gewerbe-Ordnung festgesetzten Pflichten der Gewerbetreibenden nicht nachgekommen sei. In zwei Instanzen wurde auf Freisprechung erkannt, da beide Arbeitsstellen nicht als besondere selbständige Betriebe anzusehen seien, sie vielmehr als Bestandteile des Eisenbahnunternehmens selbst gemäß § 6 der Gewerbe-Ordnung den Vorschriften dieses Gesetzes nicht unterliegen. Die hiergegen von der Staatsanwaltschaft eingeleitete Revision ist vom Kammergericht zurückgewiesen worden. Das Kammergericht hat sich, wie den „Bl. f. Recht.“ zu entnehmen, der Ansicht angeschlossen, daß der Gewerbebetrieb der Eisenbahnbetriebs-Unternehmungen von der Gewerbe-Ordnung ausgeschlossen ist, auch bezüglich ihrer Werkstätten, welche lediglich zur Förderung des Betriebes errichtet sind und betrieben werden. Das Revisionsgericht, so heißt es im Urteil, vermag sich der abweichenden Auffassung der preussischen Staats-eisenbahn-Verwaltung, soweit diese die Werkstätten der Eisenbahn-Verwaltungen durchweg unter die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung gestellt wissen will, nicht anzuschließen.

Eingegangene Druckschriften.

„Kommunale Praxis“, Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt, Herausgeber Dr. Albert Sadebaum, Berlin W. 15. Die neueste Nummer der „Kommunalen Praxis“ beschäftigt sich in erster Linie mit den Wahlrechtsmaterialien in Hamburg, Dresden und Wiesbaden. Einen illustrierten Artikel zur Wohnungsfrage schreibt Gustav Homanau bei. Die Stadt Hanau hat günstige Erfahrungen mit den von ihr erbauten Arbeiterwohnungen gemacht, aber der Einfluß der Hausbesitzer in der Gemeinde auf Grund des Dreiflassenwahlrechts läßt befürchten, daß die Tätigkeit der Kommune auf diesem Gebiete bald laßgelegt werden wird! — Der Reizteil der Zeitschrift bietet den Gemeindevorstehern viel brauchbare Anregung.

Vom 1. Juli ab erscheint die „Kommunale Praxis“ ohne Veränderung möglichen. Probenummern können kostenlos vom Verlage der „Kommunalen Praxis“, Berlin W. 15, bezogen werden.

„Der Arbeitsmarkt“, Halbmonatsschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarkt-Berichte (Herausgeber Dr. J. Jostrom, Berlin, Verlag von Georg Neuner). Die Zeitschrift enthält in Nr. 18 des 8. Jahrganges unter anderem: Rundschau über die Lage des Arbeitsmarktes. — Bergbau: Förderungsmöglichkeit und Absatz im Kohlenbergbau. Kohlenverföderung in den ersten vier Monaten 1905. Ausschichten des Steinkohles. — Steine und Erden: Zusammenfluß der territorialen Verbände im Zementgewerbe. Internationale Vereinbarungen. — Eisenindustrie: Stahlverehnd und reine Eisenerze. Versuche zur Bildung eines Eisenerzeverbandes. — Bekleidung: Ausperrungen im Kleidergewerbe. Geschäftslage in der Wollschneiderei und im Konfektionsgewerbe. Ausfuhr von Kleidern, Putzwaren, und Leibwäsche. — Arbeitsnachweise. — Streifenverzeichnisse für Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Schweiz.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Königliches Opernhaus. Sonntag: Der Freischütz. Montag: Lohengrin. (Anfang 7 Uhr.) Vom Dienstag ab: Geschlossen.

Königliches Schauspielhaus. Geschlossen.

Neues königl. Opernhaus. Von Sonntag bis Freitag: Jung-Heidelberg. Sonnabend, Sonntag und Montag: Das Garnisonmädel.

Deutsches Theater. Abends: Der Weigeprüfte.

Berliner Theater. Abends: Lili.

Leipzig Theater. Geschlossen.

Theater des Westens. Von Sonntag bis Mittwoch: Der Strohmittler. Donnerstag, Freitag, Sonnabend und Sonntag: Die Liebeschule. Montag: Der Strohmittler.

Neues Theater. Abends: Der Familienrat.

Kleines Theater. Sonntag: Abschied vom Regiment. Angele. Montag: Salome. Dienstag: Nachtasyl. Mittwoch: Die Reuermädeln. Abschiedsouper. Donnerstag: Abschied vom Regiment. Angele. Freitag: Nachtasyl. Sonnabend: Die Reuermädeln. Abschiedsouper. Sonntag: Das Vektors Miete. Montag: Nachtasyl.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.) Sonntag nachmittag 3 Uhr: Oberon. Abends: Der Trompeter von Säckingen. Montag: Der polnische Jude. Dienstag: Der Trompeter von Säckingen. Mittwoch: Oberon. Donnerstag: Der polnische Jude. Freitag: Der Prophet. Sonnabend: Martha. Sonntag nachmittag 3 Uhr: Der Trompeter von Säckingen. Abends: Der Prophet. Montag: Unlie.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelms-Theater.) Sonntag nachmittag 3 Uhr: Die Daubertische. Abends: Hulgunst. Sonntag, 25. Juni, nachmittag 3 Uhr: Johanna Seuer.

Belle Alliance Theater. Sonntag und folgende Tage: Madame Tis-Tis.

Neudenz-Theater. Geschlossen.

Vollspielhaus. Vom Sonntag bis Dienstag: Dieberleute. Vom Mittwoch ab: Kyri-Quiri.

Carl Weich-Theater. Abends: Bahre Liebe.

Zentral-Theater. Abends: All-Heidelberg.

Reichshallen-Theater. Abends: Stettiner Sängler.

Thalia-Theater. Geschlossen.

Urania-Theater. Landwehrstraße 48/49. Im Theater: 8 Uhr: Die deutsche Nordsee Küste. Montag: Tierleben in der Wildnis. Freitag: Der Simpson und sein Gebiet.

Wolke-Theater. Abends: Am Hochzeitsabend. Ein Abend in einem amerikanischen Angel-Fangel. Spezialitäten.

Metropol-Theater. Abends: Die Herren von Karim.

Passage-Theater. Abends: Angelika Walter. Jean Paul. Spezialitäten.

Wintergarten. Abends: Harry Miller. Spezialitäten.